



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, KOMMUNALES UND KULTUR

„Die Landesbankspitze forcierte das“

Erwin Huber, Ex-CSU-Chef, spricht im BSZ-Interview über seine Rolle beim Kauf der maroden Hypo Alpe Adria, die Zukunft der Landesbank und das finanzpolitische Renommee seiner Partei. | Seite 2

Rote sehen schwarz für Zellner

Ob Theo Zellner (CSU), Präsident des bayerischen Landkreistags, wirklich neuer Sparkassenchef wird, steht dahin. Er hat eine Reihe potentieller Gegenkandidaten. | Seite 10



Wie man Millionär wird

Die Verantwortlichen beim FilmFernsehFonds Bayern jubilieren: Zehn ihrer geförderten Filmemacher wurden im vergangenen Jahr zu Millionären. | Seite 20

Freitag, 15. Januar 2010 | Nr. 2

www.bayerische-staatszeitung.de

Einzelpreis: € 1,70

KOMMENTAR

Grünes Establishment

VON BERNHARD HÜBNER

Die Geburt war chaotisch und ziemlich schmutzig. Es war im Januar 1980, als die Grünen in Karlsruhe ihre Partei gründeten. Beim Kongress tummelten sich neben Umweltschützern auch viele Kommunisten und Esoteriker. Der Fettecken- und Filzkünstler Joseph Beuys phantasierte von einer neuen ökonomischen Ordnung, und am Rande forderten verirrte Aktivisten so Abartiges wie die Legalisierung von sexuellen Beziehungen Erwachsener mit Kindern.

Wohl kaum eine deutsche Partei hat sich seit ihrer Gründung so rasant verändert wie die Grünen. Aus der Chaos-Gruppierung wurde eine pragmatische Erfolgspartei, die kompromissbereit Regierungsverantwortung übernimmt und in Bayern wenige Prozentpunkte davon entfernt ist, die SPD als zweitstärkste Kraft abzulösen.

Die Republik ist bunter, offener und umweltfreundlicher geworden, seit es die Grünen gibt. Herausgefordert durch ihre Wahlerfolge setzen auch die alten Parteien grüne Inhalte wie Ökologie und ein modernes Familienbild.

Das Establishment ist grüner geworden. Und die Grünen wurden selbst zum Establishment. Die Antiparteien-Partei von einst gleicht heute eher einer Art Öko-FDP. Die Grünen bedienen dabei ein liberal-bürgerliches Wohlfühlmilieu. Der Koalitionspartner der Wahl ist nicht mehr länger die SPD, sondern die Union. In Hamburg und im Saarland regieren die Grünen schon mit der CDU. In NRW liebäugeln sie mit Schwarz-Grün. Auch in Bayern haben Grüne Spitzenpolitiker eine Zusammenarbeit mit der CSU schon einmal vehementer ausgeschlossen.

Doch was für die Machtoptionen der Grünen vorteilhaft aussieht, wird zum Problem für das deutsche Parteiensystem. Mit drei koalitionskompatiblen bürgerlich-liberalen Parteien im Bund – in Bayern wären es mit den Freien Wählern gar vier – hätten die Wähler dauerhaft kaum mehr eine Möglichkeit, bürgerliche Politik abzuwählen. Einen Wettbewerb der Gesellschaftsentwürfe und Ideen, eine echte Wahlmöglichkeit für die Bürger, wenn auch nur zwischen rechts und links würde es dann nicht mehr geben.

Das hätten die Grünen gar nicht nötig. In Bayern haben sie das politische Gestalten aus der Opposition heraus perfektioniert. Dass die Landesbank-Affäre gerade so gründlich aufgearbeitet wird, daran sind die Grünen schuld.

Die CSU stürzt auf 41 Prozent ab, die Landesbankkrise ist längst nicht ausgestanden – doch Horst Seehofer ist optimistisch

Das Wunder von Kreuth

Das Wunder von Kreuth ist vollbracht.“ Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet steht entspannt im Foyer der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth und blickt zufrieden auf das Klausurtreiben der CSU-Landtagsfraktion um sich herum. Man habe beschlossen, dass es so nicht weitergehen könne, berichtet Bocklet, man habe neues Selbstvertrauen getankt und vor allem ein neues Gemeinschaftsgefühl entwickelt. Offensiv werde man sich nun der politischen Auseinandersetzung stellen, schließlich „haben wir Grund genug, stolz auf das zu sein, was die CSU für dieses Land geleistet hat“.

Mit dieser Einschätzung steht Bocklet nicht allein in Kreuth. Und das Wörtchen „Krise“ steht ohnehin auf dem CSU-Index. Als Bocklet von seinem Wunder spricht, kennt er das Ergebnis der aktuellen Wählerumfrage noch gar nicht, die das Bayerische Fernsehen traditionell Mitte Januar bei infratest dimap in Auftrag gibt.

Wie die meisten seiner Kollegen geht Bocklet zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass die CSU unter die Marke von 40 Prozent rutschen wird. Als in der einstigen „50+X-Partei“ dann der Wert von 41 Prozent bekannt wird, ist die Erleichterung groß. „Ein Ergebnis, mit dem man leben kann“, schnauft Generalsekretär Alexander Dobrindt durch. Sein Parteichef Horst Seehofer verspürt sogar ein „Gefühl der Zufriedenheit“. Nach den „hinter uns liegenden Wochen mit der Landesbank und den fast täglichen Selbstanklagen“ sei er auf alles gefasst gewesen. „Ich denke, wir haben den Punkt hin zur Wende geschafft“, sagt Seehofer.

Die 41 Prozent sollen nicht zur Regel werden für seine Partei. „Schritt für Schritt nach oben“ werde man sich nun arbeiten. Das eingestandene Riesenproblem mit der Landesbank soll dabei aber nicht mehr stören. Eindringlich wird auf der Klausur versucht, das eigene Schicksal von den Wirren um die BayernLB abzukoppeln – was die am Dienstag komplett angetretene Führung der Bayern-SPD mit einer Plakataktion an der Auffahrtsstraße zum einstigen Wildbad verhindern will.



Krise? Welche Krise? „Wir sind stark wie eh und je“, glaubt Ministerpräsident Horst Seehofer.

FOTO DDP

„Die Landesbank ist ein Problem, das wird jetzt vernünftig aufgearbeitet, ansonsten sind wir stark wie eh und je“, betont Ministerpräsident Horst Seehofer trotzig. Bayern sei schließlich ein „Fünf-Sterne-Land“. Finanzminister Georg Fahrenschon erklärt, die Wirtschaftskompetenz der CSU dürfe „nicht an diesem einen Fall“ aufgehängt werden.

In die allenthalben vehement zur Schau gestellte gute Stimmung mischen sich aber auch nachdenkliche Töne. Heinrich Rudrof, Sprecher der oberfränkischen CSU-Abgeordneten, stellt fest, dass die CSU mit dem Landesbank-Debakel ein bayernweites Problem habe, aber auch jeder Abgeordnete in seinem Stimmkreis mindestens eines. Jedes einzelne Fraktionsmitglied sei gefordert, die nötige Vertrauensbasis vor Ort wiederherzustellen.

Der Oberpfälzer Philipp von und zu Lerchenfeld fordert von seiner Partei mehr Standhaftigkeit. „Wir müssen wieder thematische Pflöcke einschlagen, die unverrückbar sind“, erklärt er. Und sie vor allem nicht beim leinsten Gegenwind wieder in Frage

stellen. Als Problem hat er zudem „Reformen um der Reform willen“ ausgemacht. Zu oft habe sich die CSU unreflektiert Verbandsinteressen zueigen gemacht und dabei das eigene Nachdenken vernachlässigt.

Für seine Verhältnisse zurückhaltend schleicht derweil Umwelt- und Gesundheitsminister Markus Söder durch die Kreuther Tage. Er hatte im Vorfeld sondiert, ob es in der Fraktion Rückhalt für eine Ablösung des angeschlagenen Fraktionschefs Georg Schmid gebe. Doch unter den Abgeordneten ist man des Köpferollens müde und für Söder als Nachfolger kann sich schon gar keine Mehrheit erwärmen. „Die Revolution fällt aus“, verkündet der Niederbayer Martin Neumeyer, und Ex-Minister Eberhard Sinner analysiert, der Revolve sei mangels personeller und inhaltlicher Alternativen „der Treibstoff ausgegangen“. „Ein Personalwechsel wäre die falsche Kur im Wildbad gewesen – das hätte ein Gesundheitsminister wissen müssen“, stichelt Sinner.

Da kann selbst Söder nicht anders, als im Brustton der Überzeugung vor

Personaldebatten zu warnen – zumindest hier in Kreuth. Die Personalleitung Schmid scheint also nur vertagt, denn die Treueschwüre für den Fraktionschef kommen nicht bei jedem aus tiefem Herzen. „Wir alle kennen seine Schwächen“, raunt einer im Vorübergehen.

Schmid jedenfalls darf in Kreuth den Startschuss für seinen Dialogprozess geben. In fünf Arbeitsgruppen will die Fraktion den „großen politischen Aufgaben in den kommenden zehn bis 20 Jahren“ auf die Spur kommen. Fraktionsvize Alexander König würde darüber gerne ein übergreifendes, identitätsstiftendes Bild stellen, wie es in der Stoiber-Ära „Laptop und Lederhose“ gewesen sei. Eine Einschätzung, die auch Münchens CSU-Chef Otmar Bernhard teilt: „Wir brauchen endlich wieder eine Vision für Bayern.“

Auf die Frage, ob man dafür das richtige Führungspersonal habe, will sich keiner öffentlich aus dem Fenster lehnen. „Wir werden Horst Seehofer da schon einbinden“, verspricht zumindest der wundergläubige Herr Bocklet. > JÜRGEN UMLAUFT

AUS DEM INHALT



LEBEN IN BAYERN
Digitales Klassenzimmer Seite 3
Whiteboard statt Kreidetafel: An der Gertsrieder Isardammsschule kommen innovative Lehrmittel zum Einsatz.

POLITIK

Vom Zwielficht ins Rampenlicht Seite 4
Michael Stiller über den Auftakt zum Schreiberprozess.

WIRTSCHAFT

Betriebsprüfer schonen München Seite 13
Finanzbehörden sind chronisch überlastet.

DIE FACHTHEMEN DER WOCHE

Geoinformationssysteme Seiten 16 und 17
Bau und Architektur Seite 18



Bayerische Staatszeitung
Herzog-Rudolf-Straße 1
80539 München

Auch Medienverlage setzen zunehmend auf Zeitarbeit

Verraten und Verliehen

Der Aufschrei war groß, als unlängst bekannt wurde, dass die Drogeriekette Schlecker einen großen Teil seiner Mitarbeiter im Eiltempo in eine hauseigene Leiharbeitsfirma ausgelagert. Dort verdienen die Verkäuferinnen laut Verdi statt wie bislang 12 Euro nur mehr 6 Euro in der Stunde – ein Hungerlohn. Auch Bayerns Zeitungen berichteten in dieser Woche fleißig über das Lohndumping des Konzerns. Über die Missstände in der eigenen Branche ist dagegen nach wie vor wenig zu lesen. Dabei ist nach Gewerkschaftsangaben kaum ein Sektor so vom Lohndumping durch Leiharbeiter betroffen wie der Medienbereich. „Manche Verleger müssen nur in die benachbarten Büros, um Zeitarbeiter zu Billigstkondition zu sehen“, sagt Bernd Mann, bei Verdi Bayern zuständig für den Bereich Medien.

Der Deutsche Journalistenverband hat auf seiner Internetseite zahlreiche Medienbetriebe aufgelistet, die Stammpersonal durch Leiharbeiter ersetzen, um Gehälter zu drücken – einige davon aus Bayern. „Die Zeitungsbranche war hier unrühmlicher Vorreiter“, sagt Wolfgang Stöckel, Chef des Bayerischen Journalistenverbands (BJV). Ein Paradebeispiel sei die in Würzburg ansässige *Main-Post*. 37 Prozent der Redakteure des Blatts sind laut BJV bereits als Leiharbeiter angestellt. Das Einstiegsgehalt liege zum Teil bei 2200 Euro brutto. Unbezahlte Überstunden seien ohnehin Usus.

Zudem habe die Verlagsführung im November bei einer Betriebsversammlung vorgeschlagen, auch die restlichen Mitarbeiter schon bald in dieselbe Zeitarbeitsfirma zu überfüh-

ren. Bei der *Main-Post* war trotz mehrfacher Anfragen niemand für eine Stellungnahme erreichbar.

Wohin Leiharbeit im Mediensektor führen kann, lässt sich in benachbarten Hessen beobachten: Dort zahlt eine Zeitung ihren in der Regel über einen Studienabschluss verfügenden Leih-Redakteuren gerade einmal 10,93 Euro pro Stunde. Auch einige andere Zeitungen entlohnen ihre Zeitarbeiter wie ungelernete Postzusteller. „Wer die Leute zu Leihsklaven macht, braucht sich nicht wundern, wenn die Qualität vieler Zeitungen nachlässt“, sagt Stöckel. Auch Verdi-Funktionär Mann findet deutliche Worte: „Dass einige Verlage sogar ihre Auszubildenden und Volontäre verleihen, ist pervers.“ Nicht nur Journalisten sind betroffen. So sollen etwa beim *Donaukurier*, wie die *Staatszei-*

tung aus Redaktionskreisen erfuh, neben Redakteuren auch Mitarbeiter anderer Verlagsbereiche von Zeitarbeitsfirmen stammen. Der Verlag wollte dazu keine Stellungnahme abgeben.

Auch der Verband der Bayerischen Zeitungsverleger äußert sich nicht zu dem Thema. Bayerns DGB-Chef Fritz Schösser sieht in den Leiharbeitergesetzen von 2003 eine Einladung für Unternehmen, „um Löhne zu drücken und Stammbelegschaften sukzessive aufzulösen“. Die Politik müsse das Gesetz novellieren, fordert er.

Was öffentlicher Druck bewirken kann, zeigt das Beispiel der *Augsburger Allgemeinen*. Dort lenkte die Verlagsführung nach Protesten ein. „Leiharbeit gibt es bei uns mittlerweile nicht mehr“, sagt Betriebsratschefin Ilona Hinzmann. > TOBIAS LILL

Ex-CSU-Chef Erwin Huber über seine Rolle beim Kauf der Hypo Alpe Adria, die Zukunft der Landesbank und das finanzpolitische Renommee seiner Partei

„Die Landesbankspitze war die treibende Kraft“

BSZ Herr Huber, waren Sie als Verwaltungsrat der Landesbank zu nachlässig, als es um den Kauf der Hypo Alpe Adria ging?
ERWIN HUBER Nein. Der Verwaltungsrat ist damals dem Vorschlag des Landesbank-Vorstands gefolgt, der den Kauf der Bank einstimmig befürwortet hat. Es lagen außerdem zwei Bewertungen von unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vor: Ernst & Young und Rothschild. Bei Ausübung dieses Mandats habe ich allein die Interessen des Freistaats Bayern und seiner Bürger im Blick gehabt und alle verfügbaren Informationen und Empfehlungen gewissenhaft genutzt.

BSZ Finanzminister Georg Fahrenschon scheint Zweifel an Ihrer Sorgfalt zu haben. Jedenfalls hat er eine Wirtschaftskanzlei damit beauftragt, Schadenersatzansprüche zu prüfen.
HUBER Es ist ganz normal, dass hier geprüft wird. Das bezieht sich auf viele Beteiligte. Auch die Landesbank-Kommission des Landtags hat ja im Frühjahr ein entsprechendes Gutachten auf Auftrag gegeben. Der Landtag wird einen Untersuchungsausschuss einrichten. Ich werde dabei Rede und Antwort stehen und meinen Teil beitragen zur Klärung der Vorgänge.

BSZ Sie finden es normal, dass ein Parteifreund anwaltlich gegen Sie vorgeht?
HUBER Ich stehe zu meiner politischen Verantwortung und bin auch deshalb als Finanzminister zurückgetreten. Alles muss geklärt werden.

BSZ Die von Ihnen genannten Wirtschaftsprüfer waren keineswegs überzeugt, dass die Hypo Alpe Adria ein guter Deal ist. Ernst & Young zumindest hatte erhebliche Zweifel.
HUBER Die Vertreter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften waren damals bei den Verwaltungsratssitzungen zugegen, ebenso die Bundesbank und die Bankenaufsicht. Die Kaufentscheidung ist intensiv diskutiert worden. Niemand hat seinerzeit vom Kauf abgeraten. Ob es in diesem Zusammenhang zu kriminellen Handlungen kam, ermittelt die Staatsanwaltschaft. Das war jedenfalls seinerzeit in keiner Weise erkennbar.

BSZ Im Gutachten von Ernst & Young steht wörtlich, dass der Prüfzeitraum von 15 Tagen „nicht sachgerecht“ sei, dass während der Prüfung ständig Ordner ausgetauscht wurden, dass Informationen über Wertpapiere und Derivate, Steuern

und Immobilien „unzureichend“ waren. Hat Sie das nicht irritiert?
HUBER Das Gutachten enthielt eine Wertermittlung für die Hypo Alpe Adria; der Kaufpreis liegt in diesem Rahmen. Natürlich war der Ankauf der Hypo Alpe Adria aus heutiger Sicht eine Fehlentscheidung. Damals aber war es eine allseits anerkannte Strategie, die bayerischen Unternehmen, die nach Südosteuropa expandierten, auch als Landesbank zu begleiten. 2007 ist das von der Fachwelt einhellig positiv gesehen worden – übrigens auch von den Sparkassen, einschließlich München und Nürnberg. Ohne deren Zustimmung wäre das Geschäft nicht zustande gekommen

BSZ Hat sich die CSU ausreichend für die Landesbank interessiert?
HUBER Der Freistaat hat ja erst seit 2009 die Mehrheit an der Landesbank, bis zu dem Zeitpunkt wurden alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam mit den Sparkassen getroffen. Auch deshalb kann man jetzt nicht alles allein den CSU-Verwaltungsräten in die Schuhe schieben, die übrigens qua Amt in den Verwaltungsrat berufen wurden und ihre Vergütung komplett an die Landesstiftung abführen mussten.

BSZ Finden Sie es denn richtig, dass Politiker qua Amt in den Verwaltungsrat berufen werden?
HUBER Ja. Das hat der Landtag gesetzlich so festgelegt. Der Freistaat ist jetzt praktisch Alleineigentümer der Bank, und natürlich müssen die Eigentumsrechte des Freistaats.

„Es bringt nichts, so zu tun, als ob es eine alte und neue CSU gäbe. Die Menschen sehen die CSU als Gesamtheit.“

wahrgenommen werden. Dass Vertreter des Eigentümers im Aufsichtsbereich beziehungsweise Verwaltungsrat sitzen, ist überall üblich.

BSZ In Österreich gab es schon damals Zweifel an der Seriosität der Hypo Alpe Adria; 2004 haben die Banker sogar eine Bilanz gefälscht, das wurde auch in österreichischen Medien publik gemacht.
HUBER Die HGAA war eine schnell wachsende Bank, die vor dem Kauf gute Gewinne gemacht hat und der eine gute Perspektive bescheinigt wurde.

BSZ Gab es damals im Verwaltungsrat Kritik an der Höhe des Kaufpreises?



Dass CSU-Führungsleute Anwälte auf Parteifreunde loslassen, ist neu in der Geschichte der Christsozialen. Erwin Huber sagt dennoch, er halte das für „ganz normal“.

HUBER Der frühere Landesbankchef Schmidt hat kürzlich darauf hingewiesen, dass rund 100 Fachleute den Kaufpreis durchgerechnet haben. Das war bei den Beratungen natürlich ein wichtiger Punkt. Wer die Mehrheit eines Unternehmens anstrebt, muss auch einen so genannten Paketzuschlag berücksichtigen. Wir bewegten uns auf der

BSZ Welche Rolle spielte Edmund Stoiber?
HUBER Das ganze Kabinett und auch CSU und SPD im Landtag haben den Kauf begrüßt und befürwortet. Wie ich jetzt lese, auch der Bundesvorsitzende der Freien Wähler im Vorstand des Sparkassenverbandes. Edmund Stoiber stand zu diesem Kauf; er war aber nach meiner Kenntnis nicht der Urheber dieser Idee.

BSZ Hinter den Kulissen war er aber kräftig zugegen. Stoiber soll in Kroatien Druck ausgeübt haben, damit der Kauf zustande kommt, beziehungsweise, dass die kroatischen Banker ihr Veto zurückziehen.
HUBER Zu diesem Zeitpunkt war der Kaufvertrag schon unterzeichnet. Was die beiden Regierungschefs (Stoiber und der kroatische Premier Ivo Sanader, d. Red.) verhandelt haben, entzieht sich meiner Kenntnis.
BSZ Und jetzt? Bekommt der Freistaat das Geld irgendwann zurück, das er in die Landesbank gebutert hat? Mit Zinsen?
HUBER Fakt ist: Die 3,7 Milliarden Euro, die man im Zusammenhang mit der Hypo Alpe Adria leider verloren hat, belasten den Haushalt des Freistaats nicht. Das ist allein in der Bilanz der Landesbank zu verkräften. Das beeinträchtigt natürlich die Werthaltigkeit der Bank, die im Übrigen eine hohe Eigenkapitalquote hat.

BSZ Wenn man die Bank mal verkaufen will, macht sich das nicht gut.
HUBER Natürlich. Aber die Landesbank ist eine Bank, die im operativen Geschäft gute Gewinne macht: Im letzten Jahr hat sie bis November 766 Millionen Euro erwirtschaftet.

BSZ Was ist mit den 10 Milliarden, die der Freistaat der Landesbank vor einem Jahr überwiesen hat, um die Verluste im Rahmen der Finanzkrise auszugleichen?
HUBER Mit den 10 Milliarden Euro hat der Freistaat das Eigenkapital der Bank aufgestockt, das durch faule US-Anlagen beeinträchtigt war. Der Staat hat damit außerdem bis auf einen kleinen Rest die Beteiligung der Sparkassen gekauft, auch um sie und die Kommunen von Belastungen freizustellen. Ein Teil davon firmiert als stille Einlage und muss verzinst werden. Was zurückkommt, sieht man erst bei einer Privatisierung, einem Verkauf oder einer Fusion in der Zukunft. Das hängt auch von der weiteren Ertragsentwicklung ab.

BSZ War es ein Fehler, der Landesbank 2003 qua Gesetzesänderung die Möglichkeit zu verschaffen, sich auf dem Weltmarkt zu betätigen?
HUBER Neu war das nicht; schon vorher gehörte das gesetzlich zum Tätigkeitsbereich der BayernLB. Mit

dem Wegfall der Staatshaftung war allerdings eine strategische Neuausrichtung erforderlich. Die Landesbank hatte ja dann nicht mehr den Staat im Rücken und musste sich selbst um ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt kümmern. Das war damals im Landtag auch die Meinung der SPD. Unsere bayerische Wirtschaft braucht auf den Exportmärkten eine bankmäßige Begleitung. Das war auch im Sinn der Sparkassen – die sich aufs Inlandsgeschäft beschränken und einen Partner brauchen für Großkredite oder das Auslandsgeschäft.

BSZ Braucht der Freistaat überhaupt eine Bank?
HUBER Dass Bayern eine Landesbank hat, ist historisch bedingt, wie in anderen Bundesländern auch. Aber natürlich gehört es im Grunde nicht zur Aufgabe des Staates, eine Bank zu betreiben. Ich habe als Finanzminister bereits Anfang 2008 erklärt, dass wir zu strukturellen Veränderungen bereit sind: Fusionen, Privatisierung, Verkauf des Staatsanteils an die Sparkassen. Wegen der Unklarheit über Verluste aus US-Papieren kam das dann jedoch leider nicht voran.

„Eine Bank zu betreiben, ist nicht Aufgabe des Staats“

Noch bis September 2008 gab es ganz konkrete und aussichtsreiche Verhandlungen mit privaten Anteilseignern.

BSZ 85 Prozent der Bürger glauben, dass die Bankenaffäre der bayerischen Regierung massiv geschadet hat. Wie will die CSU ihr finanzpolitisches Renommee zurückgewinnen?
HUBER Die Finanzkompetenz der CSU basiert nicht auf der BayernLB. Sie kommt daher, weil Bayern über Jahrzehnte und auch heute die beste Finanzsituation aller Länder hat. Das ist schließlich der Grund, warum wir am meisten in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen. Was das Deaster Landesbank betrifft: Wir müssen den Bürgern Ursachen und Zusammenhänge umfassend erklären. Wir müssen uns dem stellen. Es bringt auch nichts, so zu tun, als ob es eine alte und eine neue CSU gäbe. Die Menschen sehen die CSU als Gesamtheit. Im Übrigen müssen wir im politischen Wettbewerb durch Sacharbeit Vertrauen zurückgewinnen.

Interview: WALTRAUD TASCHNER

DIE FRAGE DER WOCHE Mehr Sicherheit im Flugverkehr: Sind Nacktscanner die Lösung?



Von **Christian Meißner (CSU)**, Vizevorsitzender des Innenausschusses im Landtag

JA

Gerade mit Blick auf das zuletzt nur knapp verhinderte Attentat auf ein Flugzeug in den USA sollte man sich keine Denkverbote bei Technologien auferlegen, die die Flugsicherheit und damit den Schutz vor terroristischen Anschlägen verbessern könnten. Das zuständige Ministerium hat eine gründliche Prüfung der weiterentwickelten Scan-ner-technologie zugesagt und diese wird nach dem jetzigen Stand der Dinge im Sommer auch an deutschen Flughäfen beginnen. Ich halte den Einsatz von Körperscannern an Flughäfen grundsätzlich für sinnvoll. Allerdings ist dies an Voraussetzungen gebunden. Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass viele Bürgerinnen und Bürger auch bei mehrheitlicher Zustimmung zur intensiven Durchleuchtung Wert darauf legen, dass nur eine schemenhafte Darstellung für das Kontrollpersonal in Betracht kommt. Der Schutz der Intimsphäre

muss angemessen gewährleistet bleiben. Ebenso muss die gesundheitliche Unbedenklichkeit oberstes Gebot sein.

Auch und gerade vor diesem Hintergrund bestärken mich jüngste Umfragen in meiner Haltung, die zeigen, dass bereits jetzt eine breite Mehrheit der Befragten nichts gegen den Einsatz von entsprechenden Geräten einzuwenden hat. Das zeigt aus meiner Sicht, dass in der Bevölkerung ein hohes Interesse an optimaler Gewährleistung der Sicherheit im Flugverkehr besteht und die Politik insofern aufgerufen ist, diesem Umstand auch durch Einsatz der besten Technik Rechnung zu tragen. Bei der Erprobung und gegebenenfalls bei der Einführung der Körperscanner darf bei alledem nicht außer Acht gelassen werden, dass die Technik stets nur so gut ist wie das Personal, das sie bedient.

Daher ist die Forderung vieler Kritiker von Körperscannern, dass bei Auswahl, Ausbildung und Bezahlung des Personals mehr Sorgfalt aufgewendet werden müsste, durchaus beachtenswert und eine Überprüfung dieses Bereiches ist sicherlich durchaus von Interesse. Ein Höchstmaß an Sicherheit kann es nur geben, wenn Technik und Bedienpersonal optimal arbeiten.



Von **Markus Ferber (CSU)**, Vorsitzender der CSU-Europagruppe im EU-Parlament

NEIN

Nach dem gescheiterten Terroranschlag auf das US-Flugzeug über Detroit kam es erneut zur öffentlichen Diskussion über die Sicherheit an Flughäfen. Dabei werden aktuell die technischen Sicherheitsstandards in den Fokus gestellt und hinterfragt. Grundsätzlich leistet die technische Überwachung einen sehr wichtigen und notwendigen Beitrag zum Schutz der Reisenden. Doch ich halte es für nicht ausreichend, allein die technische Ausrüstung als Maßstab für die Sicherheitslage heranzuziehen. Vielmehr muss über die Optimierung eines umfassenden Sicherheitskonzepts nachgedacht werden, in dem bereits vorhandene Informationen effizienter miteinander verknüpft werden.

Vor diesem Hintergrund sehe ich in der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, in den USA sowie in Europa, noch deutlichen Verbesserungsbedarf. Maßnahmen in die-

sem Bereich wären wesentlich nachhaltiger für die Sicherheit im Flugverkehr als die hektische Debatte über die Einführung von Bodyscannern. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments, die sich in seinem Besitz befindenden Geräte zu verkaufen, bestätigt die in meinen Augen strittige Effizienz der Bodyscanner. Die Geräte lagern seit über acht Jahren ungenutzt in den Kellerräumen des Parlaments und kamen angesichts der damals bereits aufkommenden politischen Diskussion nie zum Einsatz.

Auch die heute auf dem Markt vorhandenen Bodyscanner sind noch nicht auf dem technischen Stand, um garantiert alle Arten von Waffen und Sprengstoffen erkennen zu können. Ferner ist noch nicht gewährleistet, dass die Ganzkörper-scanner tatsächlich alle Forderungen nach einem Schutz der Persönlichkeitsrechte erfüllen. Zu hinterfragen ist, ob die neuartigen Durchleuchtungsmethoden gesundheitsschädlich sind und ob die Intimsphäre der Betroffenen gewährleistet wird. Hierzu liegen momentan noch viel zu wenig technische Details über die Bodyscanner vor, so dass ich eine voreilige Entscheidung über deren Einführung an deutschen Flughäfen ablehne.

IMPRESSUM

BAYERISCHE STAATSZEITUNG UND BAYERISCHER STAATSANZEIGER
 mit der regelmäßigen Beilage „UNSER BAYERN“
 Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, München

BAYERISCHE STAATSZEITUNG:
 Redaktion:
 Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München,
 Tel.: 089/290142-0, Fax: 089/299562,
 www.bayerische-staatszeitung.de
 redaktion@bayerische-staatszeitung.de

Chefredakteur: Ralph Schweinfurth
 (verantwortlich für den Inhalt, Wirtschaft).
 Redaktion: Waltraud Taschner-Kupka
 (Chefin von Dienst, Politik), Karin Dütsch
 (Kultur, Beilage „Unser Bayern“), Dr. Friedrich H. Hettler (Bau und Architektur), Tobias Lill (Politik) André Paul (Kommunales, Bayern forscht).

Mit eigener Verantwortlichkeit gekennzeichnete Seiten stellen die Meinung der jeweiligen Organisation dar, die nicht immer der Auffassung der Redaktion entspricht.

Anzeigen- und Vertriebsleiterin:
 Marion Birkenmaier (verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen der Bayerischen Staatszeitung). Tel.: 089/290142-65,
 Fax: 089/290142-70,
 anzeigen@bayerische-staatszeitung.de

BAYERISCHER STAATSANZEIGER:
 Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München,
 Tel.: 089/290142-60/62/66/67
 Fax: 089/290142-73/74,
 anzeigen@bayerische-staatszeitung.de
 Verantwortlich: Jan Peter Gühlk.
 Ansprechpartner für Veröffentlichungen:
 Brigitta Beckmann.

Vertrieb und Abonnement-Verwaltung
 Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger:
 Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München,
 Tel.: 089/290142-59 und -69,
 Fax: 089/290142-90,
 vertrieb@bayerische-staatszeitung.de

Verlag: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München, Tel.: 089/290142-50, verlagsleitung@bayerische-staatszeitung.de.

Geschäftsführung: Jan Peter Gühlk, Alfred Backs.

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ erscheint wöchentlich einmal (freitags). Der Abonnementpreis beträgt jährlich Euro 81,00 einschließlich MwSt. Aufträge für den Bayerischen Staatsanzeiger sind ausschließlich an den Verlag zu richten. Für den Bayerischen Staatsanzeiger gelten im Übrigen die „Zusätzlichen Geschäftsbedingungen“, die beim Verlag bezogen werden können. Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr.33 vom 1. Januar 2010. Druck: Druckhaus Dessauerstraße GmbH & Co. Betriebs KG, Dessauerstraße 10, 80992 München.

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ wird herausgegeben von einer Verlagsgemeinschaft zwischen dem Münchener Zeitungs-Verlag und dem Süddeutschen Verlag auf Grund eines Vertrages mit dem Freistaat Bayern. Die Bayerische Staatszeitung soll das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in Bayern widerspiegeln und die auf Bayern einwirkenden Kräfte würdigen. Verlautbarungen der Bayerischen Staatsregierung werden in der Bayerischen Staatszeitung ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Beiträge des Ministerpräsidenten, der weiteren Mitglieder der Staatsregierung, anderer führender Politiker sowie der leitenden Beamten in Staatsbehörden, Kommunen und Körperschaften des öffentlichen Rechts erscheinen unter voller Angabe des Namens. Alle übrigen Veröffentlichungen werden von der Redaktion vertreten. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar; soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts Anderes ergibt. Insbesondere ist eine Einspeicherung und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer Form vertriebenen Zeitung in Datenbanken ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

An der Geretsrieder Isardammsschule unterrichten die Lehrer mit interaktiven Tafeln

Das digitale Klassenzimmer

Ich könnte damit nicht mehr arbeiten“, meint Max Schwarz entwandert ehrlich. Der weißhaarige Mann war vor einigen Jahren Rektor an der Isardammsschule in Geretsried, in jenem vorigen Jahrhundert, als vieles noch ganz anders aussah. Vorsintflutlich geradezu. Auch Schwarz hat über die Jahrzehnte einige Veränderungen mitgemacht. Aber das hier? Eine interaktive Tafel? Computergesteuert? In Grundschulklassen? Schwarz ist skeptisch.

Eine sehr große Feier hatte die Isardammsschule zu Ehren ihrer interaktiven Tafeln ausgerichtet, „Servus Schwamm, mach's gut Kreide“ lautete das Motto des Tages, die Lehrer steckten in Dirndl und Lederhosen, Schüler und Elternbeirat ebenso. Wenn das Credo vom Laptop und der Lederhose je passte, dann hier, in dieser weiträumigen, 500 Kinder umfassenden Schule, unweit der wild und grün zwischen Kiesbetten und Wäldern fließenden Isar.

Jedes Whiteboard kostet 3500 Euro

Die Geretsrieder Isardammsschule ist eine von ganz, ganz wenigen in Bayern, in der sämtliche Klassenzimmer mit sogenannten interaktiven Whiteboards ausgestattet sind. Sukzessive ist das geschehen, so ein Projekt kostet ja Geld, und man darf ruhig glauben, dass Renate Kreis, die Rektorin, sehr, sehr viel Zeit hineingesteckt hat in die Überzeugungsarbeit bei Lehrern, Eltern, der Gemeinde und Sponsoren. Aber Kreis ist eine Frau der Technik, auf einer Messe vor vier Jahren haben die interaktiven Tafeln sie regelrecht aufgeschreckt, es war Liebe auf den ersten Blick.

„So oanen“, sagte sie sich damals auf gut Bayerisch, „so oanen wenn wir an der Schule hätten: Das war toll.“ 2006 hat sie das erste Board gekauft, jetzt hängen 22 solcher Tafeln mit Beamer in der Schule, seitlich in den Klassenzimmern angebracht oder vorn, in Gang gesetzt von gebrauchten Computern und Laptops, welche die Schule geschenkt bekam.

Hochgerüstet ist die Schule jetzt, das Elektronikzeitalter steht in voller Blüte, und wenn es so weitergeht, wird wohl irgendwann doch jene Schülerin recht behalten, die zum Klassenzimmer der Zukunft ein Bild gemalt hat, mit einem Astronauten und der Sprechblase: „Ich fliege zum Nordpol um zu kucken, ob es dort Pinguine gibt! Bin in fünf Minuten

wieder da.“ Naturgemäß sind jedoch nicht alle Lehrer ähnlich technikaffin wie Kreis und die Kinder, ja, man sagt Lehrern sogar nach, besonders wenig von der Technik zu halten.

Also musste Kreis daran gelegen sein, die Lehrer ausreichend zu schulen. In drei Gruppen respektive Niveaus teilten sich die Lehrer dafür auf, damit auch die profitierten, die sich dem Computer mit einem gewissen Befremden zu nähern pflegten. Natürlich schöpft nicht jede Lehrerin gleichermaßen begeistert die Medientechnik im Klassenzimmer aus. Aber Anwendung finden die interaktiven Tafeln täglich und in allen Klassen.

Die Arbeit mit einer solchen Tafel ist aber auch verführerisch für die kleinen und großen Kinder, zum Beispiel im Englischunterricht. Lehrerin Kreis hat da ihren Stick mit dem vorbereiteten Material in den Computer gesteckt und eine Art Lückentext angeklickt von einem Fuchs, der sich vergebens an ein paar Hühnern zu vergreifen versucht. Kleine Bildchen verdecken Schlüsselwörter. Sagt ein Kind das Schlüsselwort richtig, kann das Bildchen an der Tafel weggezogen werden, mit dem Finger oder mit einem Stift, das Wort kommt zum Vorschein. Die Tafel: Das ist eine gewaltige Touchscreen-Oberfläche, auf der allerhand verschoben und gemalt und eingesetzt und auf seine Richtigkeit überprüft werden kann. Man hört muttersprachliche englische Kinderstimmen, wird zum Nachsprechen aufgefordert, ein Drrrrng! zeigt sehr überzeugend an, wenn Fehler gemacht werden, alles so, wie es viele Kinder von Computern und Computerspielen daheim bereits kennen.

Auch das Internet steht den Benutzern offen, kleine Filmchen spielt die Lehrerin ein, zum Beispiel das von den Kaninchen, das zwei Kinder sehr sorgsam zu Hause gedreht und der Paukerin per Stick zugesteckt haben. Ein kleines Wunder, den Film dann für alle Klassenkameraden ganz groß an der Tafel zu sehen. Geschickt wechselt Kreis zwischen den Medien hin und her. Mal lässt sie an der Tafel Wörter zu Bildchen schieben, mal schreiben die Kinder selbst in ihr Heft, mal sprechen sie Wörter nach und ganze Sätze, dann wieder singen sie auch.

Es ist nur ein Medium von vielen, das hier zum Einsatz kommt, wenngleich eines der attraktivsten. Den Lehrern erspart die neue Tafel das Schleppen von Vorbereitungsmaterialien und Büchern, das Heranrollen von Overhead-



Jedes Klassenzimmer der Geretsrieder Isardammsschule ist mittlerweile mit einem Whiteboard ausgestattet.

FOTO RALF KRUSE

projektoren und Fernsehbildschirmen, und wenn mal genug Erfahrung beisammen ist, sollen auch Unterrichtsmaterialien umstandslos getauscht werden.

Hat man die interaktive Tafel mit all ihren Möglichkeiten einmal begriffen – sie könnte die Arbeit eines Lehrers erheblich erleichtern. Aber vom Begreifen aller Möglichkeiten, meint Kreis lachend, seien sie selbst in Geretsried noch weit entfernt. Kein Quietschen von Kreide mehr – oder nur noch ganz selten; keine mutwillige Zerstörung von schönen Tafelbildern; keine Wurfgeschosse wie nasse Schwämme und Kreidestücke: Da haben die Medien bundesweit schon „das Ende der Kreidezeit“ bejubelt. Kreis dagegen betont, dass die gute alte Tafel noch längst nicht ausgedient habe, sie wird auch, wenngleich seltener, in der Isardammsschule immer noch benutzt.

Bayernweit steckt die Innovation zwar noch in den Kinderschuhen. Doch Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) lobt die Whiteboards, die eine „frühzeitige solide Medienkompetenz“ unterstützen

würden. Doch der Minister betont auch, dass die Schulen auf Paten aus Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen seien. Gut schaut es also derzeit nicht aus für die Finanzierung von Whiteboards in Bayern.

In England lehren drei Viertel der Schulen interaktiv

So warnt Kreis andere Schulen, die es ihr nachtun wollen davor, sich allzu schnell bei der Suche nach Geldgebern frustrieren zu lassen: um den Sponsoringmarkt sei es nun mal schlecht bestellt, und nur mit Hilfe von Sponsoringgeldern lassen sich die rund 3500 Euro pro Tafel derzeit aufbringen. Eine Frage des Geldes also, wie immer.

Dezidierte Gegner der interaktiven Tafel gibt es ohnehin kaum. Eine Münchner Lehrerin mahnt die Prioritäten an: Erst müsse es doch darum gehen, Klassen zu verkleinern und Förderlehrer einzustellen, dann könne man über die Anschaffung von interaktiven

Tafeln nachdenken. Eine Mutter ist skeptisch, ob die Tafel den Kindern schadet. Martina Scherr, Referentin bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, begrüßt grundsätzlich, dass Schulen mit solchen Tafeln ausgestattet werden, hat aber einige Befürchtungen: Die Schere zwischen gut und weniger gut ausgestatteten Schulen könne weiter aufgehen, zu wenig Zeit und Geld flösse vermutlich in die Lehrerschulung.

Zugleich schielen alle ein wenig aufs Ausland. In England sind laut dem führenden Whiteboard-Produzenten Smart bereits drei Viertel der Schulen mit digitalen Tafeln ausgestattet. In Deutschland dümpelt der Markt bislang dahin.

Doch auch in Deutschland hat sich bereits einiges bewegt. Ex-Schuldirektor Schwarz erinnert sich: Früher, da habe er mit 58 Kindern in der ungeteilten Schule unterrichtet. „Geräte gab's nicht, nur die schwarze Tafel, keine kopierten Blätter, nichts.“ Und, sagt er, „die Kinder haben geschrieben, viel geschrieben, dann bleibt der Stoff doch am besten hängen, und

wir haben auch gute Ergebnisse erzielt.“ Dann kamen die Tonbänder, „ich erinnere mich noch an das Stauen der Kinder“. Es kam das Episkop, das nur bei völliger Dunkelheit Bilder auf die Leinwand warf, es kamen die Videorekorder mit den dicken Kassetten und dann die Kopien und mit ihnen die Kopierlust der Lehrer. Letztere hatte er etwas bremsen müssen, die Verschwendung wäre sonst einfach zu groß gewesen.

Es kamen die schweren Medienwägen, die man vor der Tafel hin und her rollte. Und immer, meint er, wenn es drauf angekommen sei und die Technik funktionieren sollte, sei doch irgendwas schiefgegangen. Und der Lehrer stand in diesen Situationen hilflos da, mit diesem Gerät, das nicht anging, und hatte zu improvisieren.

Trotzdem, sagt Herr Schwarz, den die Vorführungen von Kreis und den Schulkindern dann doch überzeugt haben, „die Technik muss Einzug halten!“ Und man sieht ihm an, dass er nicht ganz unglücklich wäre, es noch einmal mit so einem Whiteboard zu probieren. > MONIKA GOETSCH

Der MS-kranke Buchautor Max Dorner schreibt über Themen, die viele lieber totsichweigen

Der Geschichtenfänger

Maximilian Dorner sitzt jeden Tag im „Marais“ an der Schwantalerhöhe im Münchner Westend. Es ist dieses eigentümliche Eckcafé, das noch mit dem Inventar eines jahrhundertalten Kurzwarenhandels ausgestattet ist. Hier sitzen die Gäste in den Schaufensternischen, hier stehen Kunst und Krempel nebeneinander, und die Wände sind über und über mit Schubladen bedeckt. Solche mit kleinen Glasscheiben vorne, wo einst Knöpfe, Bindfäden, Kernseifen oder Waschklammern herauslugten. Seinen schwarzen Gehstock hat der 36-jährige Buchautor unauffällig an den Stuhl gelehnt. „Hier muss er mir nicht peinlich sein“, sagt er knapp. Oft tut er das schon und klebt an ihm wie ein Behindertenausweis.

Das Café Marais ist nicht weit von seiner Wohnung weg. Die Wegstrecke passe gerade noch in seinen Mobilitäts-Radius, sagt der junge Mann mit den freundlichen Augen hinter modisch-eckiger Hornbrille. Seit 2006 ist Max Dorner unheilbar krank. Die Diagnose Multiple Sklerose (MS) traf ihn

mit 33 Jahren wie ein Blitzschlag – hart und gnadenlos, und änderte sein Leben für immer.

Max Dorner studierte Dramaturgie an der Bayerischen Theaterakademie



Hat gerade ein neues Buch veröffentlicht: Der Münchner Schriftsteller Max Dorner. FOTO CHRISTINE SCHNEIDER

und realisierte schon vielseitige Projekte am Theater, beim Film, als Autor und Lektor. Schreiben, sagt er, sei jedoch immerschon das Zentrum seines Lebens gewesen. „Da bin ich ganz bei mir.“ Zwar kann ihn heute das Schreiben von seiner MS-Erkrankung nicht heilen, dafür aber neue Blickwinkel öffnen und eigene Wahrnehmungen vor Augen führen.

In seinen Büchern fasst sich Dorner selbst hart an, geht nah an Tabugrenzen heran und überträgt alles in den Tenor der Normalität. In seinem neuesten Buch *Ich schäme mich – Ein Selbstversuch*, das ab dem 16. Januar in den Buchläden steht, spricht er das aus, über was andere schweigen. In seinem letzten Werk *Lahme Ente in New York*, konfrontierte er sich mit der Angst, als Körperbehinderter allein in „die schnellste Stadt der Welt“ zu reisen und lernt dabei, dass „alles irgendwie doch funktioniert“.

Die Mobilität, respektive das aktive Leben, war immer seine Intention. Das Reisen gehörte dazu, und sich für Kulturen anderer

Länder interessieren, war für ihn eine Selbstverständlichkeit. Früher wanderte er auf dem Jakobsweg. Heute sind 500 Meter für ihn so beschwerlich, wie für andere stundenlange Hochgebirgstouren. Aber Dorner hat sich mit seinem neuen Leben arrangiert, besser noch, seine Situation, die ihn an den Gehstock bindet, lenkt ihn nun auf das, was durch die schnelllebige und globale Zeit immer mehr verkümmert. Dorner sucht nach dem Hier und Jetzt, will seine Heimat endlich richtig kennen lernen – das unbekannte Bayern.

Max Dorner ist ein Münchner, und hat, wie er sagt, schon beinahe in jedem Stadtteil gelebt. Gleichwohl kenne er seine Heimatstadt weit weniger als die Städte im Ausland; vom Land Bayern will er gleich ganz schweigen, gesteht: „Ich war noch nie in Schweinfurt oder Hof.“ Deshalb macht er sich für sein neues Buchprojekt auf Recherche durch Bayern. „Ich will meinem neugeborenen Neffen später einmal seine Heimat zeigen, wie sie wirklich ist.“

Fernab vom Prospektbayern, das scheint's nur aus Tracht und Bergen besteht. Der Autor will Schräges beschreiben, Übersehene finden, Alltägliches zum Besonderen machen. Dazu braucht er die Hilfe der Menschen, die etwas zu erzählen haben, will ihre Geschichten sammeln, die sonst nie aus den Regionsgrenzen hinauskommen. Eben jene stillen Kostbarkeiten, die unbeachtet im Verborgenen schlummern: etwa die kleinen Details regionaler Unterschiede, die kleine Leute mit ihrem großen Engagement, die kleinen Traditionen eines großen Landes, die kleine Kunst von großen Künstlern.

Bei der Suche fängt er mit dem Blick aus seinem Erdgeschossfenster im Münchner Westend an. Dort wo das wenigste Grün Münchens wächst, wo Migranten, Alte, Familien und Künstler nah beieinander leben. Wo sich die Leute an der Straßenecke Alltägliches erzählen. Ihnen hört der Schriftsteller zu, schreibt alles auf und hofft, dass daraus quasi ein Selbstläufer wird, in dem sich eine Anekdote an die an-

dere reiht. „Ich sehe mich ein wenig wie der Rattenfänger von Hameln“, sagt der Münchner, und meint einen „Geschichtenfänger von Bayern“.

Erist überzeugt, dass seine Suche nach dem Stoff, aus dem die wahren bayerischen Geschichten sind, auch erfolgreich wird. Kürzlich hat er hier im Café Marais, zwischen Kunst und Krempel, genau diese Erfahrung gemacht. Dorner lernte eine Freundin einer Freundin kennen, die sich als Religionswissenschaftlerin derzeit mit Votivtafeln in Altötting beschäftigt, zufällig solche von Menschen mit eingeschränkter Mobilität – auch Dorners existenzielles Lebensthema.

Demnächst nimmt sie ihn mit nach Altötting. Seine Recherchen haben also begonnen, führen bereits vom Westend nach Altötting. Wohin dann, wird sich zeigen. „Ich lasse mich einfach treiben“, sagt Max Dorner, zahlt seinen Cappuccino, nimmt den schwarzen Gehstock und macht sich langsam auf den Rückweg nach Hause – nur die Straße entlang und einmal ums Eck. > ANDREA WEBER

Der Rüstungslobbyist Karlheinz Schreiber, angeklagt wegen Betrugs, Bestechung und Steuerhinterziehung, muss sich ab 18. Januar vor dem Augsburger Landgericht verantworten

Vom Zwielficht ins Rampenlicht

VON MICHAEL STILLER

Es hätte nicht viel gefehlt und das schmale Bändchen mit dem Aktenzeichen 501 Js 127135/95, das der Chef der Augsburger Staatsanwaltschaft Reinhard Nemetz hütet wie seinen Augapfel, wäre dem Schredder anheimgefallen. Der 75-jährige Karlheinz Schreiber nämlich, dem dieses Konvolut gilt und ihm, wenn es zum Urteil kommt, eine fette Strafe sichert, hat ganze 13 Jahre lang um Deutschland einen großen Bogen gemacht.

Vom 9. März 2000 datiert das Schriftstück, von 1997 der erste Haftbefehl, die Ziffer 95 des Aktenzeichens hinter dem Schrägstrich markiert das Jahr, in dem die Ermittlungen begannen. Der Choleriker Schreiber selbst hatte sich da hineingeritten. Nach einem Streit mit seinem Schweizer Partner Georgio Pelossi tauchte er wütend im Finanzamt auf und markierte den dicken Maxe.

Da begann erst einmal die Steuererfahrung und dann die Staatsanwaltschaft, genauer hinzuschauen. Sie holten sich aus Schreibers Käufer Villa masenhaft Material, darunter das legendäre Notizbuch mit den Tarnnamen und Schmiergeldkonten, die Schreiber bei seinen unverschämten Millionen-Provisionsgeschäften angelegt hatte.

Den Punch vom Boxer

Die Vorwürfe in der Anklage gegen Schreiber sind massiv, ihr Inhalt ist ziemlich übersichtlich. Die Geschichten, die sich darum ranken, sind es nicht. Schreiber wird zur Last gelegt, beim internationalen Vermakeln von Panzern und Flugzeugen in den letzten 25 Jahren rund 20 Millionen Euro Provisionen eingenommen und nicht versteuert zu haben. Die Verrechnung eines Servicepakets mit den saudischen Panzerkäufern in Höhe von 100 Millionen Euro gilt zudem als Beihilfe zum Betrug, weil es sich in Wahrheit nicht um Service, sondern um Schmiergeld handelte. Die Steuerschuld beträgt rund 10 Millionen Euro.

Der 9. Strafkammer des Augsburger Landgerichts, vor der er ab Montag stehen wird, hat Schreiber seine Unschuld beteuert. Für verjährt hält die 9. Strafkammer den Vorwurf, den ehemaligen Rüstungsstaatssekretär Holger



Da war er noch in Freiheit: Karlheinz Schreiber (links) muss sich ab 18. Januar vor Gericht verantworten. Der Augsburger Staatsanwalt Nemetz (oben) hat lange auf ihn gewartet. Schreiber nutzte in den 80er Jahren seine Kontakte zu Franz Josef Strauß für allerlei dubiose Geschäfte. FOTOS DDP (2), SZ PHOTO

Pfahls (CSU) zum Loseisen der Saudi-Panzer mit zwei Millionen Euro bestochen zu habe.

Das wiederum ist für Staatsanwalt Nemetz grundfalsch, sogar einen Revisionsgrund sieht er in der Rechtsauffassung der Kammer. Nach einer Flucht um die halbe Welt war Pfahls zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt worden, ebenso wie zwei Manager der Firma Thyssen, die alle von Schreiber Geld genommen hatten. Da Schreiber nicht geständniswillig ist, steht derzeit auch kein „Deal“ zu befürchten. „Der Deal ist jetzt zwar Gesetz, aber dazu gehört ein reumütiges Geständnis“, sagt der Strafverfolger Nemetz.

Steuern in Deutschland zu zahlen war Schreiber ein Greuel, Brutto war ihm immer lieber als Netto. Früher war er mal ein bulliger Typ, stand auch als Boxer im Ring und brachte es vom Teppichverkäufer zum Prokuristen einer Großhandelskette.

Von jeder Lebensstation nahm er etwas in seine internationale Karriere mit: vom Aufsteiger den Minderwertigkeitskomplex, den er mit Prahlerei überspielte, vom Teppichverkäufer die Beredsamkeit, vom Boxer den Punch, im entscheidenden Moment das Glaskinn des Gegners zu treffen, vom Prokuristen das kühle Ausrechnen seiner Chancen. Was Schreiber zum Geschäftsglück noch fehlte, war eine hochmög-

de Person, die ihm die Türen öffnete. Die fand er schon als kleiner CSU-Zaunkönig im Kreis Landsberg in Franz Josef Strauß.

Die erste Aufnahmeprüfung, die Schreiber in den 80er Jahren zusammen mit Strauß-Sohn Max für die Strauß-Familie abliefern sollte, geriet freilich zu einem totalen Desaster.

Schreiber gründete in Kanada ein Firmen-Konglomerat zum Erwerb renditeträchtiger Grundstücke. Die Familie Strauß machte rund fünf Millionen Mark locker. Und wo der Landesherren investierte, glaubten andere Prominente sorglos Geld flüssig machen zu können, zumal sich auch die Bayerische Landesbank über eine Tochter Strauß zuliebe mit Darlehen engagiert hatte. Der berühmte Sänger Hermann Prey verschuldete sich bis unter das Dach seiner Villa, und eine geldige Dame aus der Flick-Sippe war auch dabei.

An eben jener Barbara Flick aber sollte der Deal schmächtig scheitern. Sie weigerte sich plötzlich zu zahlen, Schreiber und sein Gehilfe Max gerieten in Verzug. Alle Beteiligten verloren ihr Geld, der bayerische Fiskus fing an zu überprüfen, ob es sich wohl um Schwarzgeld gehandelt habe, das da nach Kanada geflossen war, und vom Sänger Prey ließ es, er habe bis zum Lebensende Zigeunerbaronen singen müssen, weil seine Altersversorgung futsch war.

Mit Strauß senior war es so, dass man ihm besser eine Antwort schuldig blieb als eine Mark. Schreiber war damals klamm, musste Darlehen aufnehmen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dann die um ihr Geld gekommene Clique die Firma Airbus als Melkmaschine entdeckte. Strauß senior, anerkannter Motor der europäischen Flugzeugfabrikation, der den Markt nicht den amerikanischen Lockheed-Fliegern überlassen wollte, war in den 80er Jahren wohlbestallter internationaler Verwaltungsratsvorsitzender von AirbusIndustries. Er nutzte seine Kontakte, solches Fluggerät überall dort anzupreisen, wohin er eingeladen wurde – angeblich stets ohne Provision.

Kriegskasse für die CSU?

Dass sich Airbus aber, wo der Alte doch so gut verkaufte, den wuseligen, immer ein bisschen unseriös wirkenden Schreiber und den damals noch etwas ungeschlachten Strauß-Sohn Max als internationale Flugzeugverkäufer gehalten hätte, ist eher unwahrscheinlich. Ein Kenner der Materie, der frühere CSU-Politiker und Strauß-Vertraute Erich Riedl sagt spöttisch: „Die zwei können auf der Nürnberger Spiel-



Thyssen-Manager am Schreiber-Geld partizipierte, wurde dagegen verurteilt, weil die Gelder nicht versteuert wurden.

Den Rest hatte Schreiber für sich und andere in- und ausländische Kumpane platziert. Dazu kamen noch rund 200 Millionen Mark aus einem Panzergeschäft mit Saudi-Arabien, wohin 1991 mit überraschender Zustimmung des Bundessicherheitsrats unter Kanzler Helmut Kohls Regie 36 Spürpanzer „Fuchs“ geliefert werden konnten. Knapp 500 Millionen Mark rechnete der Hersteller Thyssen mit den dortigen Prinzen ab, die reinen Panzer-Kosten betrugen aber nur 130 Millionen. 200 Millionen versickerten in internationalen Briefkastenfirmen zwischen Panama und Liechtenstein.

Der gemobbte Staatsanwalt

Schreiber, der als eher geizig gilt, muss das Gefühl gehabt haben, wegen des Durchwinkens der Israel bedrohenden Saudi-Panzer durch den Bundessicherheitsrat der CDU besonderen Dank zu schulden. Die überreichte er in Form von 500 000 Euro dem damaligen Schatzmeister der CDU, Walther Leisler Kiep in bar auf einem Kaufhausparkplatz in der Schweiz. Das energische Nachfasen des Augsburger Staatsanwalts Winfried Maier brachte damals die CDU-Spendenaffäre ans Tageslicht, und wer weiß, was der Mann noch zutage gefördert hätte, wären ihm seine Vorgesetzten nicht in den Arm gefallen. „Die bringen uns noch das ganze Land durcheinander“, barmte damals der Generalstaatsanwalt Herrmann Froschauer.

Und die CSU, der Schreiber bis zu seinem Ausschluss 2003 angehört hatte, sollte gar nichts bekommen haben? Das ist auch so ein Schreiber-Rätsel. Er hat zwar 2002 hohe sechsstelligen Summen genannt, die er der CSU überlassen haben will, aber der angegebene Mittelsmann und Geldempfänger Franz Dannecker ist tot – „und Belege“, tönte Schreiber, „gibt es in meinem Business nicht, wo denken Sie hin“. Überhaupt ist er inzwischen gar nicht mehr gut auf die politischen Abzocker zu sprechen: „Erst nehmen sie mein Geld, dann lassen sie es verschwinden und dann hauen sie mich in die Pfanne!“

BR-Umfrage: Nur die Grünen jublieren

Zwischen Rot und Grün liegen nur noch 2 Prozentpunkte

Der große Eklat bei der SPD-Klausur im Kloster Irsee blieb diesmal aus. Hatte im vergangenen Januar SPD-Standgeschütz Adelheid Rupp mit ihrer Forderung nach einer vorzeitigen Erneuerung der Fraktionspitze noch für heftigen internen Streit gesorgt, galten die Angriffe der Genossen an den ersten beiden Klausurtagen vor allem dem politischen Gegner.

Zwei Themen beschäftigen die Sozialdemokraten bei ihrem bis Freitag andauernden Treffen ganz besonders: das Landesbank-Desaster und die neueste Wahlumfrage von Infratest Dimap. Wären am Sonntag Landtagswahlen, würden nur mehr 41 Prozent der Wähler die CSU wählen. Doch die SPD kann nicht davon profitieren. Sie käme auf mickrige 17 Prozent. Der Abgeordnete Hans-Ulrich Pfaffmann sprach von einem „ganz schlechten Ergebnis“. Das Votum sei „zugleich frustrierend und ein Ansporn, besser zu werden“.

Bei der Klausur der Grünen in Schweinfurt war die Stimmung dafür umso besser. „Ich kann mir hier die Schadenfreude nicht ganz verbeißen“, ließ der Grünen-Fraktionschef Sepp Daxenberger wissen.

Es reiche eben längst nicht mehr, „irgendeinen Pfosten schwarz anzumalen, um gewählt zu werden“, sagt er in Richtung CSU. Dass seine Partei auf rund 15 Prozent kommt, bezeichnet er als „sensationell“. Daxenberger prophetisch: „Das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.“ Drei Jahrzehnte nach der Parteigründung seien die Themen der Grünen „in der Mitte der Gesellschaft angekommen“.

Die Freien Wähler setzten sich bei ihrer Klausurtagung im niederbayerischen Bischofsreut vor allem mit der Frage auseinander, wie der ländliche Raum besser gefördert werden kann. Nach wie vor gebe es, so Fraktionschef Hubert Aiwanger, viel zu wenige schnelle Internetausschlüsse in dünn besiedelten Gebieten. Zudem muss nach Ansicht seines Stellvertreters Michael Piazzolo auch über eine andere Bildungspolitik nachgedacht werden: „Eine dezentrale Hochschulpolitik kann für den ländlichen Raum durchaus sinnvoll sein.“

Gedrückt wurde die Stimmung der FW durch das schlechte Umfrageergebnis. Bei gerade einmal 6 Prozent sehen die Forscher die Wählergruppe derzeit. > TILL

Ludger Volmer, Gründungsmitglied der Grünen, hat zum 30-jährigen Parteijubiläum eine Art Geschichtsbuch geschrieben

Die Entpuppung der Öko-Aktivist

Wilde Männer mit langen Mähnen, einer zog eine entnadelte Fichte hinter sich her, zwei andere rollten eine überdimensionale Weltkugel, überwiegend ungeschminkte Frauen in merkwürdig wallenden Gewändern: Im März 1983 bewegte sich dieser Aufzug zum Bonner Bundeshaus, um, drei Jahre nach der Parteigründung, den Einzigen in den Bundestag zu feiern. Es waren Spontis, Ökologen – auch Konservative wie Herbert Gruhl, ja sogar bräunlich angehauchte Rechte wie Baldur Springmann –, vom Regime des der Friedensbewegung feindlich gesonnenen Helmut Schmidt frustrierte Sozialdemokraten, Aktivisten aus diversen kommunistischen Kleinstgruppen. Otto Schily war dabei und Petra Kelly, der Terroristenanwalt und die Friedenskämpferin mit den immer traurigen Augen, die unter jungen Leuten schon beträchtlichen Anhang hatten.

Es ist kein Zufall, dass Grünen-Gründungsmitglied Ludger Volmer gleich zu Beginn seines gelungenen Geschichtsbuchs *Die Grünen* diesen Marsch der verwegenen Gestalten schildert. Denn ein heute Dreißigjähriger hat keine Vorstellung, wie provokant sich die Ur-Grünen gaben, wie aus-

sichtslos ihr Unterfangen erschienen, wie sie zu kämpfen hatten, um aus der Neugründung eine Erfolgsgeschichte zu machen.

Das verlor sich zwar nach und nach, nicht aber der Kampf mit den etablierten Parteien, die sich über die selbstgestrickten Norwegerpullover der grünen Aktivisten mokierten und ihnen unterstellten, sie wollten Kindersex strafrei machen, Heerscharen von Ausländern ins Land holen und Politik für Hirschkäfer und Brachvögel statt für Menschen machen. Trat im bayerischen Landtag der Grüne Georg Schramm mit seinem wallenden weißen Bart aus Rednerpult, tönte es aus den CSU-Reihen „Nikolausi, Nikolausi“. Zwischenrufe gegen grüne Frauen wie etwa die Lastwagenfahrerin Ingrid Psimmas waren noch dämlicher oder drastischer.

Und jetzt, anno 2010, in der letzten Bayer-Umfrage werden die Grünen, im Landtag traditionell der Motor der Opposition, bei 15 Prozent geführt und die CSU bei 41. Aber keiner hat mehr einen so schönen Bart wie Schramm.

Aus und vorbei ist es mit der Missachtung. Längst gehören die Grünen zum Establishment. Sie stellen Minister, Staatssekretäre

und Oberbürgermeister, sind in manchen Quartieren von Großstädten die stärkste Partei. Sie haben dafür gesorgt, dass alle Parteien Ökologie im Angebot haben.

Heute kann man nicht mehr erkennen, ob da im ICE ein CSUler oder ein Grüner in seinen Laptop hackt. Höchstens die Vorsitzende Claudia Roth kann man als grün identifizieren, weil sie aus Betroffenheit manchmal weint wie früher Petra Kelly (die von Gründungsmitglied Gert Bastian, einem General, 1992 getötet worden war. Anschließend ging auch Bastian in den Tod).

Ludger Volmer kann sich nicht recht entscheiden, ob die Entpuppung der Grünen gut oder schlecht ist. Abgesehen davon schildert er gelassen, mit plausiblen Theorien und mit reichem Erfahrungsschatz, wie aus den Grünen von 1980 die Grünen wurden.

Eine eigene ermüthende Erfahrung des gemäßigten Linken Volmer zum Umgang unter Grünen war, von 1998 bis 2002 unter Joscha Fischer als Staatssekretär im Auswärtigen Amt gedient zu haben. Daraus hätte er wohl ein Anrecht auf Schmerzensgeld geltend machen können. Er hat's dann auch gelassen. Dass Grüne inzwi-

schen sogar mit der CDU Bündnisse eingehen, kommentiert er mit einem galligen Sponti-Spruch: „Wenn wir schon mit der SPD erfolglos sind, können wir auch mit der CDU erfolglos sein.“

Ein Happy End hat Ludger Volmer, der bei den Grünen keine Ämter mehr hat und als Unternehmensberater sowie Dozent arbeitet, seiner Partei nicht ins Buch geschrieben, vielmehr eine Warnung vor politischer Beliebigkeit: Wenn sie ihren vor 30 Jahren postulierten Veränderungsanspruch und die Politik in globalen Zusammenhängen aufgibt, wenn sie sich damit begnügt, eine Art Öko-FDP zu sein, gehe sie unsicheren Zeiten entgegen. In einem Parlament mit fünf Parteien, noch dazu in der Opposition, sind die Erfolge aus 30 Jahren schnell verspielt. > STI



Ludger Volmer, Die Grünen, Bertelsmann, Bielefeld, 2009, 480 Seiten, 24, 95 Euro.



DIALOGFORUM | FDP will mit Verbänden vor Ort über die Zukunft des ländlichen Raums diskutieren – CSU und Freie Wähler zweifeln an ernsthaften Absichten

Auf der Suche nach einer neuen Klientel

Handelt es sich um ein Dialogforum, das die Entwicklung des ländlichen Raums tatsächlich vorantreiben wird? Oder ist es lediglich der Versuch einer Klientelpartei, sich eine neue Klientel zu erschließen? Eins steht jedenfalls fest: Seitdem Thomas Dechant, FDP-Sprecher für die Entwicklung des ländlichen Raums, angekündigt hat, seine Partei werde sich mit einem neuen Gremium verstärkt der Gestaltung des ländlichen Raums annehmen, ist das Thema Entwicklung jenseits der großen Städte en vogue. CSU und Freie Wähler zweifeln, dass die FDP es ernst meint mit dem angekündigten Engagement für den ländlichen Raum.

Keine Konkurrenz für den Staatssekretärsausschuss

Ungeachtet dessen erklärte Dechant: „Wir werden einen intensiven Dialog mit den Akteuren vor Ort initiieren.“ Und der soll so funktionieren: Die liberalen Fachpolitiker wollen sich mit regionalen Gruppierungen wie den Landwirtschaftsverbänden zusammensetzen und deren Positionspapiere durcharbeiten. Anschließend soll in noch zu bildenden Arbeitsgruppen wie „Gesundheit“, „Soziales“, „Bildung“ und „Landwirtschaft“ mit den örtlichen Entscheidungsträgern diskutiert werden. Einbeziehen möchte man eine Vielfalt an Verbänden wie Lehrervereinigungen sowie Städte- und Gemeindetag.

Ein erstes gemeinsames Treffen ist für den 10. März im bayerischen Landtag anberaumt. An genau diesem Tag hat Dechant Geburtstag: „Das freut mich besonders.“



Alle fünf Fraktionen wollen die Landwirte unterstützen. Doch wie sieht die richtige Förderung aus?

FOTO DDP

Und: „Als Landei, das großen Wert auf den Halt in der Gemeinschaft legt, liegt mir das Thema besonders am Herzen“, sagt er treuherzig.

Das neue Gremium solle aber keine Konkurrenzveranstaltung zu jenem Staatssekretärsausschuss sein, der sich mit der Entwicklung des ländlichen Raums beschäftigt. Dieser wird übrigens von Dechants Parteikollegin, Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel (FDP), geleitet. Vielmehr verstehe man das neue Gesprächsforum als „verlängerten parlamentarischen Arm“.

Die anderen Fraktionen hätten sich beim Thema Entwicklung des ländlichen Raums in den vergangenen Jahren zurückgehalten, so sei ein Vakuum entstanden. Seinem Koalitionspartner, der CSU, wirft Dechant vor, „den ländlichen Raum auf die Breitbandversorgung reduziert zu haben“. Seine Partei wolle die Menschen vor Ort mehr in die Pflicht nehmen und ihnen Entscheidungen übertragen. „Wir wollen nicht wie die anderen Parteien den Menschen auf dem Land Lösungen überstülpen, sondern sie daran teilhaben lassen“, sagt Dechant.

Keinen Hehl macht der Liberale daraus, dass sich seine Partei mit ihrer Initiative auch einen Imagewechsel verpassen will: weg von dem der großstädtischen Partei, hin zum Partner für die Region. Und man werde das Dialogforum „als Vehikel nutzen, um die CSU zu jagen“. So will die FDP eine wohnortnahe Schule vor allem durch eine längere gemeinsame Grundschulzeit ermöglichen. Die CSU lehnt Letzteres ab.

„Es führt kein Weg zur sechsjährigen Grundschulzeit“, sagt Alexander König, stellvertretender CSU-Fraktionsvorsitzender. An-

sonsten hat König, der auch Sprecher seiner Fraktion für den ländlichen Raum ist, ein leicht vergiftetes Lob für den Koalitionspartner übrig: „Ich freue mich, dass auch die FDP den ländlichen Raum entdeckt hat. Wir beschäftigen uns mit ihm schon seit Jahrzehnten.“ Was er vermisse, seien konkrete Aktivitäten vom FDP-geführten Staatssekretärsausschuss zum Themenbereich ländlicher Raum. Abwanderung, der Verlust hochwertiger Arbeitsplätze, regional unzureichende Infrastruktur und die Überalterung der Ärzteschaft zählen zu den Problemen, „die nach Lösun-

gen schreien“. König befürchtet, die FDP wolle sich lediglich eine neue Klientel erschließen.

Das sieht Thorsten Glauber, neben Alexander Muthmann Sprecher für den ländlichen Raum der Freien Wähler (FW), genauso: „Ich bin verwundert, dass sich ausgerechnet die FDP für dieses Thema interessiert – so marktwirtschaftlich, wie sie sich vor Ort positioniert.“ So befürworteten die Liberalen Privatisierungen. Gerade diese hätten sich im ländlichen Raum negativ ausgewirkt: „Die Privatisierung der Telekom beispielsweise hat die Breitbandversorgung auf dem Land zum Erliegen gebracht“, sagt Glauber. Über den jüngsten Vorstoß der FDP meint er: „Herr Dechant hat lediglich einen Prozess beschrieben, inhaltlich ist das Ganze absolut blutleer.“

FW: „Inhaltlich ist das Konzept blutleer“

Den Vorwurf inhaltlicher Defizite muss sich die FDP gefallen lassen: Abgesehen von der längeren gemeinsamen Schulzeit unterscheiden sich ihre Positionen nicht wesentlich von denen der CSU. Und eine Lektüre der Konzepte der anderen Fraktionen beweist: Neues beinhaltet das der FDP wahrlich nicht. Subsidiarität, mehr staatliche Arbeitsplätze auf dem Land, Investitionen in eine flächendeckende Landwirtschaft, Hausärztersversorgung und Infrastruktur sowie Stärkung des Ehrenamts: Die Konzepte aller fünf Fraktionen weisen mehr Gemeinsames als Trennendes auf. Fazit: Problem erkannt, Lösung weiterhin ungewiss. > ALEXANDRA KOURNIOTI

STANDPUNKTE DER FRAKTIONEN Braucht Deutschland sieben Landesbanken – oder reicht eine?

„Erst das Ende der Finanzkrise abwarten“



Von Ernst Weidenbusch (CSU), Vorsitzender der Landesbank-Kontrollkommission des Landtags

Die Antwort scheint in Zeiten einer Finanzkrise auf den ersten Blick eindeutig. Nahezu alle Landesbanken haben sich nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung erhebliche Geldmittel geliehen, deren Laufzeiten bis 2015 reichen. Dieses Geld haben sie unter anderem in strukturierte Papiere investiert; die damit verbundenen möglichen Verluste sind hinreichend diskutiert. Vor diesem Hintergrund kann man leicht zu dem Ergebnis kommen, dass der Staat mit privaten Eigentümern einer Bank nicht konkurrieren kann. Dann könnte die Zentralbankfunktion für die Sparkassen von nur einer Bank wahrgenommen werden.

Auf der anderen Seite muss man aber auch die historische Bedeutung und Funktion der Landesbanken berücksichtigen. Landesbanken sind dazu da, die regionale Wirtschaft bei ihrer überregionalen Tätigkeit zu unterstützen. Denn sie kennen die Verhältnisse ihrer Wirtschaft am besten und können maßgeschneiderte Angebote machen, und zwar auch dann, wenn es um Größenordnungen geht, die einzelne Sparkassen nicht stemmen können. Wer die Frage nach der Notwendigkeit von Landesbanken jetzt, inmitten einer Stresssituation, beantwortet, setzt sich der Gefahr aus, dass sich seine Handlungsweise schon nach kurzer Zeit als falsch erweist. Deshalb ist es – gerade auch, weil die Länder noch mit hohen Milliardenbeträgen aus den bestehenden Engagements haften – geboten, die Lage in Ruhe zu analysieren und erst dann zu entscheiden, ob Fusionen durchgeführt werden oder Privatisierungen sinnvoll sind. Daher kann eine seriöse Antwort nur lauten: Das weiß im Moment niemand. Kluge Köpfe werden mit der Antwort warten, bis sich der Staub, den die Finanzmarktkrise aufgewirbelt hat, wieder gelegt hat.

„Die BayernLB soll zukunftsfähig werden“



Von Volkmar Halbleib (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Das ist auf absehbare Zeit keine Perspektive. Es gibt neun Landesbanken, zumindest vier davon – darunter die großen Landesbanken – stecken in massiven Problemen. Die Bayerische Landesbank, die Landesbanken in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie die HSH Nordbank AG waren de facto pleite oder sind schwer angeschlagen. Sie können nur mit staatlicher Hilfe überleben, es laufen zudem Beihilfeverfahren bei der EU. Die BayernLB und die LBBW hatten sogar die Staatsanwälte zu Besuch. Unter diesen Voraussetzungen machen Spekulationen über eine Zusammenlegung überhaupt keinen Sinn.

Was sollte diese eine Landesbank auch sein? Eine Deutsche Bank, eine Bundesbank, eine Bank Deutscher Länder? All das gibt oder gab es schon. Die Aufgaben der BayernLB sind im Landesbankgesetz treffend geregelt. Demnach unterstützt sie den Freistaat Bayern, die kommunalen Körperschaften und die Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere Strukturförderaufgaben. Sie ist laut Gesetz Sparkassenzentralbank, Kommunalbank und Hausbank des Freistaats.

Die BayernLB hat damit einen klaren, öffentlichen Auftrag. Die Frage ist, ob es ihr und den Verantwortlichen in der Staatsregierung endlich gelingt, auf dieser Grundlage und nach dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Juli 2005 ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln. Dann kann es eine Zukunft für die BayernLB geben. Eine Zukunft, in der Vorstand und Verwaltungsrat nicht mehr Milliarden auf dem US-Hypothekenmarkt oder in Kärnten versenken, weil sie – weit entfernt vom gesetzlichen Auftrag – der Fiktion einer internationalen tätigen Geschäftsbank nachlaufen.

„Es gibt auch andere Wege zur Effizienzsteigerung“



Von Bernhard Pohl (FW)

Die Landesbanken sind durch waghalsige Geschäfte ins Trudeln geraten. Vor allem die BayernLB hat durch Subprime-Geschäfte und den Kauf der Skandal-Bank HGAA ihre wirtschaftliche Basis gefährdet. Nur durch massive Staatshilfe konnte sie gerettet werden. Derartige Hilfen werden von der EU als genehmigungspflichtige Beihilfe angesehen. Es ist zu erwarten, dass die EU ihre Zustimmung an Auflagen knüpfen und insbesondere eine deutliche Redimensionierung der Bank verlangen wird. Das gleiche Schicksal wird auch die anderen mit Staatshilfen gestützten Landesbanken ereilen. Eine verkleinerte Landesbank kann sich ein weltweites Netz an Niederlassungen nicht mehr leisten, benötigt es auch nicht. Auch ein deutlicher Personalabbau ist überlebensnotwendig. Es bietet sich geradezu an, mit anderen Landesbanken zu kooperieren.

Der Gedanke an eine Fusion aller Landesbanken erscheint naheliegend. Er ist aber nicht der einzig denkbare Weg zur notwendigen Effizienzsteigerung. Auch Kooperationen sind vorstellbar, bei denen die Landesbanken als rechtlich selbstständige Gebilde erhalten bleiben, gewisse Bereiche aber gemeinsam erledigen. Es hat keinen Sinn, dass Landesbanken an einem Auslandsstandort gleich mehrere Niederlassungen unterhalten.

Auch auf anderen Ebenen sind Synergien möglich. Ob Fusion oder Kooperation – an einer engen Verzahnung der Landesbanken führt jedenfalls kein Weg vorbei. Eine Privatisierung der Landesbanken, wie von mancher Seite gefordert, darf es jedoch nicht geben. Die Landesbanken haben als Kreditinstitute in staatlichem Besitz einen öffentlichen Auftrag, den die auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Privatbanken nicht leisten können.

„Deutschland braucht nur eine Landesbank“



Von Eike Halitzky (Grüne)

Die bayerischen Steuerzahler zahlen 10 000 000 000 Euro zur Rettung der BayernLB. Sind Landesbanken also nichts als Milliardengräber und Selbstbedienungsläden für unfähige und großwahn sinnige Politiker? Die Geschichte der BayernLB von den Kirch-Krediten über die Milliardenverspekulationen auf den US-Hypothekenmärkten bis zum Kauf der HGAA als Höhepunkt finanzpolitischer Unfähigkeit der CSU scheinen den Schluss nahezu legen: Niemand braucht die Landesbanken, weg damit! Die Wirklichkeit ist eine andere. Nur einige der Landesbanken wurden wie die BayernLB an die Wand gefahren. Andere, wie die NordLB oder die hessisch-thüringische Helaba, haben diese Probleme nicht, sie haben solide Geschäftsmodelle.

Entscheidend aber ist: Landesbanken erfüllen wichtige Funktionen. Dazu zählen die Unterstützung der und die Kooperation mit den Sparkassen und Kommunen bei deren Aufgabenerfüllung; die aktive Begleitung des Strukturwandels in den Regionen, den Ausbau der Infrastruktur und die systematische Förderung der mittelständischen Wirtschaft wie zum Beispiel bei der Stabilisierung des Wohnwagenherstellers Knaus-Tabbert im Bayerischen Wald durch die BayernLB. Denn dort entstehen Arbeitsplätze mit Zukunft.

Daneben unterstützen die Landesbanken vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen bei deren Auslandsengagements. Dafür braucht Deutschland aber nur eine Landesbank, mit Geschäftsstellen in den Bundesländern. Die Landesbanken müssen zurückgeführt werden auf dieses Kerngeschäft und zu einer „Bank deutscher Länder“ fusionieren. Ob die bayerische Staatsregierung aber noch die Kraft aufbringt, diesen Weg aktiv zu gehen, ist eine ganz andere Frage.

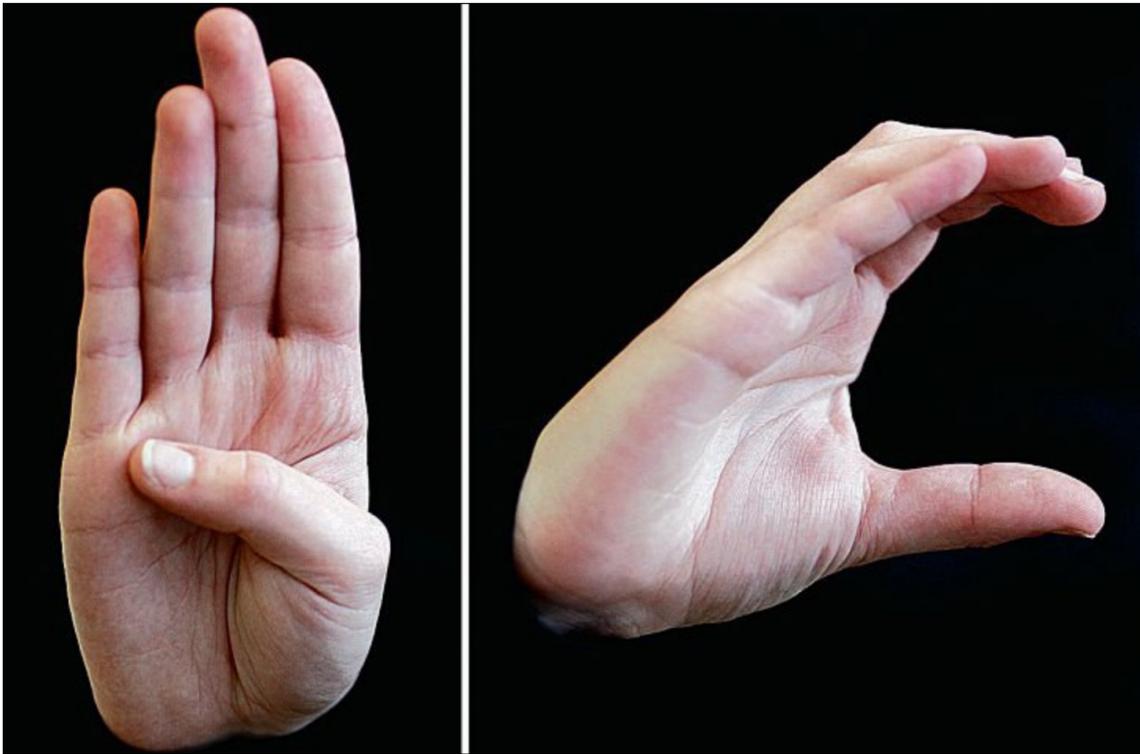
„Landesbank Süd wäre eine Option“



Von Franz Xaver Kirschner (FDP)

Ich halte nichts von lediglich einer deutschen Landesbank – wenn überhaupt, sollte es eine Landesbank Süd für Bayern und Baden-Württemberg geben. Für das Thema Landesbank ist nicht die Größe entscheidend, sondern die Qualität und die Nähe zu den Sparkassen. Die deutschen Landesbanken haben ihr Geschäftsmodell im Wesentlichen auf den regional tätigen Sparkassen aufgebaut. Deren Wettbewerbsvorteil ist wiederum mit der Nähe zum Kunden definiert. Das Wissen über den Kunden, über die Person des Unternehmers und das Unternehmen ist das Fundament des Sparkassenmodells. Je weiter die Landesbanken räumlich und personell von den Sparkassen entfernt sind, desto ineffizienter und auch risikobehafteter wird das Kreditgeschäft.

Wir brauchen in Bayern eine Landesbank, die zum einen das Backoffice der Sparkassen darstellt, zum anderen internationale Finanzierungen, Großinvestitionen, Unternehmensbeteiligungen und Börsenemissionen übernimmt – also das ganze Cooperate-Finance-Geschäft des Mittelstandes. Dieses Geschäft ist für Sparkassen zu aufwändig und mit nicht unerheblichen Risiken behaftet. Meine langjährigen Erfahrungen als Wirtschaftsprüfer und Betreuer mittelständischer Unternehmen zeigen mir, dass der bayerische Mittelstand kein Interesse an einem Kreditgeber hat, der seine Zentrale in Berlin, Düsseldorf oder Frankfurt hat. Gerade wenn es schwierig wird, ist die Frage des persönlichen Kontaktes zur Bank entscheidend für Unternehmen und Mitarbeiter. Dies gilt nicht nur in der Sanierung von Unternehmen, sondern auch bei Investitionsentscheidungen und deren Finanzierung, die, anders als bei DAX-Unternehmen, wesentlich auf die Person und Familie des Unternehmers abstellt.



Landesschule für Gehörlose zieht bis 2011 um

In München gibt es eine Landesschule für Gehörlose an der Fürstenrieder Straße 155, in der Nähe des Westparks im Stadtteil Sendling (unser Foto zeigt die Buchstaben B und C in Gebärdensprache). Seit einigen Jahren werden die einzelnen Schultypen allerdings an andere Standorte verlagert. Wann diese Umzüge abgeschlossen sein werden wollte, **Theresa Schopper** (Grüne) vom Kultusministerium wissen. Auch was aus dem Gelände der bisherigen Landesschule werden soll, erfragte die Abgeordnete im Ressort von Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU). Bereits zum Schuljahr 2006/07 sei die Realschule der Landesschule für Gehörlose ausgegliedert worden. Sie wurde der staatlich anerkannten privaten Realschule zur sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkt Hören, der Schul-Centrum Augustinum GmbH angegliedert worden. Der Volksschulbereich (Grund- und Hauptschulstufe) mit Schulvorbereitender Einrichtung (SVE) sowie Pädagogisch-Audiologischer Beratungs- und Frühförderstelle (PAB) der Landesschule für Gehörlose soll laut Kultusministerium mit dem Förderzentrum, Förderschwerpunkt Hören, des Bezirks Oberbayern in Johanneskirchen zusammengelegt wer-

den. Allerdings wird sich dieser Umzug zeitlich verzögern: „Wegen eines Rechtsstreits des Bezirks mit der Witwe des Architekten des Schulzentrums wird die Fusion nicht wie ursprünglich geplant 2010, sondern erst zu Beginn des Schuljahrs 2011/2012 erfolgen“, heißt es in der Antwort des Ministeriums. Man habe vom Bezirk erfahren, dass nach dem derzeitigen Stand der Bauarbeiten ein Umzug der Landesschule für Gehörlose mit SVE, Tagesstätte und PAB während der Sommerferien 2011 realistisch erscheint. Demnach könnte der Umzug der Landesschule für Gehörlose nach Einschätzung des Ministeriums im Herbst 2011 komplett abgeschlossen sein. Doch was wird später aus dem Areal an der Fürstenrieder Straße? Bleibt das Gebäude staatliches Eigentum? Soll es verkauft werden? Gibt es bereits Interessen? Gibt es bereits Konzepte, wie das Gelände zukünftig genutzt werden soll? Pläne für eine konkrete Nachnutzung gibt es bis dato nicht. Sobald das Kultusministerium der „Immobilien Freistaat Bayern“ zuverlässig die Rückgabe des Grundstückes melden könne, will man eine Staatsbedarfsprüfung vornehmen. Anschließend könne über eine Nutzung diskutiert werden.

TEXT AKI/FOTO DDP

NACHGEHAKT | Abgeordnete fragen – Ministerien antworten

HGAA, Staatsempfänge und Telefonüberwachung

Vorwürfe gegen HGAA wegen Geldwäsche

Eine unendliche Geschichte: Immer wieder ergeben sich Teilaspekte, die die bayerischen Abgeordneten zur BayernLB und Hypo Group Alpe Adria (HGAA) interessieren. So erkundigte sich Inge Aures (SPD) beim Finanzministerium, ob die Alteigentümer der HGAA vor dem Abschluss mit der BayernLB auf der Suche nach anderen Investoren gewesen seien. Eine weitere Frage der Abgeordneten lautete: „Trifft es zu, dass die Angebote der Investoren unter dem Kaufpreis lagen, den die BayernLB schließlich zahlte?“

Laut Aures hatte der ehemalige Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) dem Haushaltsausschuss des Landtags in einem Schreiben vom 23. Mai 2007 mitgeteilt, dass die BayernLB tags zuvor einen Mehrheitsanteil – 50 Prozent plus eine Aktie – an der HGAA erworben hätte. Kostenpunkt: 1,625 Milliarden Euro. Zusätzlich sei an die Aktionäre seitens der BayernLB eine Sonderdividende von



Dubiose Bank: HGAA. DDP

rund 50 Millionen Euro ausbezahlt worden.

Ob die Alteigentümer der HGAA auf der Suche nach neuen Investoren waren, bevor sie sich mit der BayernLB einig wurden, ist der Staatsregierung laut Finanzministerium bis dato nicht bekannt. Aus diesem Grund könnten auch keine Auskünfte über etwaige Vermittlungsgespräche und Summen erteilt werden. Wegen verdeckter Spekulationsverluste der HGAA hatten laut Aures die Wirtschaftsprüfer Confida und Deloitte ihre Testate für den Jahresabschluss 2004 zurückgezogen. Die Sozialdemokratin hakte nun nach, ob die bayerische Staatsregierung beim Kauf der HGAA-Aktien von diesem Vorkommnis gewusst habe. „Die Tatsache war öffentlich bekannt“, antwortet jetzt das Fahrers-Ressort.



Wie viel hat die Staatsregierung von den Unregelmäßigkeiten bei der HGAA gewusst? Das hat Inge Aures (SPD) das Finanzministerium gefragt. DDP



Staatsempfänge gehören zum Politikgeschäft. Wie viele hat die Staatskanzlei ausgerichtet, wollte Jutta Widmann (FW) wissen. FOTO DDP

Auch die Tatsache, dass der damalige HGAA-Chef Wolfgang Kulterer im Jahr 2006 zurücktrat, um seiner Amtsenthebung zuvorzukommen, hat die bayerische Staatsregierung laut Ministerium gewusst. Kulterer wurde Bilanzfälschung vorgeworfen. 2008 ist er deswegen zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Dennoch wechselte Kulterer nach seinem Rücktritt als Vorstandsvorsitzender auf den Stuhl des Aufsichtsratsvorsitzenden der HGAA. Zu diesem Zweck musste eigens die Satzung geändert werden. Alles Vorgänge, die in einer Pressemitteilung vom 1. August 2006 mitgeteilt wurden und somit „öffentlich bekannt“ waren.

Von anderen Vorwürfen gegen die HGAA habe man erst im Juni 2007 und somit zwei Monate nach dem Abschluss mit der BayernLB erfahren: So wirft die Österreichische Nationalbank der HGAA in einem Prüfbericht unter anderem „mangelnde Sorgfaltspflicht“, „dubiose Liegenschaftsverkäufe“ und „Verdacht der Geldwäsche“ vor. Hierzu das bayerische Finanzministerium: „Die Feststellungen betreffen Vorgänge vor der Übernahme der Mehrheit an der Gesellschaft durch die BayernLB.“ Überdies habe die HGAA später – mit Unterstützung der BayernLB – „mit geeigneten organisatorischen und fachlichen Maßnahmen reagiert.“

Staatskanzlei empfängt in Bayern, Berlin und Brüssel

Die bayerische Staatskanzlei ist auch Gastgeber: In München, in anderen bayerischen Städten sowie in Berlin und Brüssel werden jedes Jahr Empfänge, Konzerte, Abendessen, Vereidigungen und

andere Festivitäten organisiert. Wie viele es sind und mit welchen Kosten sie zu Buche schlagen, wollte die Abgeordnete **Jutta Widmann** (Freie Wähler) wissen.

Aufgelistet habe man Repräsentationsveranstaltungen des bayerischen Ministerpräsidenten und der bayerischen Staatsregierung, die vom Protokoll vorbereitet und durchgeführt wurden. Weil noch keine aktuellen Daten für das Jahr 2009 vorliegen, beziehen sich die vorhandenen auf 2008.

Ob der Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten in der Münchner Residenz oder der Antrittsbesuch des israelischen Botschafters in der Staatskanzlei oder ein Empfang des Freistaats im Rahmen der Nürnberger Spielmesse: Fast 200 Veranstaltungen richtete die Staatskanzlei in München (140) und anderen bayerischen Städten wie Nürnberg, Bamberg, Passau, Garmisch-Partenkirchen und Oberstdorf (insge-



Der bayerische Verdienstorden. DDP

samt 43) aus. Für die Veranstaltungen in der Landeshauptstadt wurden im Kalenderjahr 2008 aus dem Titel des Protokolls (Kapitel 0203 Titel 53501) 880 885,05 Euro verausgabt. Mit 604 619,94 schlugen die Empfänge außerhalb Münchens zu Buche.

Ob der Maximiliansorden oder der Orden der Bundesrepublik Deutschland: Für die Verleihung dieser Auszeichnungen sind 2008 ebenfalls gesellschaftliche Anlässe sowohl in München als auch außerhalb organisiert worden: Zehn-

mal wurden Orden in München verliehen, insgesamt drei vergleichbare Anlässe gab es in Nürnberg und Augsburg. Diese Festivitäten sind laut Staatskanzlei aus Kapitel 0203 des Titels 54001 bestritten worden: mit 50 413,06 Euro für Veranstaltungen in München und mit 3399,81 Euro die Empfänge außerhalb.

Insgesamt 17 Veranstaltungen sind im Jahr 2008 in der bayerischen Vertretung in Berlin ausgerichtet worden, zu insgesamt 231 663,53 Euro. Diese Summe stammt laut Staatskanzlei aus dem Haushaltstitel 533 52 sowie „eingeworbenen Drittmitteln und Kooperationsbeiträgen“. Im selben Jahr hat die bayerische Vertretung in Brüssel 26 Mal empfangen. Dazu wurden insgesamt 195 759 Euro aus dem Titel der bayerischen Vertretung ausgegeben.

Bayerische Polizei ist in allen Dienststellen online

Ein moderner Arbeitsplatz ohne Internetanschluss ist heutzutage kaum denkbar. Ob es bei der chronisch unterbesetzten bayerischen Polizei außerdem Dienststellen ohne Zugang zum weltweiten Netz gibt, wollte **Susanna Tausendfreund** (Grüne) vom Innenministerium wissen. Auch wie die Nutzung geregelt ist, fragte die Abgeordnete dort nach.

„Bei der bayerischen Polizei haben alle Dienststellen Zugang zum Internet“, lautet die Antwort aus dem Herrmann-Ressort. Jeder Beamte habe einen direkten Zugang zum Internet. Die Nutzung müsse allerdings den dienstlichen Aufgaben des jeweiligen Beamten dienen. Ein private Verwendung sei nicht gestattet.

Die Zustellung von Nachrichten erfolge über ein standardisiertes Mail-System. Weil dieses „systemimmanent“ keine Zustellsicherheit hätte, bestehe deshalb zusätzlich in ein zustellsicheres eigenes System. „Innerhalb des Polizeinetzes gelten besondere Sicherheitsbe-



In Sachen PC ist die Polizei laut Innenministerium gut ausgestattet. FOTO DDP



Telekommunikation wird zunehmend überwacht. FOTO DDP

stimmungen“. So würden E-Mails beziehungsweise deren Anhänge an der Netzgrenze zum Polizeinetz im Fall von SPAM oder Virenbefall gefiltert. Wie Dateianhänge geöffnet werden sollen, dazu gebe es keine Anweisungen.

Grundsätzlich würden bei der bayerischen Polizei PCs, die älter als fünf Jahre sind, ausgesondert. Weniger als 8 Prozent der Computer seien älter als fünf Jahre (Stand Ende 2008). Außerdem: „Nach Kenntnisstand der für die PC-Beschaffung Verantwortlichen der Polizeipräsidenten sind grundsätzlich keine PCs im regulären Einsatz, die acht Jahre und älter sind.“

Um die EDV-Ausstattung der Polizeidienststellen zu verbessern, würden von der Staatsregierung regelmäßig die Finanzmittel für den Austausch der PCs der ältesten Generation zur Verfügung gestellt. Um die Informations- und Kommunikationstechniken zu optimieren, würden immerfort Basistechniken optimiert: Der Ausbau des Sprach- und Datenetzes sowie der Servertechnik fallen darunter. Auch die polizeilichen Fachverfahren entwickle man laufend weiter.

Kommunikation wird öfter polizeilich überwacht

Obwohl im Jahr 2008 die Kriminalität bayernweit zurückgegangen ist, wurden im selben Zeitraum mehr Telekommunikationsüberwachungen angeordnet. Um

wie viele Fälle es sich handelt und welchen Anstieg es im Vergleich zum Vorjahr gegeben hat, hat der Abgeordnete **Andreas Fischer** (FDP) im Innenministerium erfragt.

In insgesamt 1023 Verfahren ist im Freistaat im Jahr 2008 die Überwachung der Telekommunikation angeordnet worden. Unterschieden nach Art der zu überwachenden Kommunikation: 557 im Bereich der Festnetztelekommunikation, 1926 im Bereich der Mobilfunktelekommunikation und 148 im Bereich der Internettelekommunikation.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgendes Bild: 2007 ist bayernweit in 782 Verfahren die Überwachung der Telekommunikation veranlasst worden. Dabei handelt es sich um eine Steigerung gegenüber 2008 um 30,8 Prozent. 2007 habe es noch keine Aufteilung in verschiedene Kommunikationsarten gegeben.

Einen Grund für den Anstieg der Überwachungsmaßnahmen sieht das Ministerium in der Novellierung der Strafprozessordnung (StPO) durch das Gesetz zur Neuordnung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen. In diesem Zuge sei der Katalog der Delikte, in denen Telekommunikationsüberwachung gestattet sei, „nicht unerheblich erweitert“ worden. So seien beispielsweise Betrugs-, Urkunden- und Korruptionsdelikte sowie Delikte aus dem Bereich des Nebenstrafrechts hinzugekommen.

Rund 85 Prozent der Verfahren im Jahr 2008 stammten aus dem Spektrum der Betäubungsmittelkriminalität. „In diesem Bereich, der von bandenmäßigen Strukturen geprägt ist, die schwer aufzudecken sind, kommt der Telekommunikationsüberwachung erhebliche Bedeutung zu“, heißt es in der Antwort des Ministeriums.

Der 30-prozentige Anstieg betreffe nur Ermittlungsverfahren, in denen Telekommunikationsmaßnahmen durchgeführt wurden. Die Zahl der technisch geschalteten Überwachungsmaßnahmen haben dagegen laut bayerischem Landeskriminalamt abgenommen.

> ALEXANDRA KOURNIOTI



Warum nimmt die Überwachung von Telekommunikation in Bayern zu? Diese Frage richtete Andreas Fischer (FDP) ans Innenministerium. FOTO DDP

Kommunalbetriebe begrüßen Studie zur Liberalisierung

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt nach eigenen Angaben die Ergebnisse des bundesweit wegweisenden Rechtsgutachtens zum kommunalen Energierecht in NRW, das vom Bochumer Verwaltungsrechtler Martin Burgi im Auftrag des Landeswirtschaftsministeriums vorgestellt wurde. Danach sollen die Stadtwerke durch eine Lockerung der derzeit geltenden NRW-Gemeindeordnung mehr Freiraum und Rechtssicherheit erhalten. „Damit würde endlich auf die langjährigen Forderungen des VKU eingegangen und die Benachteiligung der Stadtwerke im Wettbewerb mit den privaten Stromkonzernen beseitigt werden“, erklärte VKU-Vizepräsident Hermann Janning. > BSZ

Wer in der Tram hinfällt, kriegt Schmerzensgeld

Wer in der Straßenbahn hinfällt und sich verletzt, hat nicht automatisch Anspruch auf Schmerzensgeld. Grundsätzlich ist jeder Fahrgast selbst dafür verantwortlich, sich in der Bahn festzuhalten und aufzupassen, dass er nicht hinfällt, heißt es in einem Urteil des Amtsgerichts München. Allerdings gibt es Ausnahmen. So kann von einem Passagier nicht jederzeit erwartet werden, dass er sich festhält. Beim Einsteigen in eine volle Bahn dauere es einige Zeit, bis jeder sicher steht. Auch beim Entwerten der Fahrkarte müssten die Hände frei sein.

Im konkreten Fall war ein Mann in einer Münchner Tram bei einer Vollbremsung hingefallen und hatte sich verletzt, außerdem war seine Brille zu Bruch gegangen. Kurz nachdem der Mann eingestiegen war, hatte der Fahrer wegen eines Radlers auf die Bremse gehen müssen. Der Mann verlangte von der MVG 343 Euro für eine neue Brille sowie 3000 Euro Schmerzensgeld. Weil das Unternehmen die Zahlung verweigerte, zog er vor Gericht.

Die Richterin gab dem Mann im Berufungsverfahren im Grundsatz erneut Recht, sprach ihm aber ein geringeres Schmerzensgeld von lediglich 100 Euro zu. Grundsätzlich müsse der Halter einer Straßenbahn zwar für Schäden haften. Weil es sich bei der Vollbremsung aber nicht um Absicht gehandelt habe, trete lediglich der Fall der sogenannten Gefährdungshaftung ein. Der Kläger sei nach dem Unfall weder krankgeschrieben gewesen noch habe er bleibende Verletzungen erlitten. > DPA

Gerhard Ament ist einer von sieben bayerischen Projektmanagern zur Förderung interkommunaler Zusammenarbeit

Blick über den Kirchturm

Früher hatte Gerhard Ament einen Etat zum Gestalten. Jetzt muss er mit Worten überzeugen. Nach 24 Jahren als ehren- und hauptamtlicher Bürgermeister in einer kleinen Gemeinde im Kreis Donau-Ries hat er im Juni 2008 als Regierungsamtsrat im Sachgebiet Sicherheit und Kommunales bei der Regierung von Schwaben das Projektmanagement für interkommunale Zusammenarbeit übernommen.

Das Auge der Staatsregierung ruht mit großen Erwartungen auf ihm und seinen sechs Kollegen in den anderen bayerischen Bezirken. Denn das Kabinett will sich die stärkere Zusammenarbeit von Gemeinden etwas kosten lassen. Projekte in interkommunaler Zusammenarbeit sollen in den bestehenden Förderprogrammen nach einem Kabinettsbeschluss künftig bevorzugt behandelt werden. „Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen wird in Zukunft wichtiger“, erläuterte Innenminister Joachim Herrmann (CSU). „Die Devise muss lauten: Weg vom Kirchturmdenken – Hin zu Kooperation, Verwaltungseffizienz und Bürgerfreundlichkeit.“ Die demografische Entwicklung, leere Kassen und die Globalisierung seien die wichtigsten Gründe für eine Bündelung der Kräfte. Die interkommunale Zusammenarbeit steigere nach Herrmanns Überzeugung die kommunale Handlungsfähigkeit und erhält gleichzeitig die Eigenständigkeit und Identität der einzelnen Gemeinden.

Diese Art der Zusammenarbeit bestehe zum Beispiel bei der ländlichen Entwicklung, den Schulen oder der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Trotz deren zahlreicher Vorteile gebe es bei



Gerhard Ament war früher selbst Bürgermeister.

FOTO BSZ

vielen Kommunen aber immer noch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Zusammenschlüssen, bedauert der Innenminister.

Gerhard Ament weiß aus eigener Erfahrung, worum es geht: In seiner Bürgermeisterzeit hat er zusammen mit der Stadt Wemding und drei weiteren Gemeinden einen Kläranlagen-Zweckverband gegründet. „Als Gemeindeoberhaupt“, gesteht der 60-Jährige, „habe ich natürlich am liebsten meine eigene Kläranlage, aber dafür brauche ich Personal, muss re-



Die Welt hört jenseits der Heimatgemeinde nicht auf – was einige Rathauschefs noch lernen müssen. FOTO DDP

gelmäßige Messungen machen – das kostet Geld.“ Wenn mehrere sich die Kosten teilen, wird es für alle billiger. Interkommunale Zusammenarbeit hat also finanzielle Vorteile. Kommunen müssten die Erkenntnis haben: „Ich will es, weil es was bringt.“

Ament hat ein ruhiges Naturell. An seinem von hohen Aktenstapeln umlagerten Arbeitsplatz in seinem kleinen Büro wirkt er eher wie ein gewissenhafter Sachbearbeiter als ein umtriebiger Verwaltungsmodernisierer. Was aber nicht bedeutet, dass er sein Anliegen nicht offensiv vorbringt. Mit seiner bodenständigen Art ist er wohl der Richtige, um sture schwäbische Lokalpolitiker anzusprechen und zu erreichen.

Alles auf freiwilliger Basis

Als Ament sein Amt antrat, hat er zuerst als Multiplikatoren die Landräte angeschrieben und über die Hilfen informiert, die er anbieten kann – eher sachliche und ideale als finanzielle. Seitdem ist er häufig Gast und Referent auf Bürgermeisterdienstversammlungen, bei kommunalpolitischen Seminaren und beim schwäbischen Gemeindetag. Er bietet Beratung aber auch nur an, „wenn sie tatsächlich gewünscht wird“. Es sei für die Kommunen selbstverständlich völlig freiwillig, auf Kooperationen zu setzen. Drei Vorzeigeprojekte gibt es, auf die er gern

verweist: Zunächst das von den Städten Augsburg, Gersthofen und Neusäß gemeinsam betriebene Güterverkehrszentrum an der A 8. Einen Planungsverband habe es ja schon lange gegeben; nun hätten sich die Kommunen mit Unterstützung der Regierung zu einem Zweckverband zusammengeschlossen. Er nennt auch die Umwandlung des ehemaligen Fliegerhorsts Leipheim in ein Gewerbegebiet. Dazu haben kürzlich der Kreis Günzburg, die Städte Günzburg und Leipheim und die Gemeinde Bubesheim einen Zweckverband gegründet.

Schließlich das Naturschutzprojekt „Allgäuer Moorallianz“. Die Kreise Oberallgäu und Ostallgäu wollen gemeinsam Moore reaktivieren. Dies diene nicht zuletzt dem Klimaschutz. Ament beschränkt sich in solchen Fällen nicht auf die Propagierung der Zusammenarbeit, sondern leistet Hilfe bei der Wahl der Kooperationsform und bei der Ausarbeitung einer entsprechenden Satzung. Dabei hat er Fachjuristen der Regierung im Rücken, die sich gegebenenfalls um rechtliche Detailprobleme kümmern.

Es gebe auch viele Modelle interkommunaler Zusammenarbeit, bei denen die Regierung nicht involviert sei. Wenn etwa gemeinsam Streusalz eingekauft werde, regeln das Gemeinden meist selbstständig. Ganz verschiedene Formen von Zusammenschlüssen seien möglich: Arbeitsgemeinschaften, Zweckvereinbarungen, gemeinsa-

me Kommunalunternehmen, Stiftungen. Die intensivste Form der Zusammenarbeit sei die Verwaltungsgemeinschaft. Kleinere Gemeinden bräuchten dann zum Beispiel kein eigenes Standesamt, wenn es nur wenige Heiraten, Geburten oder Todesfälle gebe.

Kaum Kontakt zum Bürger

Zusammenarbeit sei auf vielen Gebieten möglich, fügt er hinzu. Mehrere Gemeinden können gemeinsam einen Bauhof betreiben oder eine gemeinsame Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung organisieren. Feste Kriterien gebe es nicht. Entscheidend dafür, ob eine Zusammenarbeit zustande kommt, ist nach Beobachtung von Ament, ob sich für die Beteiligten eine win-win-Situation ergibt. Direkten Kontakt zu den Bürgern hat Ament kaum, wie er einräumt. Sie erwarten nach seiner Erfahrung von den Kommunen vor allem eine leistungsfähige, serviceorientierte Verwaltung.

Auch wenn Ament die Bedeutung der finanziellen Förderung von Kooperationen nicht überbewerten möchte, trägt das Kabinett jetzt der Neigung von Kommunalpolitikern Rechnung, ihre Entscheidungen von der Höhe etwaiger Zuschüsse abhängig zu machen. Projekte „in den bestehenden Förderprogrammen werden künftig bevorzugt gefördert.“ > ANDREAS ALT

Panoramakamera sendet Bilder live vom Ochsenkopf

Eine Panoramakamera liefert seit dieser Woche Live-Bilder vom Ochsenkopf, dem mit 1024 Metern zweithöchsten Berg des Fichtelgebirges. Die schwenkbare Kamera ist nach Angaben der Tourismus GmbH in Fichtelberg (Landkreis Bayreuth) auf halber Höhe des fast 200 Meter hohen Sendeturms des Bayerischen Rundfunks installiert. Alle 30 Minuten zeigt die Kamera eine Rundumaufnahme vom Schneeberg im Norden bis Mehlmeisel im Südosten. Zusammen mit Wetterinformationen und Veranstaltungstipps werden die Bilder ab 7.30 Uhr im Bayerischen Fernsehen, auf Franken TV, München TV sowie auf der Internetseite www.erlebnis-ochsenkopf.de ausgestrahlt. > BSZ

18,6 Millionen Euro für den Busverkehr in Unterfranken

Die Regierung von Unterfranken hat die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Unterfranken im Jahr 2009 mit insgesamt 18,6 Millionen Euro gefördert. Die Mittel wurden für Investitionen in neue Fahrzeuge, verbilligte Schülerfahrkarten und ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt. Durch Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte wurden kommunale Projekte zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs gefördert.

Mit rund 2,81 Millionen Euro förderte die Regierung die Anschaffung von 37 neuen Linienbussen für den öffentlichen Personennahverkehr. Nahezu alle geförderten Fahrzeuge sind in Niederflur-Bauweise konzipiert und ermöglichen den Fahrgästen einen stufenlosen Einstieg. Vor allem körperbehinderten Fahrgästen oder Senioren sowie Müttern mit einem Kinderwagen wird eine barrierefreie Nutzung damit wesentlich erleichtert.

Um auch außerhalb der städtischen Verdichtungsgebiete ein möglichst attraktives Angebot des Personennahverkehrs zu ermöglichen, erhielten die Busförderung vorrangig kleinere und mittlere Verkehrsunternehmen. Für Fahrzeuge, die besonders hohe Umweltstandards erfüllen, wurde zusätzlich zur Grundförderung eine Technologieförderung gewährt, um die Unternehmen von den höheren Beschaffungskosten zu entlasten.

Den mit 9,12 Millionen Euro größten Anteil erhielten unterfränkische Verkehrsunternehmen als Ausgleich für die Mindereinnahmen durch den Verkauf von vergünstigten Zeitfahrtausweisen an Schüler, Studenten und Auszubildende. 5,8 Millionen Euro wurden an die unterfränkischen Landkreise und kreisfreien Städte als sogenannte ÖPNV-Zuweisungen weitergegeben. > BSZ

Kurz vor Weihnachten stand Fürth angeblich vor dem Kollaps – Jetzt macht OB Thomas Jung (SPD) schon wieder stark auf Optimismus

Alles halb so schlimm

Noch Ende letzten Jahres stand Fürth im Schatten der Quelle-Pleite. Mit düsteren Aussichten: Der bisherige Chef der bayerischen Arbeitsagentur, Rainer Bomba, hatte für Fürth zum Jahreswechsel eine Arbeitslosenquote von 12 Prozent vorausgesagt.

Zufall oder nicht: Bomba wechselte als Staatssekretär ins Bundesverkehrsministerium, und Fürths Quote stoppte zur Jahreswende bei 7,8 Prozent. Weshalb OB Thomas Jung (SPD) schon wieder einen auf dicke Hose macht: „Für zwölf Prozent müssten schon noch viele andere Branchen wegbrechen“, so der Rathauschef.

Aber trotz des noch größer gewordenen Finanzlochs: „Schon die erste Woche 2010 war besser als das ganze letzte Jahr.“ Trotzdem kündigt der Sozialdemokrat vorsorglich ein neues 10-Millionen-Euro-Sparpaket mit „spürbaren Einschnitten für die Bürger im öffentlichen und sozialen Bereich“ an: Welche Museen oder Ämter kürzer geöffnet haben, will er noch nicht verraten.



Dass in Fürth gerade ein Fraunhofer-Zentrum entsteht, ist für OB Thomas Jung Grund zur Freude. FOTO WRANESCHITZ

„In schwierigen Zeiten kühlen Kopf und bei Umweltthemen und Infrastruktur Kontinuität bewahren“: So will Jung die aktuelle Krise meistern. Denn neben Quelle pflasterten weitere Insolvenzen

von Solaranbieter Sunline bis zum High-tech-Pulverhersteller Ecka auf. Inzwischen hat sich auch Jungs Hoffnung auf eine „Neue Mitte“ der Kleeblattstadt

Der portugiesische Einkaufszentrenbetreiber Sonae Sierra will nun nur das gut 20 Jahre alte City-Center aufhübschen. Fürths Wirtschaftsreferent Horst Müller (CSU): „Wir wollen, dass dort qualitativ hochwertige Firmen reinkommen. Nicht jeder jetzige Mieter wird im neuen Center übernommen.“ Kein Wunder: Die zahlreichen Ramschläden sind kaum noch attraktiv für die Kunden.

Besser schaut es dagegen im Stadtteil Atzenhof aus: Hier soll im Mai 2010 der erste Bauabschnitt des neuen Fraunhofer Materialforschungsinstituts öffnen. Und am ehemaligen Flugplatz entstehen noch mehr Forschungsjobs: Ein Anwenderzentrum für Nanopartikel werde „in jedem Fall“, ein Röntgenzentrum „eventuell“ gebaut, verspricht Jung. Er erwartet für 2011, dass in ganz Fürth „500 Menschen wissenschaftlich arbeiten“: Vor etwa zehn Jahren habe die Zahl noch bei nahezu Null gelegen. Dazu trägt auch die künftige Privatuni der Diakonie Neuendettelsau bei.

Der „Golfpark Atzenhof“ wiederum befeuert den „ungebrochenen Wohnungsbauboom“ bei: Mit 499 Wohnungsgenehmigungen „liegt Fürth bayern- und sogar bundesweit an der Spitze“, behauptet OB Jung.

Seine Projekte kann der Rathauschef am nächsten Dienstag dann gleich an höchster Stelle vortragen. Das bayerische Kabinett tagt dann in Fürth. Leider nur in der Stadthalle; denn der Rathausaal hätte für die Sitzung ziemlich umgebaut werden müssen – wozu die Kommune kein Geld hat. Die Regierung wolle sich vor Ort über die Umsetzung des Strukturprogramms für die Region Nürnberg informieren, heißt es dazu aus der Staatskanzlei. Doch die 115 Millionen Euro Soforthilfe, die der Freistaat angesichts der Krise bewilligte, wurden erst vor sechs Wochen ausgereicht. Weshalb der Wunsch, etwas zu sehen, wohl etwas früh kommt, wie der CSU-Fraktions-sprecher im Stadtrat, Tobias Wagner, meint. > HEINZ WRANESCHITZ

BSZ – Bayerische Staatszeitung vom 5. Februar 2010:

Fachthema

Abfall & Recycling

u. a. mit folgenden Themen:

– Handyrecycling & -entsorgung

– Trends & Analysen zur Kreislaufwirtschaft

Anzeigenschluss: 22. Januar 2010

Weitere Informationen:

Liane Luther
Tel. 089 / 29 01 42-56
Fax 089 / 29 01 42-76

STELLENANGEBOTE



Die **Stadt Schwabmünchen**
(Mittelzentrum mit ca. 14.000 Einwohnern im Landkreis Augsburg) sucht als Nachfolger/in für ihren

Stadtbaumeister
eine/n Diplom-Ingenieur/in FH/TU
der Fachrichtung Architektur, Städtebau oder Bauingenieurwesen.

Eine Einstellung ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorgesehen. Der bisherige Stelleninhaber tritt zum 31.12.2010 in den Ruhestand.

Nähere Informationen mit Aufgabenschwerpunkten und Anforderungsprofil finden Sie auf unserer Homepage unter www.schwabmuenchen.de.

Gemeinde Eching

Die **Gemeinde Eching** (ca. 14.000 Einwohner), Kreis Freising, sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Verwaltungsfachangestellte/n
oder
Angestellte/n mit Fachprüfung I

als Mitarbeiter/in zur Unterstützung des Teams in der Haupt- und Personalverwaltung.

Ihre Aufgabenschwerpunkte sind insbesondere

- Bearbeitung von allgemeinen tarif- bzw. beamtenrechtlichen Personalangelegenheiten
- Organisation von Fortbildungsmaßnahmen
- elektronische Zeiterfassung
- Schriftverkehr für die Abteilungsleitung
- Mitarbeit bei der Wahlorganisation
- Beschaffungswesen

Wir erwarten von Ihnen

- eine abgeschlossene Berufsausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten oder das erfolgreiche Bestehen der Fachprüfung I für Verwaltungsfachangestellte
- gute Kenntnisse im Umgang mit den gängigen MS-Office-Anwendungen einschließlich AKDB-Programme (OK.PWS, OK.FIS)
- gutes sprachliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kommunikationsfähigkeit, Teamgeist und Kooperationsbereitschaft
- freundliches und kompetentes Auftreten

Wir bieten Ihnen

- eine vielseitige, abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit
- gute Fortbildungsmöglichkeiten
- flexible Arbeitszeit

Die Stelle ist derzeit mit Entgeltgruppe 8 TVöD bewertet.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, senden Sie bitte Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis zum **05.02.2010** an die

Gemeinde Eching, Haupt- und Personalverwaltung, Untere Hauptstraße 3, 85386 Eching

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Elke Hildebrandt gerne zur Verfügung: ☎ 089/319000-30. Besuchen Sie uns auch im Internet unter www.eching.de

Wir freuen uns darauf, Sie kennen zu lernen.



Die **Regierung von Oberbayern** sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere

Beamtinnen/Beamte
des mittleren und gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes (Fachrichtung Allgemeine Innere Verwaltung)

für das **Landratsamt München** als

- Sachbearbeiter/innen im **gehobenen** nichttechnischen Verwaltungsdienst für das Sachgebiet 2.3 – Schulen, Bildung und Kultur,
- für das Sachgebiet 7.1 – Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht, Bauleitplanungsrecht, Raumordnung und Landesplanung für den Bereich Baugenehmigung und Bauaufsicht,
- für das Sachgebiet 4.3 – Bereich FQA, Heimaufsicht und für die Stabstelle 02 – Finanzen, Zentrale Vergabe- und Beschaffungsstelle

für das **Landratsamt Erding** als

- Sachbearbeiter/innen im **gehobenen** nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Arbeitsgemeinschaft Hartz IV, SGB II, für die Bearbeitung von Anträgen nach SGB II
- als Sachgebietsleiter/in im **gehobenen** nichttechnischen Verwaltungsdienst im Bereich kommunale Abfallwirtschaft

für das **Landratsamt Starnberg** als

- Sachbearbeiter/innen im **gehobenen** nichttechnischen Verwaltungsdienst für die Staatliche Rechnungsprüfung
- Sachbearbeiter/innen im **mittleren** nichttechnischen Verwaltungsdienst für die Bürgerservice-Einrichtung

für das **Landratsamt Mühldorf** als

- Sachbearbeiter/innen im **gehobenen** nichttechnischen Verwaltungsdienst für die Staatliche Rechnungsprüfung, für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege und für die Teamleitung im Fahrerlaubniswesen, Verkehrswesen

für das **Landratsamt Ebersberg** als

- Sachbearbeiter/innen im **mittleren** nichttechnischen Verwaltungsdienst in der Führerscheinstelle

für das **Landratsamt Bad Tölz – Wolfraatshausen** als

- Sachbearbeiter/innen im **gehobenen** nichttechnischen Verwaltungsdienst im Bereich Kommunalwesen und für das Kreisbauamt

Nähere Aufgabenbeschreibungen finden Sie im Internet unter: www.regierung.oberbayern.bayern.de

Ihr Profil

Sie haben eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungswirt/in bzw. Diplom-Verwaltungswirt/in, Fachrichtung Allgemeine Innere Verwaltung und verfügen über gute Kenntnisse im Allgemeinen Verwaltungsrecht und den jeweiligen Rechtsgebieten. Dabei sind Sie Neuem und Innovativem gegenüber aufgeschlossen, besitzen ein ausgewogenes Urteilsvermögen und verfügen über eine hohe Leistungsbereitschaft. Sie sind kontaktfreudig, treten sicher und gewandt auf und arbeiten gerne im Team.

Wir bieten Ihnen

einen interessanten und abwechslungsreichen Arbeitsplatz bei der Regierung von Oberbayern. Die Stellen sind entsprechend Ihrer persönlichen Qualifikation nach A6/A7 bzw. A9/A10 dotiert.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns selbstverständlich. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

Ihre schriftliche Bewerbung mit aussagekräftigen Unterlagen richten Sie bitte bis spätestens **19.02.2010** an die **Regierung von Oberbayern**, Sachgebiet Z2.1-12, 80534 München.

Anspruchspartnerin Personalstelle: Frau Neubert, Telefon 089/2176-2558.



Gemeinde Halblech

Die **Gemeinde Halblech** (3500 Einwohner, staatlich anerkannter Erholungsort im Landkreis Ostallgäu zwischen Schloss Neuschwanstein und der Wieskirche gelegen) sucht zum **1.4.2010** eine/n

Leiterin / Leiter der Finanzverwaltung
(Kämmerin / Kämmerer) in Vollzeit

Ihre Aufgabenschwerpunkte:

- Leitung der Finanzverwaltung (Bereiche Haushalt, Steuern, Kasse)
- Haushalts- und Finanzplanung der Gemeinde
- Haushaltsüberwachung und Haushaltsrechnung
- Stellvertretung der Geschäftsleitung
- Sitzungsdienst

Daneben können Ihnen im Rahmen einer Neuorganisation noch Aufgaben zugewiesen werden.

Ihr Profil:

- Ausbildung zur/zum Beamtin/Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes (Allgemeine innere Verwaltung) oder des Angestelltenlehrganges II
- Erfahrungen in der Kommunalverwaltung und im gestellten Aufgabenbereich sind von Vorteil
- Gute EDV Kenntnisse
- Vernetztes, wirtschaftliches Denken und Handeln
- Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
- Bürgerorientiertes Handeln, Kooperations- und Teamfähigkeit

Wir bieten:

- ein interessantes, vielseitiges und anspruchsvolles Aufgabengebiet mit qualifizierten und motivierten Mitarbeitern
- Gleitende Arbeitszeit sowie die üblichen Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes
- Vergütung nach dem BBesG bzw. TVöD

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis spätestens **1.2.2010** an die **Gemeinde Halblech**, Ersten Bürgermeister **Bernd Singer**, Dorfstraße 18, 87642 Halblech.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Herr Bürgermeister Singer unter der Rufnummer 0 83 68 / 9 12 22 -10 zur Verfügung.



Bayerisches Staatsministerium des Innern

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind im Laufe dieses Jahres zu besetzen:

1. Drei Stellen für Vorsitzende Richter/Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (Besoldungsgruppe R 3)
2. Zwei Stellen oder mehr für Richter/Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (Besoldungsgruppe R 2)
3. Zwei Stellen für Vorsitzende Richter/Richterinnen am Verwaltungsgericht München (Besoldungsgruppe R 2)
4. Die Stelle des Vizepräsidenten / der Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Würzburg (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)
5. Die Stelle des Vizepräsidenten / der Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Augsburg (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage).

Bewerbungen um diese Stellen sind bis **29.1.2010** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern einzureichen. Bewerber/Bewerberinnen, die sich um eine entsprechende Richterstelle bisher vergeblich beworben haben und deren Interesse weiter besteht, werden gebeten, erneut eine Bewerbung einzureichen.

Für die Stellen zu Nr. 1 können nur Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt werden, die bereits eine ausreichend lange Berufserfahrung (mindestens drei Jahre) als Richter/Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof haben.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Schwerbehinderte Bewerber/Bewerberinnen im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Stellen zu den Nrn. 1 bis 3 sind unter den Voraussetzungen des Bayerischen Richtergesetzes grundsätzlich auch für Bewerber/Bewerberinnen mit langfristig ermäßigtem Dienst geeignet.



Bestens informiert – jederzeit und überall

Ob Zuhause, auf Reisen oder im Büro – mit dem E-Paper der Bayerischen Staatszeitung und des Bayerischen Staatsanzeigers sind Sie immer aktuell und umfassend informiert.

Nutzen Sie die Vorteile der digitalen Ausgabe der BSZ: weltweite Verfügbarkeit über das Internet, verbunden mit komfortablen Bedien- und Suchfunktionen. Sowohl für die aktuelle Ausgabe als auch für die sechs zurückliegenden Nummern.

Abonnenten der Bayerischen Staatszeitung zahlen nur 7 Euro zusätzlich pro Jahr. Das E-Paper ohne Print-Abo kostet Sie 88 Euro jährlich.

Testen Sie drei Tage lang kostenlos die Vorteile des BSZ E-Paper: <http://epaper.bayerische-staatszeitung.de>



Die **Ludwig-Maximilians-Universität München** ist eine der größten und renommiertesten Hochschulen Deutschlands mit vielfältigsten Aufgabenfeldern. **Das Dezernat III – Studierende** – der Zentralen Universitätsverwaltung sucht zum **1. Mai 2010** eine/n

Leiter/in des Wahlamts mit Referatsleitung.

Ihre Aufgaben

- Organisation der jährlich stattfindenden Hochschulwahlen mit allen Vor- und Nacharbeiten wie Terminplanung unter Beachtung rechtlicher Vorgaben, Erstellung des Wählerverzeichnisses, Einberufung von Wahlausschusssitzungen, Einweisung der örtlichen Wahlvorstände, Durchführung der Stimmauszählung, Bekanntmachung des Wahlergebnisses, Bearbeitung von Wahlanfechtungen,
- Vorbereitung der konstituierenden Sitzung des Konvents der Fachschaften,
- organisatorische Unterstützung bei anderen Wahlen wie Personalratswahlen oder DFG-Wahlen,
- Leitung des Referats III.8 der Zentralen Universitätsverwaltung mit Zuständigkeiten für den inneren Dienstbetrieb des Dezernats Studierende (u. a. Koordinierung und Abrechnung des Hilfskräfteeinsatzes, Aufgaben im Bereich der elektronischen Studierendeverwaltung und der Studierendenstatistik).

Ihr Profil

- Abgeschlossenes Fachhochschulstudium für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst oder vergleichbarer Hochschulabschluss,
- unbedingte Zuverlässigkeit bei der detaillierten Vorplanung und Einhaltung von Abläufen,
- mehrjährige Berufserfahrung vorzugsweise in der Wissenschaftsverwaltung, Organisationstalent, Verhandlungsgeschick,
- nach Möglichkeit Personalführungskompetenz,
- nach Möglichkeit Erfahrung in der Abwicklung von Wahlen,
- vertiefte EDV-Anwenderkenntnisse.

Ihr Arbeitsplatz befindet sich in zentraler Lage in München und ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Wir bieten Ihnen eine interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit mit guten Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Bei Nichterfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen kann die Funktion bei adäquaten Vorkenntnissen auch im Angestelltenverhältnis übernommen werden.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt. Teilzeitbeschäftigung ist unter Voraussetzung entsprechender Flexibilität bei Belastungsspitzen möglich. Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt.

Bitte schicken Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis spätestens **26. Februar 2010** an die **Ludwig-Maximilians-Universität München, Dezernat III, Herrn RD Stefan Conrad – persönlich – Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München.**



GEMEINDE POING

Die **Gemeinde Poing**, eine moderne, aufstrebende Wachstumsgemeinde mit ca. 13.600 Einwohnern im Landkreis Ebersberg, sucht zum **nächstmöglichen Zeitpunkt**

für die Leitung des Bauamtes eine/n vollbeschäftigte/n

Beamtin / Beamten des gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienstes
oder
eine/n Verwaltungsfachwirt/in

Zu den Aufgaben der Leiterin / des Leiters des Bauamtes gehören neben der personellen und organisatorischen Führung der allgemeinen und der technischen Bauabteilung alle Bereiche der allgemeinen Bauverwaltung, insbesondere die gemeindliche Bauleitplanung, die Prüfung von Bauanträgen, Mitwirkung bei der Haushaltsplanaufstellung sowie aller sonstigen anfallenden Verwaltungsverfahren (Veränderungssperren, Stellungnahmen zu LEP u. Ä., Wasserrechtsverfahren usw.).

Bewerbungen von bereits in dieser Position Tätigen bzw. Stellvertretern werden bevorzugt berücksichtigt.

Die Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen, ist neben der fachlichen Eignung Voraussetzung für die Besetzung der Stelle. Außerdem erwarten wir selbständiges und eigenverantwortliches Arbeiten, Teamfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und Freundlichkeit. Aber auch Durchsetzungsvermögen im Umgang mit dem Publikum und sonstigen Beteiligten setzen wir ebenso voraus, wie die Bereitschaft, bei Erfordernis auch außerhalb der üblichen Dienstzeiten zu arbeiten.

Haben Sie Interesse an einer abwechslungsreichen Arbeit, die Verantwortungsbewusstsein und Einsatzfreude erfordert, und erfüllen Sie unsere Anforderungen, dann könnten Sie für uns der oder die Richtige sein.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Nachweis über die Ausbildung, Zeugnisse) **bis spätestens 12.02.2010** an die **Gemeinde Poing, Rathausstr. 3, 85586 Poing.**

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel.-Nr. 08121/9794-70 (Herr Baptist) zur Verfügung.

Reisekosten anlässlich eines Vorstellungsgesprächs können nicht übernommen werden.



Verdoppeln Sie die Erfolgsaussichten Ihrer Stellenanzeige – und sparen 20% Kosten!

Schalten Sie Ihre Stellenanzeige in der **BSZ** und im „**Staatsanzeiger**“ – so steigern Sie die Reichweite und Ihre Erfolgsaussichten! Zudem erhalten Sie **20% Kombirabatt!**

BSZ – Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger
Telefon (089) 29 01 42-65
E-mail: anzeigen@bayerische-staatszeitung.de

Staatsanzeiger – Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg
Telefon (0711) 666 01-22
E-mail: anzeigen@staatsanzeiger.de

BSZ | Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger
STAATSANZEIGER
Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg

STELLENANGEBOTE

Gräfelfing

Die Gemeinde Gräfelfing (ca. 14.000 Einwohner), Landkreis München, sucht ab sofort eine/n

Verwaltungsangestellte/n
(organisatorischer / edv-technischer Bereich)

Als Mitarbeiter/in in der Hauptverwaltung werden Sie bei der Planung, Einführung und Umsetzung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) eingesetzt. Weiterhin übernehmen Sie die organisatorische Betreuung und redaktionelle Bearbeitung eines Bürger- und Ratsinformationssystems. Als Schnittstelle zwischen Amtsleitung und dem Bürgerservice sind Sie verantwortlich für die Gestaltung, das Layout und die Inhalte der Veröffentlichungen im Internet. Unter Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes und unter Berücksichtigung sonstiger gesetzlicher Regelungen stellen Sie die relevanten Daten bereit und versorgen die Bürger/innen und Räte mit aktuellen Informationen.

Nähere Informationen erhalten Sie unter www.graefelfing.de/Rathaus und [Verwaltung/Stellenausschreibungen](http://www.graefelfing.de/Verwaltung/Stellenausschreibungen).

Der Markt Nittendorf, Lkr. Regensburg (ca. 9.000 Einwohner), sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Beamtin / Beamten
des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes oder vergleichbare / vergleichbaren

Angestellte / Angestellten
mit der Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt (AL II)

für die Aufgaben im Liegenschaftsamt im Grundstücksverkehr, Unterstützung in der Bauleitplanung, Leitung Archivverwaltung

Das Aufgabengebiet/Verantwortungsbereich umfasst alle im Markt anfallenden Arbeiten der genannten Bereiche. Neben den umfangreichen Tätigkeiten des Amtes sind die vorbereitenden Arbeiten für die Erfassung und Bewertung aller Vermögenswerte im Markt sowie die nach dem Haushaltsrecht geforderte Abschreibung durchzuführen. Gute EDV-Kenntnisse, wie auch die Bereitschaft zur Übernahme des Sitzdienstes aus dem Amtsbereich, auch außerhalb der üblichen Dienstzeiten, werden vorausgesetzt.

Wir denken an eine jüngere, engagierte und dynamische Persönlichkeit mit Durchsetzungsvermögen, bürgernahem Denken, ausgeprägtem Verantwortungsbewusstsein und Kooperationsbereitschaft. Erfahrungen in einer Kommunalverwaltung wären erwünscht.

Die ausgeschriebene Stelle ist derzeit mit A 9/A 10 BBesG bewertet, Aufstiegsmöglichkeit nach A 11 BBesG ist gegeben. Für eine Verwendung im tariflichen Angestelltenbereich gilt die entsprechende Eingruppierung aus dem Überleitungsstarifvertrag nach dem TVöD. Die Anstellung/Einstellung richtet sich nach den persönlichen Voraussetzungen.

Wir bieten eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit EDV-unterstütztem Arbeitsplatz, Gleitzeitregelung und den im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Telefonische Rückfragen bitten wir an Herrn Bacht unter der Telefonnummer 094 04 16 42 - 1 02 zu richten.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Bewerbungsunterlagen (tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, Kopien der Schul-/Ausbildungs-/Arbeitszeugnisse und Nachweisen der bisherigen Tätigkeit) senden Sie bitte bis spätestens 1.2.2010 an das

Hauptamt 1, Markt Nittendorf
Am Marktplatz 3, 93152 Nittendorf

STADT UNTERSCHLEISSHEIM

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Sachbearbeiter/in innere Verwaltung mit Schwerpunkt Budgetvollzug
zur Besetzung einer Vollzeitstelle in EG 8 TVöD im Geschäftsbereich „Planen, Bauen, Umwelt“

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte online (max. 5 MB) bis spätestens 15.02.2010 unter dem Kennwort „Budget 50“ an bewerbung@ush.bayern.de. Ansprechpartnerin für Rückfragen ist Frau Wendlik, Tel.: 089/310 09-152.

Nähere Informationen zur Stelle finden Sie unter www.unterschleissheim.de

Stadt Landshut

Die STADT LANDSHUT sucht zum Diensteintritt ab 01.06.2010 für die Integrierte Leitstelle (ILS/Niedermayerstraße) eine/n vollbeschäftigte/n

Disponentin/en
mit folgendem Aufgabenprofil:

- Notruf und Einsatzannahme mit qualifizierter Meldebildherstellung
- Einsatzsteuerung von Feuerwehr und Rettungsdienst, Alarmierung und Überwachung
- Einsatzbegleitung und Nachbearbeitung incl. kompletter Dokumentation
- Aufnahme und Bearbeitung von Anfragen im Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes

Bewerber/innen bedürfen mindestens der:

- Qualifikation als Rettungsassistent/in bzw. Rettungssanitäter/in und/oder Qualifikation im Feuerwehrdienst (evtl. Gruppenführer/in)
- Ausbildung und Erfahrung im Fachbereich Rettungsdienst
- Gesundheitliche Eignung und Bereitschaft zum Wechselschichtdienst
- Teamfähigkeit, Belastbarkeit und gesundheitliche Eignung
- Möglichst umfangreiche EDV-Kenntnisse
- Möglichst Erfahrung in der Funktechnik (analog/digital)
- Bereitschaft zur Aus- und Fortbildung/Nachqualifizierung als ILS-Disponent/in, jeweils im Bereich Rettungs- bzw. Feuerwehrdienst nach Bedarf
- Wohnsitz im Stadtgebiet Landshut bzw. im Einzugsbereich (maximal 30 Fahrminuten um den Standort der Integrierten Leitstelle)
- Aktive Mitgliedschaft in einer Hilfsorganisation erwünscht

Die Beschäftigung erfolgt im Zusammenhang mit notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen zur zum ILS-Disponentin/en zunächst befristet; nach Vorliegen aller Voraussetzungen auf Dauer. Grundlage des Arbeitsverhältnisses bildet der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit Eingruppierung in Entgeltgruppe 8 im Wechselschichtbetrieb, Zuschlägen und Zusatzversorgung.

Aussagefähige Bewerbungen werden erbeten bis spätestens **12.02.2010** an die **STADT LANDSHUT, Personalamt, Altstadt 315, 84028 Landshut**
E-Mail: personalamt@landshut.de, Telefon: 0871 / 88-1204

Die Stadt Landshut strebt eine Erhöhung des Frauenanteils an und fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Wir entwickeln Software, die dem Menschen dient. Mit unseren Lösungen arbeiten Städte, Gemeinden und Landkreise, um ihre Verwaltung fit für die Zukunft zu machen. Deshalb sind wir Deutschlands größter Dienstleister im kommunalen Bereich. Über 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AKDB arbeiten in allen bayerischen Regierungsbezirken. Sie planen, entwickeln, beraten, unterstützen, installieren, schulen und denken voraus. Denken auch Sie voraus! Planen Sie langfristig Ihre Zukunft mit uns. Entwickeln Sie sich weiter. Wir werden Sie gerne unterstützen. Und natürlich erhalten Sie die Fortbildung, die Sie mit Ihrer Aufgabe bei der AKDB wachsen lässt.

Für unsere Geschäftsstelle Oberbayern in München suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen (m/w)

Vertriebsberater bzw. Junior-Vertriebsberater
Kennziffer M91003

Ihre Aufgaben

- Sicherung und Ausbau des AKDB-Geschäftes im Rahmen der Kundenverantwortung
- Auf- und Ausbau langfristiger Kundenbeziehungen sowie Akquise von Neukunden
- Umsetzung der festgelegten Richtlinien, Planungen, Preispolitik und Verkaufsbedingungen im Betreuungsbereich
- Repräsentant der AKDB sowohl im Innen- als auch im Außenverhältnis
- Mitwirkung bei Verkaufsfördermaßnahmen in der Region: z. B. bei Kundenfachtagungen, Hausmessen und weiteren Verkaufsaaktionen
- geschäftsfeldübergreifende fachliche sowie betriebswirtschaftliche Absatzplanung im Rahmen der Kundenverantwortung
- Unterstützung des Geschäftsstellenleiters bei der Marktbeobachtung und -analyse

Ihre Qualifikation

- abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften (Uni/FH), Dipl.-Verwaltungswissenschaft oder Verwaltungsbetriebswirt bzw. fundierte Verwaltungs- oder kaufmännische Ausbildung
- mehrere Jahre Berufserfahrung im Vertrieb bzw. Verkauf oder Erfahrung in einer vergleichbaren Position wünschenswert
- praktische Erfahrung im kommunalen Umfeld
- Erfahrung in der Akquisition- und Vertriebstätigkeit
- Erfahrung im Bereich Personalwirtschaft vorteilhaft
- ausgeprägtes Verhandlungsgeschick, Überzeugungsfähigkeit und Durchsetzungsstärke
- unternehmerisches Denken und Flexibilität
- gutes Verständnis kaufmännischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge
- selbstständige Arbeitsweise sowie sicheres und überzeugendes Auftreten
- hohe Reisebereitschaft innerhalb der Region Oberbayern

Für unsere Geschäftsstellen in München, Regensburg oder Augsburg suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere (m/w)

Mitarbeiter für unseren Kundenservice
im Bereich kamerales Finanzwesen bzw. kommunale Steuern- und Abgabeveranlagung
Kennziffer M41014

Ihre Aufgaben

- Beratung von Kunden bei der Softwareeinführung
- Kundensschulung
- telefonische Kundenberatung
- Analyse von Kundenanforderungen

Ihre Qualifikation

- Verwaltungsfachwirt oder Verwaltungsfachangestellte mit Fachprüfung I oder II
- mehrere Jahre Berufserfahrung im Bereich des kommunalen Finanzwesens
- Kenntnisse und Erfahrungen in der Steuer- und Abgabeveranlagung sind von Vorteil
- grundlegende IT-Kenntnisse werden vorausgesetzt
- ausgeprägtes Interesse, sich mit Fachthemen intensiv auseinander zu setzen
- analytische und strukturierte Arbeitsweise
- hohe Team- und Kommunikationsfähigkeit
- sicheres Auftreten, Urteils- und Ausdrucksvermögen im Umgang mit Kunden
- Kreativität

Ihre Bewerbung mit Angabe der jeweiligen Kennziffer, der Gehaltsvorstellung und des frühestmöglichen Eintrittstermins richten Sie bitte an die nachstehende Adresse:

AKDB - Hauptverwaltung, Postfach 15 01 40, 80042 München
Telefon für die Position „(Junior-)Vertriebsberater (m/w)“: +49 89 5903-1300, Herr Meyer
Telefon für die Position „Mitarbeiter Kundenservice (m/w)“: +49 89 5903-1863, Herr Arndt
bewerbungen@akdb.de
Besuchen Sie uns auch im Internet www.akdb.de

www.bayerische-staatszeitung.de

Der Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung im Landkreis Miltenberg -KVÜ- sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum 1.7.2010 eine/n

Stellvertreter/in des Geschäftsleiters

Über uns:
Der Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung im Landkreis Miltenberg -KVÜ-, mit Sitz seiner Geschäftsstelle in Obernburg, hat es sich zum Ziel gesetzt, die Verkehrssicherheit und -ordnung im Landkreis Miltenberg nachhaltig zu erhöhen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei neben der Parkraum- in der Geschwindigkeitsüberwachung. Dem Verband gehören derzeit 16 Mitgliedsgemeinden an.

Ihre Qualifikation:
Sie sind Verwaltungsfachangestellter, haben die Angestelltenprüfung I oder optimierter Weise sogar die Angestelltenprüfung II als Verwaltungsfachwirt erfolgreich abgeschlossen. Sie haben tiefgreifende Erfahrungen im Bereich des Haushalts- und Kassenrechts, idealer Weise auch im Bereich des Sicherheitsrechts. Sie verfügen über sehr gute Kenntnisse in MS-Office-Anwendungen, sowie der Fachanwendung OK.Fis der AKDB. Sie haben ein großes Maß an Eigeninitiative, sind teamfähig und kooperationsbereit. - Dann stellen Sie sich einer neuen Herausforderung!

Ihre neue Herausforderung:
Ihr neues Aufgabengebiet umfasst insbesondere Tätigkeiten des Haushalts- und Kassenrechts. Hier schwerpunktmäßig Kassen- und Buchführung, die Vollstreckung von Bußgeldbescheiden, die kurz- und mittelfristige Mittelberichtsstellung, die Bewirtschaftung der Kassenmittel und Rücklagen, Visa-Kontrolle, die Erstellung der Jahresrechnung, sowie Vorbereitung und Koordination der örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfung, einschli. Teilnahme an deren Sitzungen.

Darüber hinaus übernehmen Sie im Bereich des Personalrechts die komplette Personaldisposition für den Außendienst. Sie sind insbesondere Ansprechpartner für unsere Mitgliedsgemeinden, für die Koordination und die Vorbereitung von Geschwindigkeits- und Parkraumüberwachungen und für die Korrespondenz mit anderen Behörden und Institutionen. Das Erstellen von Statistiken, Analysen und Auswertungen ist dabei fester Bestandteil Ihres Handelns.

In der Geschäftsstelle übernehmen Sie zentrale Aufgaben des Datenschutzes.

Sie vertreten weiterhin den Geschäftsleiter in Fragen des Kommunal-, Personal- und Sicherheitsrechts, sowie in sonstigen Angelegenheiten in dessen Abwesenheit.

Wir bieten Ihnen:
Wir bieten Ihnen eine verantwortungsvolle Aufgabe innerhalb unseres Verbandes. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Die Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis wird jedoch in Aussicht gestellt. Es handelt sich um eine Vollzeitstelle mit gleitenden Arbeitszeiten. Haben wir Interesse geweckt? Dann senden Sie uns bitte bis spätestens 29.1.2010 Ihre Bewerbung mit aussagekräftigen Unterlagen an folgende Adresse zu:

Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung im Landkreis Miltenberg -KVÜ-, Lindenstraße 32, 63785 Obernburg.

Bei Rückfragen steht Ihnen gerne auch der Geschäftsleiter des Zweckverbandes, Herr Brück, unter 060 22 726 569 - 0 zur Verfügung.

bezirk oberbayern

Das Organisationsreferat des Bezirks Oberbayern sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

SACHBEARBEITER/IN IM BEREICH „BÜROKOMMUNIKATION – FESTNETZTELEFONIE UND MOBILFUNK“

Die Tätigkeiten werden derzeit nach **BesGr. A 9 BBesG** bzw. **Entgeltgruppe 9 TVöD** vergütet. Alle weiteren Informationen zu den Aufgabenschwerpunkten und den Voraussetzungen entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.bezirk-oberbayern.de unter der Rubrik „Stellenangebote“. Gerne lassen wir Ihnen den ausführlichen Ausschreibungstext auch per E-Mail zukommen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Bartels (Tel.: 089/2198-14103 oder E-Mail: stefan.bartels@bezirk-oberbayern.de) gerne zur Verfügung.

Die Gemeinde Pähl (2.460 Einwohner) im Landkreis Weilheim-Schongau, sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine/n Mitarbeiter/in Vollzeit für das Bauamt
und
eine/n Mitarbeiter/in Teilzeit mit 20 Wochenstunden
(vorerst befristet für 1 Jahr)

zur Unterstützung der Hauptverwaltung

Wir erwarten:

- Eine abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsangestellte/r AL I oder vergleichbare Qualifikation
- Das sichere Anwenden von windowsbasierter Software, insbesondere Word, Excel und Outlook.
- Dienstbereitschaft auch außerhalb der regulären Arbeitszeit.
- Einsatzbereitschaft, selbstständiges Arbeiten und Teamfähigkeit

Wir bieten:

- Eine vielseitige und interessante Tätigkeit, in einer modernen Verwaltung mit gutem Betriebsklima.
- Tarifgerechte Vergütung sowie alle Sozialleistungen des öffentlichen Dienstes.

Zur Vorbereitung auf ein persönliches Gespräch bitten wir Sie, uns Ihre aussagekräftige Bewerbung bitte bis spätestens 31.1.2010 zu übersenden an **Gemeinde Pähl, z.H. Herrn Ersten Bürgermeister Klaus Pfeiffer, Kirchstraße 7, 82396 Pähl.**

Für telefonische Informationen stehen wir Ihnen gerne unter Telefon 08808/9204-16 zur Verfügung.

In den Städten wird das Streusalz immer knapper

Das Streusalz wird knapp – deshalb greifen immer mehr Verbraucher im Supermarkt zum Speisesalz. Der Absatz von Tafelsalz sei in einigen Regionen stark gestiegen, sagte eine Sprecherin der Supermarktkette Edeka. Manche Märkte verkauften viermal so viel wie zu gewöhnlichen Zeiten. Günstig ist es obendrein: Ein Pfund der günstigsten Sorte Kochsalz koste 15 Cent. Auch bei Rewe und Penny wird mehr Salz verkauft als üblich. Es gebe zwar keine Hamsterkäufe, aber eine verstärkte Nachfrage, sagte ein Sprecher.

Umweltschützer warnen sowohl vor Speise- als auch vor Streusalz. Wegen seiner umweltbelastenden Auswirkungen sollte es aus Dörfern und Städten verbannt werden, forderte der Naturschutzbund. Die aus Natriumchlorid bestehenden Körner schädigten Pflanzen und Tiere. Viele Tiere entzündeten sich daran die Pfoten. Außerdem könne die Versalzung des Grundwassers steigen. Auf eigenem Grund und Boden können Firmen und Privatleute allerdings streuen, was sie wollen. Das Wegegesetz bezieht sich nur auf öffentlichen Grund. > DPA

Traunstein-Urteil: BGH hebt Freispruch für Statiker auf

Vier Jahre nach dem Einsturz der Eissporthalle von Bad Reichenhall muss die Tragödie vor Gericht ein weiteres Mal verhandelt werden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hob den Freispruch des Landgerichts Traunstein für einen Gutachter des Hallendachs auf. Der Mann habe das Dach nicht sorgfältig untersucht, entschied das Gericht in Karlsruhe. Deutliche Zweifel äußerte der Senat auch an den Entscheidungen der damaligen Stadtverwaltung.

Beim Einsturz im Januar 2006 waren 15 Menschen ums Leben gekommen. Das Dach der Halle war unter der Schneelast eingestürzt. Während das Landgericht Traunstein einen Dach-Konstrukteur im November 2008 wegen fahrlässiger Tötung zu einjähriger Haft auf Bewährung verurteilt hatte, sprach es zunächst einen Architekten und den Gutachter frei. In seinem Gutachten hatte der Statiker der Halle drei Jahre vor dem Einsturz einen guten Zustand bescheinigt. Laut BGH hatte der Mann den Auftrag nicht pflichtgemäß erfüllt. „Wenn der Angeklagte seinen Auftrag pflichtgemäß erfüllt hätte, wäre das ein Alarmsignal für die Stadt gewesen, etwas zu unternehmen“, sagte der Vorsitzende Richter des BGH-Strafsenats. Das Landgericht müsse prüfen, ob die Stadt hätte wissen müssen, dass die Studie nicht detailliert war. > DPA

Vor 90 Jahren starb Ludwig Ganghofer: 21 Gemeinden präsentieren nun einen virtuellen Rundgang durch sein Leben

Heimtdichter wird web-kompatibel

Schon 21 Städte und Dörfer säumen die virtuelle Ganghoferstraße, die Kaufbeuren Oberbürgermeister Stefan Bosse (CSU) am 14. Januar im Historischen Rathausaal der einstigen Freien Reichsstadt vorgestellt hat. Angeregt und in Abstimmung mit den Partnergemeinden realisiert hat das ungewöhnliche grenzüberschreitende Kulturprojekt der Präsident der Deutschen Ganghofer-Gesellschaft, der ehemalige Kaufbeurer parteifreie Stadtrat Karl Ilgenfritz.

Dieses Internet-Projekt soll ein Ausgangspunkt sein für literarische Recherchen und für touristische Programme. Außerdem möchten die Träger den immer noch als beschaulichen Heimatdichter verkannten Schriftsteller in einem neuen literarischen Licht präsentieren – was im Jubiläumsjahr 2005 nicht recht gelungen war. Das schließt auch Ganghofers kaum bekannte politisch-soziale Visionen ein.

Das hellgrün getünchte Geburtshaus am Kirchplatz 5 in Kaufbeuren besitzt längst wieder eine Bronzetafel und sogar ein Ganghofer-Café – was allein noch nicht viel ist. Ein literarischer Spazierweg – auch das ist erst Stückwerk – führt durch die repräsentative Kaiser-Max-

Straße bis zu deren Westende, wo das „Lausbübli“ Ludwig von der Wirtin im Hirschen öfter mal ein Stück Kuchen „oder sonst was Gutes zwischen die ausgestreckten Hände“ bekommen hat, während sein Vater, ein angesehener Revierförster, mit anderen Honoratioren vor dem großen Kachelofen einen Tarock geklopft hat.

Zum Gedenken an den Vater, der die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft im Königreich Bayern begründete, haben die Kaufbeurer einen eigenen Wanderweg bis zur Mooshütte markiert. Das Stadtmuseum, das seit längerem schon aus Geldmangel geschlossen ist, hätte weitere Objekte zur Erinnerung an Vater und Sohn parat: Erstaussagen seiner über einhundert Romane beispielsweise, die weltweit rund 40 Millionen Mal verkauft wurden, die Skier des begeisterten Sportlers und ein vergilbtes Foto, das den Schriftsteller als eines der ersten Mitglieder der Allgemeinen Radfahrer-Union zeigt.

Es lag daher nahe, dass für die neue Ganghoferstraße als erstes touristisches Programm eine Radtour entwickelt wurde. Sie führt nach Welden bei Augsburg, wo der Ganghoferbus die Lateinschule absolviert hat. Mit eingebunden in diese Dichterstraße sind weitere Studien- und Erholungsorte. Eine wichtige Station ist das Zugspitzdorf Ehrwald, wo der Erfolgsautor „Schloss Hubertus“ verewigte.

Auch München ist ein paar Ganghofer-Reminiszenzen wert. Durch die Versetzung des Vaters hatte sich der Hauptwohnsitz der Familie 1875 von Würzburg in die Landeshauptstadt verlagert. Hier beendete Ludwig auch seine Militärzeit, lernte mit dem Vater die Berge lieben. Im Brunnen vor der Universität erfrischte er sich oft, nachts auch mal nackt, und erschreckte Studentinnen.

Das alles ist nachzulesen im *Lebenslauf eines Optimisten*. Der zweite Band dieser Autobiographie war 1910 erschienen. Und da-



Gedenkveranstaltung am Grab Ganghofers auf dem Friedhof von Rottach-Egern.

FOTO STADT KAUFBEUREN

rin, also vor genau einhundert Jahren, hat der oft als „Kaiserknecht“ gescholtene Schriftsteller Forderungen erhoben, die heute merkwürdig aktuell erscheinen: eine progressive Einkommenssteuer bis zu 50 Prozent, und ein staatliches Preismonopol zur Verhinderung von Spekulation, eine staatlich garantierte Mindesthilfe für sozial Schwache, Schulgeldfreiheit und Hausfrauenlohn. Im *Berliner Tagblatt* vom 7. Dezember 1909 hat Ilgenfritz einen von Ludwig Ganghofer unterzeichneten Aufruf für eine Wahlreform entdeckt, welche die „agrarkonservative Vorherrschaft“ brechen und den „aufstrebenden Werktätigen“ den Weg zu einer „demokratischen Volksvertretung“ freimachen sollte.

> KARL STANKIEWITZ

INFO: Ludwig Ganghofer (1845 bis 1920)

Sein erstes Schauspiel *Der Herrgottschnitzer von Ammergau* schrieb Ganghofer 1880 für das Münchner Gärtnerplatztheater. Es wurde aber nur 19 Mal aufgeführt – scheinbar kein gutes Omen für eine Literatenaufbahn. Anschließend arbeitete Ganghofer als Dramaturg am Wiener Ringtheater, als freier Mitarbeiter für das damals überaus populäre Familienblatt *Die Gartenlaube* – zur gleichen Zeit publizierte dort auch ein sächsischer Jung-Schriftsteller namens Karl May – und als Feuilletonredakteur des *Neuen Wiener Tagblatts*. Als Schriftsteller hatte er seinen Durchbruch mit seinen Hochlandromanen. Ludwig Ganghofer war ausgesprochen vielseitig interessiert. Technische Neuerungen wie zuletzt beispielsweise der Film faszinierten ihn. Obwohl selbst ein konventioneller Schreiber, setzte er sich mit Nachdruck für Autoren ein, die eine neue progressive Art von Literatur vertraten und noch keine Anerkennung gefunden hatten oder unter der Zensur zu leiden hatten, zum Beispiel Rainer Maria Rilke oder Frank Wedekind. Ganghofers Heimatromane haben ihm den Ruf des „Heile Welt“-Schreibers eingebracht. Nicht selten sind seine Werke, die meist vom Leben einfacher, tüchtiger, ehrlicher Leute handeln, als Kitsch bezeichnet worden – zu Unrecht.



Der Autor im Jahr 1899. FOTO BSZ

Krankenhäuser in Rummelsberg und Garmisch-Partenkirchen werden wegen fehlenden wirtschaftlichen Erfolgs verkauft

Kompletter Neuanfang bei der Rummelsberger Diakonie

Nach den Verfehlungen der Vergangenheit will die Rummelsberger Diakonie zu einer Kultur der Offenheit und Klarheit finden. Fehlentwicklungen würden aufgearbeitet, um wieder Vertrauen zu schaffen. Seit dem erzwungenen Rücktritt des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Karl Heinz Bierlein vor zwei Jahren und seiner Verurteilung zu elf Monaten Bewährungsstrafe wegen Übergriffen auf Diakone, bestimmten Affären die Schlagzeilen über Rummelsberg. Der der-

zeit noch amtierende Vorstandsvorsitzende und Rektor der Rummelsberger Bruderschaft, Wolfgang Bub, will seinen im Dezember angekündigten Rücktritt zum 30. April vollziehen.

Im Zuge der neuen Politik der Transparenz offenbarte Vorstandsmitglied Andrea Heußner weitere Sonderzahlungen während der Ära Bierlein. Demnach hat Bierlein nicht nur monatlich 2000 Euro Sonderzulage zu seinem Pfarrersgehalt bezogen, sondern zudem einmalig 10 000 Euro

Prämie für die Rummelsberger Neustrukturierung im Jahr 2004. Der ehemalige Verwaltungsdirektor Christian Tölken, der beim Ausscheiden 450 000 Euro Abfindung mitbekam, hatte 2003 und 2004 eine monatliche Zulage von 1000 Euro kassiert. Ein weiteres begünstigtes Vorstandsmitglied hatte nach zwei Jahren von sich aus um Beendigung seiner Sonderzulage gebeten. Das Bewilligungsverfahren sei zwar korrekt gelaufen, trotzdem würde dies heute nicht mehr so entschieden,

versicherte Heußner. „Das ist einfach eine Frage der Haltung“, sagte sie.

Harald Frei, Geschäftsführer der Rummelsberger Unternehmensgruppe, kündigte an, die umstrittene Zeitarbeitsfirma, die für eine Verschlechterung der Arbeitsbedingung der Mitarbeiter stünde, nicht mehr zu nutzen. Dauerhaft benötigte Kräfte würden von der Diakonie direkt übernommen. Frei bestätigte darüber hinaus Planungen, die beiden Krankenhäuser in Rummels-

berg und Garmisch-Partenkirchen zu verkaufen. Der wirtschaftliche Erfolg sei leider ausgeblieben.

Nach Jahren ohne ausreichende Erträge muss die Rummelsberger Diakonie einen Teil des erwarteten Verkaufserlöses in Höhe einer zweistelligen Millionensumme in die Rückzahlung von Bankschulden stecken. Mit dem anderen Teil sollen die Altenhilfe, die Kinder- und Jugendhilfe und die Behindertenarbeit zeitgemäß umgestaltet werden. > EPD

STELLENANGEBOTE

TUM
Technische Universität München

Wir sind eine der größten Technischen Universitäten in Deutschland und sehen unsere Herausforderung und Verpflichtung in einer aktiven und innovativen Zukunftsgestaltung von Forschung und Lehre.

Für den Dienstleistungsbereich in der Personalverwaltung unserer Hochschulverwaltung am größten Campus der TUM in Garching suchen wir ab sofort eine/n qualifizierte/n, teamfähige/n und engagierte/n

Dipl.-Verwaltungswirt/in (FH) bzw. Dipl.-Betriebswirt/in (FH) oder vergleichbare Ausbildung

in Vollzeitstellung für die Dauer von 2 Jahren.

Ihr Aufgabengebiet:
Ihnen obliegt die selbständige Sachbearbeitung der arbeits-, tarifrechtlichen Angelegenheiten der an der Hochschule beschäftigten Mitarbeiter/innen.

Ihr Anforderungsprofil:
Sie haben Ihr Fachhochschulstudium mit Erfolg abgeschlossen. Der Umgang mit moderner DV-Bürotechnik (idealerweise auch SAP HR) ist für Sie selbstverständlich. Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, gute kommunikative Fähigkeiten und Flexibilität runden Ihr Profil ab.

Wir bieten eine interessante, abwechslungsreiche und herausfordernde Tätigkeit in einer modernen Universitätsverwaltung.

Die bestmögliche Beschäftigung erfolgt in EG 9 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Qualifikation bevorzugt. Die Hochschule strebt eine Erhöhung des Frauenanteils an. Qualifizierte Frauen werden deshalb ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Bitte richten Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung bis spätestens 10.2.2010 an die Technische Universität München, Zentralabteilung 1, Weather-Meißner-Str. 1 in 85748 Garching.

Puchheim
a nice place to work
gut arbeiten in

Die Gemeinde Puchheim, 19.500 Einwohner, westl. Nachbar der Landeshauptstadt München, S 4, stellt zum nächstmögl. Zeitpunkt eine/n

Assistent/in

für den Fachbereich Finanz- und Immobilienmanagement ein.

Vorausgesetzt wird eine abgeschlossene Berufsausbildung (Verwaltung/kaufmännisch) mit guten Kenntnissen in Buchführung und Office-Anwendungen. Die Eingruppierung erfolgt bis Entgeltgruppe 6 TVöD.

Nähere Informationen unter <http://www.puchheim.de/index.php?id=0,19>

www.bayerische-staatszeitung.de

BSZ Bayerische Staatszeitung
und Bayerischer Staatsanzeiger

Die Gemeinde Oiching,
24 500 EW, 20 km westlich von München,
sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine/n Verwaltungsfachangestellte/n
für das Aufgabengebiet Steuern / Abgaben in Vollzeit
(als Vertretung für Elternzeit befristet auf voraussichtlich 3 Jahre)

Unser Tätigkeitsprofil:

- Sachbearbeitung der Gewerbesteuer (Festsetzung, Veranlagung, Aktenführung)
- Sollstellung (inkl. Erlass von Steuerbescheiden) für alle Steuerarten
- Bearbeitung von Erlassanträgen und Stundungsanträgen mit Bescheiderteilung
- Bearbeitung schwieriger Einzelfälle und von Rechtsbehelfen
- Erstellung von Verfügungen zur Aussetzung der Vollziehung

Anforderungsprofil:

- Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte/r (bzw. AL I)
- Fundierte Kenntnisse und Erfahrung im Bereich des Steuer- und Abgabenrechts
- Gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, Überzeugungskraft und Verhandlungsgeschick
- organisatorische Fähigkeiten, Eigeninitiative und Teamfähigkeit
- sicherer Umgang mit der EDV (z.B. p.KOM, MS-Office)

Die Bezahlung richtet sich nach der Qualifikation und der Berufserfahrung nach dem TVöD (bis E 8). Wir freuen uns auf Ihre aussagefähige, schriftliche Bewerbung. Bitte senden Sie diese bis 12.2.2010 an die Gemeinde Oiching, Rebhuhnstraße 18, 82140 Oiching. Von elektronischen Bewerbungen bitten wir abzusehen. Für Fragen steht Ihnen Frau Peschke zur Verfügung (Tel.: 08142/200-140). Falls Sie die Rücksendung Ihrer Unterlagen wünschen, bitten wir Sie einen ausreichend frankierten Briefumschlag beizulegen.

> **Mediadaten der BSZ anfordern:**

TELEFON
089-290142-50

TELEFAX
089-290142-70

anzeigen@bayerische-staatszeitung.de

BSZ Bayerische Staatszeitung
und Bayerischer Staatsanzeiger

Vor allem SPD-Oberbürgermeister stoßen sich am Plan des Landkreistagschefs, Bayerns neuer Sparkassenpräsident zu werden

Rote sehen schwarz für Zellners Beförderung

Der in den Ring geworfene Hut wird zurückgeworfen: Theo Zellner, bayerischer Landkreistagschef mit Ambitionen auf die Nachfolge des zurückgetretenen Sparkassenpräsidenten Siegfried Naser, stößt auf Widerstand. „Nicht schon wieder einer von der CSU“, stöhnen die anderen Parteien. Und auch die fachliche Kompetenz Zellners ist umstritten.

Der Nachfolger Nasers soll frühestens am 9. Februar gekürt werden. Der bayerische Städtetag allerdings ist mit der Personalie Zellner keinesfalls einverstanden. Schließlich werden die Sparkassen zwar zum größten Teil von Landkreisen getragen, einige aber eben auch von den kreisfreien Städten. Deshalb werden auch die Oberbürgermeister von Erlangen und Kempten, Siegfried Balleis und Ulrich Netzer (beide CSU), als mögliche Nachfolger gehandelt. Öffentlich geäußert hat sich jedoch keiner von beiden.

Im Gegensatz zum ehemaligen Hauptschullehrer Zellner (60) kann der einstige Siemens-Manager Balleis (56) auf Erfahrungen in der freien Wirtschaft verweisen, Netzer (54) war früher in der Finanzverwaltung des Freistaats tätig. Zumindest von Balleis weiß man aber, dass er sich auch Hoffnungen auf die Nachfolge des derzeit angeschlagenen Städtetagsvorsitzenden Hans Schaidinger (CSU), Oberbürgermeister von Regensburg, macht.

„Goldener Handschlag“

Bei der SPD und auch den Freien Wählern regt sich dagegen Neid. Alle bisherigen Amtsinhaber für den gut dotierten Posten des Sparkassenpräsidenten (zirka 600 000 Euro jährlich und damit ungefähr das Fünf- bis Sechsfache eines Landrats oder Oberbürgermeisters) gehörten den Christsozialen an. „Ich bin verwundert,

mit welcher Selbstverständlichkeit die CSU den Posten als Parteieigentum betrachtet“, schimpfte Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly in der *Süddeutschen Zeitung*. Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) fordert, das Gehalt des nächsten Sparkassenpräsidenten zu halbieren. Wie aber ausgerechnet ein solcher Schritt eine „fachlich hochkarätige Persönlichkeit“, so Udes Beschreibung seines Wunschkandidaten, motivieren soll, den Job anzutreten, bleibt das Geheimnis des Münchners. Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) tat kund, er wüsche sich einen „aus der Sparkassenfamilie stammenden Fachmann“.

Der Landesvorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, fordert in diesem Zusammenhang „eine Besetzung rein nach Fachqualifikation, nicht wieder nach Parteibuch. Wir hatten mit Naser schon einen Ex-Landrat der CSU, der nicht direkt vom Fach war und wegen seiner Fehlleistungen um den Kauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) zurücktreten musste“. Das Ganze sei doch nur ein „goldener Handschlag“ für Zellner, mutmaßt Aiwanger.

Damit hat der Freie Wähler-Chef nicht ganz unrecht, denn der Chamer Landrat wollte schon vor einigen Jahren aus der Kommunalpolitik aufsteigen. Nach der Landtagswahl 2003 und dem fulminanten Wahlsieg der CSU machte er sich Hoffnung auf einen Posten im Kabinett von Ministerpräsident Edmund Stoiber (am liebsten das Umweltressort), fiel damals aber



dem Regionalproporz zum Opfer. Für die Oberpfalz rückte schon die heutige Europaministerin Emilia Müller ins Kabinett.

Nicht aus Mitleid mit Zellner, wohl aber aus taktischem Kalkül könnten die führenden sozialdemokratischen Kommunalpolitiker im Freistaat den Christsozialen akzeptieren – und hätten dann ein gutes Argument, um 2014 den dann definitiv aus Altersgründen demissionierenden Hans Schaidinger mit einem der Ihren zu beerben. „Und machen wir uns nichts vor“, gesteht ein christsozialer Rathauschef ein, „die sind jetzt auch mal an der Reihe.“

Unterdessen wird aber auch schon über einen möglichen Nachfolger Zellners bei seinem kommunalen Spitzenverband spekuliert. Auch wenn ihre Macht derzeit erodiert, wird die CSU wohl trotzdem wieder Ansprüche anmelden.

Schließlich stellen die Christsozialen immer noch 48 von 71 bayerischen Landräten, eine satte Zweidrittelmehrheit. Auch halten sie mit gut 40 Prozent die relative Mehrheit unter den Kreistagsabgeordneten. Noch getraut sich aber unter den Landräten niemand, seine Hand öffentlich zu heben, was auch der Respekt gegenüber Zellner gebietet.

Kein klarer Favorit

Dessen derzeitiger 1. Stellvertreter Roland Schwing (CSU), seit 1986 Landrat von Miltenberg, gehört zwar zu den erfahrensten bayerischen Kreistagschefs, wäre aber bei der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2014 schon 65 Jahren alt und eher ein Übergangspräsident. Der 2. Stellvertreter und Schatzmeister, Roths Landrat Herbert Eckstein (SPD), amtiert antizyklisch zur üblichen kommunalen Legislaturperiode im Freistaat und muss sich schon im nächsten Jahr dem Votum der Bürger seines Landkreises stellen. Es bestünde also theoretisch die Gefahr einer ziemlich kurzen Amtszeit. Die 3. Stellvertreterin, Landrätin Bruni Mayer (Freie Wähler) aus Rottal-Inn, darf 2014 mit dann 66 Jahren aus Altersgründen nicht mehr kandidieren und wäre somit ebenfalls nur eine Übergangslösung.



Ein gut dotierter Posten ist der des bayerischen Sparkassenpräsidenten. Theo Zellner (*links oben*), Chamer Landrat und Präsident des bayerischen Landkreistags, hat sich als erster dafür beworben. Seitens der Städtetag hält man den Erlanger OB Siegfried Balleis (*rechts*) für geeignet. Sollte Zellner gewinnen, wäre Roland Schwing (*unten*) ein möglicher Nachfolger beim Landkreistag. FOTOS DDP, BSZ (3)

frage kommen, engt sich der Kreis der potenziellen Nachfolger weiter ein: Christian Bernreiter aus Deggendorf, Thomas Karmasin aus Fürstfeldbruck und Harald Leitherer aus Schweinfurt. Das ein Landrat, der nicht Mitglied des Präsidiums ist, neuer Verbandspräsident wird, glauben nur wenige.

Darüber hinaus ist Theo Zellner auch Vizepräsident des deutschen Landkreistags. Das sein bayerischer Nachfolger ihn auch hier beerben wird, ist weniger wahrscheinlich, dafür gibt es aus anderen Ländern mehrere deutlich länger gediente Amtsträger. Allerdings hat Bayern als größtes Flächenland und Bundesland mit den meisten Landkreisen den Anspruch, auch weiterhin an der Spitze des bundesweiten kommunalen Spitzenverbandes vertreten zu sein. > ANDRÉ PAUL

STANDPUNKT: „2010 wird entschieden, ob die Gemeinden aus der Krise herauskommen“



Von Johann Keller, Referent beim bayerischen Gemeindetag

„2010 wird sich entscheiden, wie wir aus dieser Krise herauskommen.“

So lautet eine der zentralen Botschaften unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Neujahrs-

ansprache für das Jahr 2010. Eine treffende Aussage, vor allem auch für die Kommunen, die als letztes Glied in der Kette der öffentlichen Hand von den Vorgaben des Bundes und der Länder abhängig sind. Sie lässt nahezu alle Richtungen offen, selbst das „ob“ der Krisenbewältigung. Auch wenn die Medien zunehmend über Anzeichen für eine Erholung der Weltwirtschaft berichten und die Börsenkurse schon wieder ungeahnte Höhen erreichen: Für die öffentlichen Finanzen, namentlich die der Kommunen, ist das Tal der

Tränen noch nicht durchschritten. 2010 und erst recht 2011 werden zu einer tiefen Erosion in der finanziellen Basis der Gemeinden führen.

Schon heute steht fest, dass die beiden wichtigsten Steuerquellen der Gemeinden, die Gewerbesteuer und die Einkommensteuerbeteiligung mit zirka 85 Prozent Anteil an den gesamten Gemeindesteuern, nach einer Phase erfreulicher Entwicklung einen steilen Abhang hinunterstürzen. Die Zahlen der Kassenstatistik 2009 weisen von Januar bis September rund eine

Milliarde Euro weniger an Gewerbesteuerertrag auf, bis zum Jahresende dürften es schätzungsweise 1,3 Milliarden Euro weniger als 2008 gewesen sein. Dabei wird die Bilanz noch durch Nachzahlungen aus der Veranlagung der Betriebe für frühere Jahre geschönt. Selbst eine gewisse konjunkturelle Erholung in 2010 wird also nicht verhindern können, dass das Gewerbesteueraufkommen weiter zurückgeht. Gleichzeitig liegt die Prognose der Einkommensteuerbeteiligung bayerischer Gemeinden in 2010 um 1,1 Milliarden

Euro unter der des Vorjahres. Die Gemeinden müssen heuer folglich mit rund 20 Prozent weniger Steuereinnahmen auskommen – und das bei weiter steigenden Sozialausgaben und höheren Kreis- und Bezirksumlagen. Allerdings wird das Problem der Umlagesätze der Landkreise und Bezirke in 2011 noch an Schärfe zunehmen, wenn die Umlagekraft aufgrund der geringeren Steuereinnahmen der Gemeinden 2009 spürbar sinkt. Sparmaßnahmen der Gemeinden, etwa bei den freiwilligen Leistungen oder bei Investitionen, eine höhere

Verschuldung und/oder höhere Abgabensätze erscheinen in dieser Situation nahezu unausweichlich.

Das gilt umso mehr, wenn sich der Bund mit Steuerentlastungen für Bürger sowie für Unternehmen als Wohltäter geriert. Schon das zum 1. Januar 2010 in Kraft getretene „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschränkt weiter die finanzielle Basis der Gemeinden. Hilferufe nach einer Kompensation der gemeindlichen Mindereinnahmen blieben bislang ungehört. Weitere Steuerentlastungen sind abzulehnen.

Das Kommunale Taschenbuch 2010

> Unverzichtbar!

Bleiben Sie auch im Jahr 2010 bestens informiert und bestellen Sie noch heute das Kommunale Taschenbuch 2010!

- > Bayerische Gemeindeordnung in der derzeit gültigen Fassung
- > Aktuelle Tarifverträge für den öffentlichen Dienst
- > Rechte und Pflichten der Bürgermeister gemäß aktuellem Rechtsstand
- erörtert von Hans-Peter Mayer, Referent beim Bayerischen Gemeindetag
- > Beitrag „Kommunale Energieautarkie“ von Frau Dr. Beatrix Körner
- > Umfangreiches Adressverzeichnis der Verbände, Organisationen, kommunalen Spitzenverbänden
- > Kalendarium für den Sitzungsdienst

Preis: 16,50 Euro zzgl. Porto
Bestellung: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH,
Vertrieb, Herzog-Rudolf-Str. 3, 80539 München
Tel. 089-29 01 42 -59 und -69, Fax 089-29 01 42 -90,
vertrieb@bayerische-staatszeitung.de

neu 2010

BSZ Bayerische Staatszeitung
und Bayerischer Staatsanzeiger

TU-Wissenschaftler wird rumänischer Forschungsminister

Der 38-jährige Chemiker Daniel Funeriu ist als neuer Minister für Erziehung, Forschung, Sport und Jugend der liberaldemokratischen Regierung Rumäniens im Amt. Er ist bisher Leiter einer Marie-Curie-Excellence-Forschungsgruppe der EU an der Fakultät für Chemie der Technischen Universität München. Funeriu kam 2006 an die TU München, nachdem er wissenschaftliche Erfahrungen in Japan, den USA und Frankreich gesammelt hatte. Seine Forschungsarbeiten befassen sich mit Grenzfragen der anorganischen und biologischen Chemie. Vorübergehend war der Rumäne auch Mitglied des Europäischen Parlaments. > BSZ

Junge und ältere Lehrer sollen einander helfen

Wie ältere Lehrer von jungen lernen können und umgekehrt – das soll das EU-geförderte Projekt „2AgePro“ zeigen. Das Kooperationsprojekt von Pädagogen der Ludwig-Maximilians-Universität München entwickelt dabei Modelle, mit denen Berufseinsteiger unterstützt und Erfahrene neu motiviert werden sollen. Jetzt wurde es in München an der Joseph-von-Fraunhofer-Realschule, der Grundschule an der Klenzestraße sowie dem Thomas-Mann-Gymnasium gestartet.

Jungen Pädagogen soll das Projekt helfen, sich in den ersten Berufsjahren besser in die Schulgemeinschaft zu integrieren. Außerdem sollen sie frisches Wissen aus den Universitäten, besonders um neue Medien und neueste Erkenntnisse in der Naturwissenschaft, in die Klassenzimmer tragen. Ältere Kollegen dagegen sollen ihre langjährigen Erfahrungen etwa im Umgang mit den Schülern einbringen, neu motiviert werden – und länger im Beruf bleiben. Zu diesem Zweck begleitet 2AgePro regelmäßige Kooperationen zwischen neuen und erfahrenen Lehrkräften. Der Austausch zwischen den Generationen wird dabei von den LMU-Wissenschaftlern mit Handreichungen unterstützt. In diesen Unterlagen finden sich ein Fragenkatalog, Übungsanleitungen – etwa für Rollenspiele zur Vorbereitung von Elterngesprächen – sowie Internetlinks zu wissenschaftlichen und praktischen Seiten. An jeder Schule nehmen bislang vier Lehrer teil. Das Projekt läuft zunächst bis Ende März dieses Jahres und ist auf insgesamt zwei Jahre angelegt. > BSZ



Münchner Wissenschaftler erforschen Wege aus dem Wassermangel in den Mittelmeerländern

Knappe Ressourcen richtig managen

Die Folgen des Klimawandels stellen die Mittelmeerländer vor immer größere Herausforderungen. Vor allem die Verfügbarkeit und die Qualität von Wasser bereitet jetzt schon vielen Staaten massive Probleme. Wie diese Auswirkungen konkret aussehen werden, wurde bislang aber noch nicht hinreichend erforscht. Hier setzt jetzt das durch die EU finanzierte Umweltprojekt „Climate Induced Changes on the Hydrology of Mediterranean Basins“ (CLIMB) an, das Anfang Januar 2010 seine Arbeit aufgenommen hat. Insgesamt 19 Institutionen aus neun Ländern sind an dem Projekt beteiligt, das von Ralf Ludwig, Professor für Geographie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, geleitet wird. Das Projektmanagement liegt bei der Bayerischen Forschungsallianz (BayFOR) unter der Leitung von Thomas Ammerl. CLIMB ist auf vier Jahre angelegt und verfügt über ein Budget in Höhe von 3,15 Millionen Euro.

Die Sicherung der Wasserressourcen im Mittelmeerraum ist akut bedroht. Dürreperioden, die Versalzung des küstennahen Grundwassers sowie die zuneh-

mende Landdegradation sind nur einige der Gefahren, durch die der fortschreitende Klimawandel zu politischen Konflikten und wirtschaftlichen Verteilungskämpfen in den betroffenen Regionen führen kann. Gefordert ist deshalb ein nachhaltiger Umgang mit den vorhandenen Wasserressourcen. Derzeit fehlen Analysemodelle und effektive Kontrollsysteme, mit denen die hydrologischen Veränderungen erfasst und bewertet werden können. Die bislang verfügbaren Projektionen sind sehr unsicher und basieren auf Daten aus globalen oder regionalen Klimamodellen, die nicht einfach übertragbar sind.

Konflikte zwischen den Nachbarstaaten drohen

CLIMB möchte hier methodische Lücken schließen. Das Projekt will Feldmessmethoden verbessern, Fernerkundungstechniken weiterentwickeln und damit hydrologische Modellierungen sowie die Analyse sozio-ökonomischer Faktoren in einen neuen konzeptionellen Rahmen einbin-

den. So sollen bestehende Unsicherheiten bei der Analyse der Auswirkungen des Klimawandels reduziert werden. Ziel ist es, ein Risikobewertungsinstrument zu schaffen, mit dessen Hilfe die Verteilung der Wasserressourcen möglichst effektiv gesteuert werden kann.

„Wasser ist unser kostbarstes Gut und wird in Zukunft der Zankapfel benachbarter Regionen und Staaten sein“, sagt Ralf Ludwig. „Die Politik hat erkannt, dass Konflikte um Wasser zur Realität werden. Mit unserer Forschungsarbeit wollen wir einen wichtigen Beitrag zur Vorbeugung von Konflikten leisten, indem wir verbesserte Projektionen zur künftigen Entwicklung des Wasserhaushalts im Mittelmeerraum ermöglichen. In einem weiteren Schritt werden wir Optionen zum nachhaltigen Management von Wasserressourcen in dieser Region formulieren.“

Insgesamt sind 19 Partnerinstitutionen aus neun verschiedenen Ländern an CLIMB beteiligt. Neben Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich sind auch die fünf außereuropäischen Länder Ägypten, Kanada, das Palästina-gebiet, Türkei und Tunesien ein-

gebunden. Die vier bayerischen Partner LMU, BayFOR GmbH, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie die VISTA GmbH erhalten insgesamt 1,1 Millionen Euro von der EU.

Untersuchungen an sieben Flusseinzugsgebieten

An sieben Flusseinzugsgebieten rund ums Mittelmeer werden die Wissenschaftler die Auswirkungen des Klimawandels auf die verfügbaren Wasserressourcen untersuchen. Die EU-Kommission hat neben CLIMB noch zwei weitere Großprojekte initiiert: WASSERMed (Water Availability and Security in Southern Europe and the Mediterranean) und CLICO (Climate Change Hydro-Conflicts and Human Security), die in Cluster bilden sollen. Der geforderte interdisziplinäre Ansatz soll neben der Veränderung der natürlichen Ressourcen auch soziale und ökonomische Aspekte berücksichtigen. > BSZ

Das Foto zeigt den geschrumpften Stausee Gorg Blau auf Mallorca.

Regeneration von Gehirnnervenzellen nicht unmöglich

Angepasst an ihre unterschiedlichen Aufgaben, gibt es verschiedene Zelltypen und Zellformen. Diese reichen von runden Hefezellen bis hin zu tausendfach verzweigten Nervenzellen. Ermöglicht werden diese verschiedenen Zellformen durch das Zellskelett, bestehend aus kleinen Proteinröhren, den Mikrotubuli, die je nach Bedarf verlängert oder verkürzt werden können. So kann eine Zelle wachsen oder einen Fortsatz bilden. Nach der bisherigen Lehrmeinung entstehen Mikrotubuli am Zentrosom, einer Struktur in der Nähe des Zellkerns. Seine Rolle bei der Zellteilung und der Mikrotubuli-Entstehung macht das Zentrosom auch für Neurobiologen interessant. Denn ausgereifte Nervenzellen können sich generell nicht mehr teilen und wachsen im Gehirn und Rückenmark nach einer Verletzung nicht mehr aus. Das könnte daran liegen, dass das Zentrosom seine Funktion in diesen Nervenzellen verliert.

Der Frage gingen Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut für Neurobiologie in Martinsried nach. Sie untersuchten anhand von Zellkulturen, wo Mikrotubuli in Nervenzellen entstehen. Dazu zerlegten sie die Proteinröhren zunächst in ihre Einzelteile und beobachteten dann ihren erneuten Aufbau in den Zellen. Wie erwartet entstanden die Mikrotubuli in jungen Nervenzellen vor allem am Zentrosom. Jedoch nicht ausschließlich: Einzelne Mikrotubuli bildeten sich auch an ganz anderen Stellen des Zellkörpers.

Die Ergebnisse haben vor allem Relevanz bei der Betrachtung der Regeneration von Nervenzellen. Die vor Ort gebildeten Mikrotubuli reichen aus, um eine Nervenzelle auszuwachsen zu lassen. So wuchsen selbst junge Nervenzellen weiter, obwohl die Wissenschaftler ihre Zentrosome mit einem speziellen Laser entfernt hatten. > BSZ



Eine Museumsbesucherin betrachtet den Querschnitt einer überdimensionierten Zelle. FOTO DDP

HOCHSCHULFORUM: „Energieforschung ist ein moralisches Mandat“



Von Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München

Es entspricht bayerischer Lebensart, wenn von der Erhaltung der Schöpfung die Rede ist. Schöpfung? Von Gott geschaffen und vom Menschen mit Talenten und Fertigkeiten nutzbar gemacht. Jeder technische Fortschritt hat einen Januskopf, den vor allem die mit zivilisatorischen Errungenschaften reicher als andere ausgestatteten Weltregionen erkennen müssen. Denn bei ihnen liegt der größte Teil der Verantwortung für die Zukunft.

Davon sind Wissenschaft und Technik nicht ausgenommen. Im Gegenteil: Ihr moralisches Mandat besteht geradezu in der Überwindung bestehender oder drohender Problemsituationen. So verstanden ist der technische Fortschritt nicht Selbstzweck, sondern unver-

zichtbarer Beitrag zur Erhaltung der Schöpfung. Kein Technikthema ist als Monitum besser geeignet als die Energieforschung: Ein bis auf Weiteres exponentielles Wachstum der Weltbevölkerung hat einen steigenden Energiebedarf bei zunehmender Mobilität zur Folge. Gleichzeitig aber steht allen Menschen eine gesunde Umwelt zu, saubere Luft, ausreichende Wasser- und Nahrungsversorgung sowie wetterfeste Wohnungen.

Global denken, lokal handeln

Wenn wir Nachhaltigkeit als gesellschaftlichen Auftrag ernst nehmen, muss die Energieforschung offensiv angegangen werden. Denn ohne umwelt- und klimaverträgliche Bereitstellung, Speicherung und Verteilung von Energie in ihren unterschiedlichsten Erscheinungsformen gibt es keine global menschenwürdige Zukunft.

Mit den alternativen Energien müssen wir uns in einem epochalen Paradigmenwechsel von der fossilen Basis trennen, wobei die

schiefer unerschöpfliche Kraft der Sonne fraglos die größten Chancen bietet. Solarthermie (etwa das ehrgeizige Desertec-Projekt) und Photovoltaik sind technische Herausforderungen ersten Ranges, ebenso wie elektromobile Systeme, die ohne Erdöl und Erdgas auskommen. Die Nutzung von Wind, Erdwärme und nachwachsenden (biogenen) Rohstoffen werden vor allem zur dezentralen Energieversorgung als klimaverträgliche Alternativen beitragen. Selbst die Kernfusion darf aus der Forschung nicht verschwinden, auch wenn Nutzenwendungen nicht unmittelbar erkennbar sind.

Neue und effizientere Energiesysteme sind die wirklich große Herausforderung an die Naturwissenschaftler und Ingenieure der technischen Avantgarde. Spürbare Fortschritte sind nur zu erwarten, wenn sich Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auf großformatige Forschungsprogramme verständigen, in denen bei klar definierten Zielsetzungen alle einschlägigen Fachdisziplinen zusammenwirken. Nimmt man den Technikstandort Bayern, wo Os-

kar von Miller einst das erste Pumpspeicherkraftwerk der Welt gebaut hat, dann ließe sich über ein klug koordiniertes Forschungsnetz eine Wucht erreichen, die attraktiv für europäische und internationale Allianzen ist. Von regionalen Kleinlösungen hingegen ist nichts zu erwarten, dafür ist das Thema viel zu groß und komplex.

Natürlich muss lokal gehandelt werden, die Initiative muss von jenen Zentren ausgehen, die bereits über anerkannt starke Kernkompetenzen verfügen, aber allianzfähig und allianzwillig sind. So ist das Großprojekt TUM-Energy angelegt: Es beteiligt an einer einzigen Universität zirka 100 Professuren aus 10 Fakultäten, um Alternativen, Energieeffizienz, Elektromobilität sowie nachhaltiges Bauen und Planen thematisch zusammenzuführen. Angesichts dessen wünscht man sich als Wissenschaftler aber auch eine landesweite Strategie, um aus diesem Ansatz ein Zukunftsprojekt mit Bayern als Kraftzentrum zu gestalten. Damit könnte Bayern zeigen, wozu es mit seinem Bekenntnis zur Schöpfung technologisch fähig ist.

Kombinierte Immun- und Chemotherapie

Lymphome besser behandeln

Krebserkrankungen des Immunsystems, die so genannten Lymphome, gehen von weißen Blutkörperchen aus. Entartete B-Zellen zum Beispiel verursachen das „diffuse großzellige B-Zell-Lymphom“, das ohne Behandlung sehr aggressiv verläuft. In Deutschland tritt es pro Jahr bei rund 3000 Menschen auf. Die Patienten berichten üblicherweise über Fieber, Nachtschweiß und Gewichtsverlust. Häufig sind sie blass und müde, hinzu kommen Schwellungen der Lymphknoten.

Bei 75 Prozent der Kranken zeigten sich erste Erfolge

„Mit einer kombinierten Immun- und Chemotherapie gelingt es, diese Lymphomkrankung bei etwa 75 Prozent der Patienten langfristig in Schach zu halten oder sogar zu heilen“, sagt Professor Andreas Rosenwald, Pathologe an der Universität Würzburg. Warum allerdings etwa 25 Prozent der Patienten an dieser Krebserkrankung sterben, sei derzeit noch nicht vollständig erforscht.

Ein internationales Forschungskonsortium, dem auch Rosenwalds Team angehört, hat in den vergangenen Jahren beim diffusen großzelligen B-Zell-Lymphom zwei wesentliche Untergruppen definiert, die sich biologisch und klinisch unterscheiden. Jetzt haben die Forscher nachgewiesen: In einer dieser Untergruppen ist ein für B-Zellen spezifisches Protein, der so genannte B-Zell-Rezeptor, chronisch stimuliert. Das fördert offenbar das Wachstum des Tumors. „Der biologische Mechanismus, der zur ständigen Stimulation des Rezeptors führt, war bislang unbekannt“, so Rosenwald.

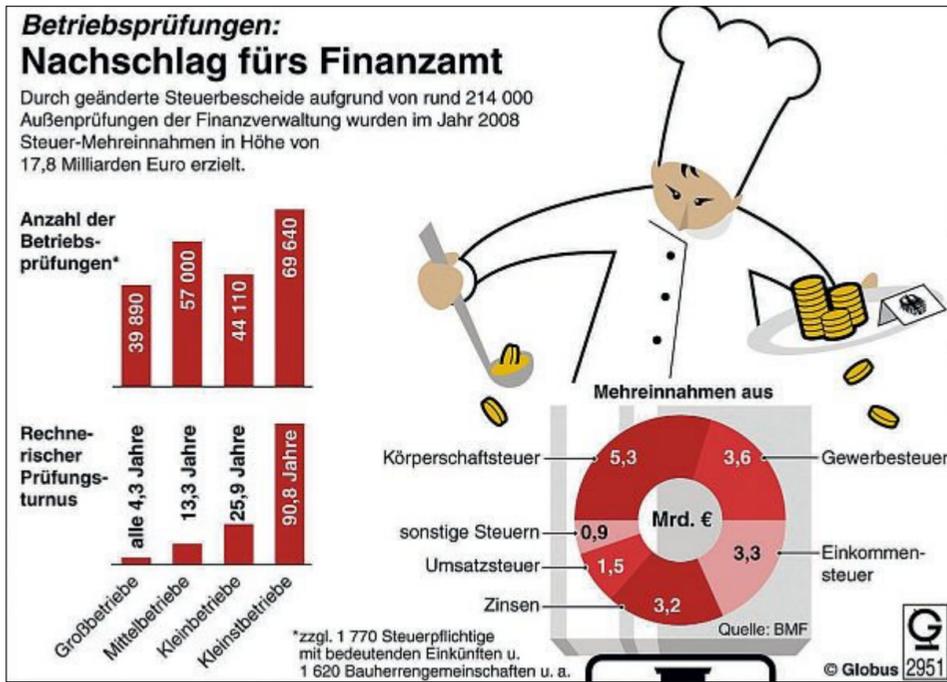
Diese Erkenntnis lässt sich in der Zukunft für die Therapie nutzen. Denkbar ist eine medikamentöse Behandlung mit Kinaseblockern, welche die außer Kontrolle geratene Stimulation dämpfen. Doch diese Möglichkeit muss in den kommenden Jahren erst durch klinische Studien überprüft werden. Geprüft werden muss auch, ob der chronisch stimulierte B-Zell-Rezeptor zumindest für einen Teil der Fälle verantwortlich sein könnte, bei denen die Lymphom-Patienten trotz Behandlung sterben. > BSZ

Besonders in der Landeshauptstadt scheinen Firmen wegen chronischer Überlastung der Finanzverwaltung glimpflicher davon zu kommen als in anderen Teilen Bayerns

Betriebsprüfer schonen München

Richtig ärgerlich findet es Nürnbergs Finanzreferent Harald Riedel (SPD), wenn Bürger und Unternehmer meinen, sie zahlen zu viel Steuern. Denn wie selbstverständlich nutzen sie kommunale Infrastruktur. U-Bahn, Straßenbahn, Busse, Frei- und Hallenbäder, Bibliotheken oder Kindergärten – alles Einrichtungen, deren Dienste gerne in Anspruch genommen werden, für die man aber am besten nichts zahlen braucht. „In Skandinavien gibt es gar keine Diskussion. Da sieht man die Notwendigkeit für Steuern vorbehaltlos ein, um öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Und dass, obwohl die Steuern in Dänemark, Schweden und Norwegen wesentlich höher sind als in Deutschland“, konstatiert Riedel.

Vollends genervt ist er aber, wenn er an die bayerische Finanzverwaltung denkt. 9 Millionen Euro an Steuereinnahmen entgehen pro Jahr allein der Stadt Nürnberg, weil für die Kommune zu wenig Betriebsprüfer unterwegs sind. „Von dem Geld könnten wir 180 zusätzliche Kindergärtnerinnen bezahlen oder alle maroden Brücken im Stadtgebiet sanieren oder sämtliche Schultouletten modernisieren oder einen Schulneubau mittlerer Größe realisieren“, rechnet der Finanzreferent der Frankenmetropole vor. Nicht genau quantifizieren kann den jährlichen Fehlbetrag sein Aschaffenburg Kollege Meinhard Gruber. „Das sind einfach zu unterschiedliche Vorgänge, die da Jahr für Jahr zu Buche schlagen“, meint er. Der Finanzreferent der unterfränkischen Stadt vor den Toren der Maimetropole Frankfurt lenkt den Fokus aber auf ein zusätzliches Problem der Personalknappheit in der bayerischen Finanzverwaltung. „Wir werden sehr spät darü-



Betriebsprüfer „erwirtschaften“ erhebliche Mehreinnahmen für Staat und Kommunen.

ber informiert, dass eine Firma Gewerbesteuer nachzahlen hat.“ In der Regel würden Gruber und seine Mitarbeiter erst nach drei bis fünf Jahren mitgeteilt bekommen, dass ein Betrieb noch Steuern an die Stadt Aschaffenburg überweisen muss. „Dann sind einige dieser Unternehmen aber schon insolvent und wir gehen leer aus.“ Pro Jahr trifft Aschaffenburg zwischen zehn und 15 Mal dieses Schicksal und der Stadtkasse entgehen so zwischen 300 000 und 400 000 Euro. „Dass die Kommunen über Gewerbesteuernachzahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen erst nach mehreren Jahren informiert werden können, trifft zu“, sagt

Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU). Der Grund sei, dass eine Betriebsprüfung grundsätzlich mehrere Jahre umfasst. Geänderte Steuerbescheide könnten naturgemäß erst nach Abschluss der Prüfung ergehen. „Mit einer Arbeitsbelastung des Innendienstes hat dies daher nichts zu tun“, so der Minister. „Die Personalprobleme sind dem Finanzministerium bekannt“, sagt Josef Bugiel, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Deshalb ist er froh, dass die Staatsregierung im Doppelhaushalt 2009/2010 die Einstellung von 500 neuen Finanzbeamten vorgesehen hat. „Wenn das die nächsten fünf Jahre so weiter-

geht und wir dann am Ende 1250 neue Stellen in der Finanzverwaltung haben, sind wir auf einem guten Niveau“, betont der Finanzgewerkschafter. Er verweist darauf, dass bei bundeseinheitlicher Personalrechnung dem Freistaat rein kalkulatorisch 3000 Stellen in der Finanzverwaltung fehlen. Doch in keinem Bundesland sei die Personalausstattung der Finanzverwaltung ausreichend. „Aber Bayern bildet definitiv das Schlusslicht“, sagt Bugiel. „Beurteilungsmaßstab für die Effektivität und Qualität der Außenprüfung sind insbesondere die festgestellten Mehrsteuern. Bayern liegt aufgrund der hervorragenden Arbeit seiner Betriebsprü-

fer sowohl absolut als auch beim Mehrergebnis pro Prüfer mit an der Spitze aller Bundesländer“, kontert Fahrenschon. Finanzgewerkschafter Bugiel hält den jetzt eingeschlagenen Weg für richtig. Mit 500 Leuten zusätzlich könnte man schon eine Menge Steuermehreinnahmen für Bayern generieren. „Statistisch bringt jeder Prüfer im Schnitt 1 Million Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen“, erklärt er. Und die 500 Neulinge, die dazu kommen, würden pro Jahr mindestens 500 000 Euro an Mehreinnahmen für den Freistaat bringen. „Dafür trau ich mich, meine Hand ins Feuer zu legen“, sagt Bugiel.

500 neue Finanzbeamte sind eine gute Größe

Die 500 neuen Finanzbeamten sind laut dem Vorsitzenden der Bayerischen Finanzgewerkschaft eine gute Größe. Denn für mehr reiche die Ausbildungskapazität in der Finanzverwaltung gar nicht. Erst nach ein paar Jahren sind die Leute so fit, dass jeder von ihnen deutlich mehr als eine halbe Million Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen schafft. „Somit hat der Finanzreferent von Nürnberg schon recht. Denn mehr Leute – egal ob im Außen- oder im Innendienst – bringen auch den Städten in Bayern mehr Geld“, so Bugiel, weil der „Steuerkuchen“ zwischen Bund, Freistaat und Kommunen aufgeteilt wird. Nur mehr Prüfer auf die Straße zu schicken, bringt laut Bayerns oberstem Finanzgewerkschafter nichts. Denn die Ergebnisse, die diese Personen mitbringen, müssen in den Finanzämtern von den Innendienstlern bearbeitet werden. Und wenn die zu viel zu tun haben, kommt es zu Effekten, wie sie der Aschaffen-

burger Finanzreferent beschrieben hat. Weil derzeit gerade im Großraum München so viele Finanzbeamte fehlen, gilt Südbayerns Metropolregion als Mekka für Firmenansiedlungen im Freistaat. Ein hoher Beamter des Finanzamtes Neumarkt/Opf. bestätigt der Staatszeitung, dass in Unternehmerräumen schon seit Jahren München als Standort in Bayern empfohlen wird, weil die dortige Finanzverwaltung hoffnungslos überlastet sei. „Die Steuerbescheide für München werden im gesamten Freistaat bearbeitet“, erklärt der Neumarkter Finanzbeamte, der sehr viel Einblick in die gesamtbayerischen Strukturen hat. Und auch Bugiel bestätigt die Personalknappheit in München. Dass daraus Firmen versuchen, Profit zu schlagen, indem sie darauf setzen, weniger oder ungehorsam bei der Betriebsprüfung davonzukommen, kann er nicht bestätigen. Aber allein die Logik lasse diesen Schluss zu. „Darum werden von den 500 neuen Finanzbeamten die meisten wohl in München landen“, sagt Bugiel. Denn in Franken und der Oberpfalz seien die Finanzämter personell noch vergleichsweise gut ausgestattet. Finanzminister Fahrenschon verweist darauf, dass das Gesamtmehrergebnis der Betriebsprüfung im Wesentlichen durch Einzelfälle geprägt ist. Es treffe einfach nicht zu, dass bei einer Erhöhung des Personalbestands die Mehrergebnisse in gleichem Maße ansteigen. „Die Münchner Betriebsprüfung zum Beispiel erzielt 90 Prozent ihrer Mehrergebnisse bei der Prüfung der Groß- und Großbetriebe.“ Diese Betriebe werden laut Fahrenschon in ganz Bayern und natürlich auch in München lückenlos geprüft. > RALPH SCHWEINFURTH

Bundesweite Imagekampagne des Handwerks

Rund 50 Millionen Euro nehmen die deutschen Handwerkskammern für eine auf fünf Jahre angelegte bundesweite Imagekampagne in die Hand. Der Slogan der Kampagne lautet, „Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht von nebenan“, erklärte Heinrich Traublinger, Handwerkskammerpräsident von München und Oberbayern.

Ziel der Kampagne ist es laut Traublinger, das nicht mehr zeitgemäße Bild vom Handwerk an die Realität des modernen Wirtschaftszweigs anzupassen. Darüber hinaus soll die berufliche Vielfalt des Handwerks bekannter werden, schließlich bilde man in weit über 100 Berufen aus. In erster Linie aber soll die Kampagne Jugendlichen die Realität im Handwerk nahebringen und sie für die Individualität der Produkte und Dienstleistungen begeistern, sagte der Handwerkskammerpräsident.

Eine ganz wesentliche Rolle bei der Kampagne spielt ein äußerst witzig und professionell gemachter Werbespot, der am Samstag, 16. Januar 2010, erstmals um 20.14 auf allen privaten Fernsehsendern gezeigt wird. Ferner läuft der Spot aber auch in Kinos und im Internet.

Der Kurzfilm erzählt, wie ein Leben ohne Handwerk aussehen würde. Dabei war es besonders wichtig, so Traublinger, so viele Filmeffekte wie möglich von Hand zu erzeugen. So haben zum Beispiel Kfz-Mechatroniker und Elektroniker durch ihr handwerkliches Geschick dazu beigetragen, einen Pkw im Film auf Kommando auseinanderfallen zu lassen. Die Quintessenz des Spots ist, ein Leben ohne Handwerk ist gleichbedeutend mit einem Rückfall in die Steinzeit. > FRIEDRICH H. HETTLER

Fahrgäste in Nürnbergs automatischer U-Bahn erlebten den Super-GAU

Wenn Tauben ein Verkehrschaos auslösen

Bekanntlich macht Kleinvieh viel Mist. So war es diese Woche auch bei der Nürnberger Automatik-U-Bahn. Das Kleinvieh war zum einen eine Taube, die just in dem Moment aufflog, als ein Zug anfuhr. Das Computersystem erkannte das Tier nicht und löste eine Notbremsung aus. Kleinvieh im übertragene Sinn verursachte dann zum anderen weitere Störungen. So kam es am Montag zum Totalausfall der automatischen U-Bahnlinien U2 und U3.

„Wir entschuldigen uns bei unseren Fahrgästen für die Pannenserie“, sagte Reiner Müller, Technischer Vorstand der VAG Verkehrsgesellschaft Nürnberg vor der Presse. Er selbst war live dabei, als sich das Chaos ausbreitete und nichts mehr ging. „Was sich abgespielt hat, ist einfach unzumutbar.“ Deshalb sind jetzt wieder alle U-Bahnhöfe der Automatiklinien mit VAG-Mitarbeitern besetzt, die im Ernstfall sofort eingreifen können. Bisher lief der fahrerlose Betrieb so reibungslos, dass man nur einen Mitarbeiter für drei Bahnhöfe benötigte. Doch gerade an diesem verhängnisvollen Montag hätte man an mehreren Stellen sofort die ordnende Hand eines Fachmanns gebraucht.

Wie kam es zu der verhängnisvollen Kettenreaktion? Nachdem die eingangs beschriebene Taube am Vormittag einen Zug bremste, stauten sich die nachfolgenden U-Bahnen. Nach kurzfristigem manuellen Betrieb sollte der Computer wieder die Steuerung der Züge übernehmen. Doch da zog ein Fahrgast – völlig grundlos, wie die VAG betont – die Notbremse am anderen Ende der U-Bahnstrecke. Dafür und die daraus resultierenden Folgen wird er wohl zivilrechtlich haftbar gemacht. Gegen Mittag erst konnte der Betrieb wieder reibungslos laufen.



Normalerweise läuft es trotz Massenansturm rund mit der fahrerlosen U-Bahn. Jeden Tag nutzen rund 400 000 Menschen die Nürnberger U-Bahn. FOTO SCHWEINFURTH

Normalerweise erkennt das System Tauben und stoppt die Bahn nicht, erklärt Andreas May, Projektleiter für den Automatikbetrieb. „Wir haben einen Taubenfilter in der Software“, sagt er. Denn pro Woche verirren sich mindestens zwei dieser Tiere in den Gleisbereich der U-Bahn. Jetzt muss mit Siemens geklärt werden, wieso der Zug dennoch stoppte.

In den Tunnels stauten sich die Züge

Zum Super-GAU kam es nach 16 Uhr. Am Hauptbahnhof streikte bei einem Automatikzug die so genannte Türspaltüberwachung, die dafür sorgt, dass weder Personen noch Gegenstände beim Schließen der Türen eingeklemmt werden. Ein VAG-Mitarbeiter war zwar sofort zur Stelle, brauchte aber zehn Minuten, um das Problem zu beheben. Wegen des Vier-Minuten-Takts, der nachmittags

gefahren wird, um die vielen Berufsschüler zu befördern, stauten sich die Züge – auch in den Tunneln. Ein Fahrgast geriet wohl in Panik. Trotz mehrfacher Aufforderung der Leitstelle blieb er nicht im Zug und betätigte die Türnotentriegelung. Er stieg aus und lief durch den Tunnel zum nächsten U-Bahnstation. Daraufhin musste der Strom im gesamten Innenstadtbereich der Automatikzüge abgeschaltet werden, um den bisher Unbekannten nicht zu gefährden. Beim Wegfahren des Zuges mit der aktivierten Türnotentriegelung kam es dann abermals zu Problemen und die Stromversorgung musste erneut unterbrochen werden. Erst gegen 17 Uhr 35 konnte mit dem „Aufräumen“ begonnen werden. Dass zu allem Überfluss auch noch die Durchsageanlage für mehrere Stunden ausfiel, machte das Chaos perfekt. Besonders kleine Kinder gerieten aufgrund der drängenden Menschenmassen in teils lebensbedrohliche Situationen.

„Wir werden anhand der Videoaufzeichnung versuchen, die Person zu ermitteln“, sagt VAG-Betriebsleiter Konrad Schmidt. Es werde dann wohl ein zivilrechtliches Verfahren wegen Eingriffs in den Bahnverkehr angestrengt werden, denn das Betreten der Gleise ist nur auf ausdrückliche Anweisung durch die VAG gestattet.

Als Konsequenz des schwarzen Montags verstärkte die VAG die Mitarbeiterzahl an allen U-Bahnstationen der Automatiklinien. Mit dem Hersteller Siemens werden die Fehler genau analysiert und Gegenmaßnahmen ergriffen. Zudem sollen die VAG-Mitarbeiter erneut in der Störungsbehebung trainiert werden. > R5

KOMMENTAR

Die liebe Technik

VON RALPH SCHWEINFURTH

Soll Nürnbergs automatische U-Bahn, die eigentlich zu 99 Prozent zuverlässig fährt, dauerhaft zum Erfolg werden, müssen Siemens und VAG noch einiges tun. Wegen des Chaostags mit verstärkter Personalpräsenz zu reagieren, ist sicher richtig. Wichtiger ist es aber, irrationales menschliches Verhalten in sämtliche technische Abläufe zu integrieren. Hierzu wäre es sinnvoll, auch die Tunnel mit Überwachungskameras auszustatten. Denn so könnten Personen auf den Gleisen schneller gefunden und der U-Bahnbetrieb rascher wieder aufgenommen werden. Bisher gibt es die Kameras leider nur in den Zügen und an den Bahnhöfen.

Dass die Herstellerfirma Siemens sämtliche „Kinderkrankheiten“ des Systems beheben muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Der Mischbetrieb von U-Bahnen mit Fahrern und U-Bahnen ohne Fahrer auf der gleichen Strecke lief in der Frankenmetropole ja reibungslos. Das Chaos brach im reinen Automatikbetrieb aus. Zwar hat es im französischen Lyon rund ein Jahr gedauert, bis alles reibungslos funktionierte, aber Siemens sollte daraus gelernt haben. Betrachtet man jedoch die kleinen, aber dauerhaften Technikmacken des ICE, kommen einem schon Zweifel an der Mobilitätskompetenz des Elektrokonzerns.

Bis alle Fehler bei der fahrerlosen U-Bahn ausgemerzt sind, kann sich theoretisch so ein Chaostag jederzeit wiederholen. Deshalb sollte die VAG auch ihre schnelle Eingreiftruppe aufstocken, die im Ernstfall mit Blaulicht und Megaphonen ausgestattet in die Bahnhöfe ausschwärmt und die Menschen informiert.

Das kostet zwar alles mehr Geld, rechnet sich aber langfristig. Wenn der Betrieb ohne Schwierigkeiten läuft, kann die VAG mit der fahrerlosen U-Bahn ihre Sparpotenziale realisieren. Denn dann benötigt man wirklich weniger Personal.

Firmen sollten sich auf Portalen wie Myhammer oder Blauarbeit nicht unter Wert verkaufen

Aufträge im Internet ersteigern

Fliesen legen, Wände streichen, Fenster einsetzen. Wer solche Handwerksdienste anbietet, der kann auf Portalen wie Jobdoo (www.jobdoo.de), Undertool (www.undertool.de), Myhammer (www.myhammer.de) oder Blauarbeit (www.blauarbeit.de) Aufträge finden.

Das Prinzip ist einfach: Die Communities funktionieren wie Ebay, nur rückwärts. Handwerker oder Dienstleister bewerben sich um Aufträge, die in den Portalen zu einem Mindestpreis ausgeschrieben sind. Um nun den Zuschlag zu bekommen, unterbieten sich die Handwerker. Ist eine Auktion beendet, kann der Auftraggeber sehen, wer seine Dienste zum günstigsten Preis anbietet. Zwei Drittel der Aufträge gingen dabei nicht an den Niedrigstbietenden, erfolgreicher seien Handwerker mit guten Bewertungen, teilt Myhammer mit. Grundsätzlich sind Gebote verbindlich, Handwerker schließen mit dem Portalbetreiber sowie mit dem Auftraggeber einen Vertrag.

Handwerksauktionsportale unter die Lupe genommen

Gerade in der Krise haben Auktionsportale Konjunktur. Etwa eine Million User zählt Branchenprimus Myhammer derzeit, davon sind 200 000 Handwerker. Laut einer Studie vom Deutschen Institut für Service-Qualität bietet das Portal Blauarbeit insgesamt den besten Service. Rang zwei belegte Myhammer, gefolgt von Undertool. Das Institut nahm sieben Handwerksauktionsportale unter die Lupe. Unter anderem wurde getestet, wie die Anbieter auf E-Mail-Anfragen reagieren. Darüber hinaus überprüften die Tester

das Leistungsangebot der Handwerkeraktionen. Bei 50 Prozent der Anbieter fallen keine Gebühren für die Handwerker an. Die andere Hälfte erhebt vom Auftragnehmer eine Provision zwischen 2 und 4 Prozent.

Handwerkskammern beäugen die Auftragsvergabe per Online-ausschreibung zum Teil mit Skepsis. „Der Betrieb muss genau wissen, zu welchem Preis er seine Leistungen anbieten kann und will“, sagt Jens Christopher Ulrich von der Handwerkskammer München. Häufig bestehe die Gefahr, dass sich Handwerker unter Wert verkaufen. Dies könne zu einem Preisverfall führen. Ulrich sagt auch, dass Unternehmer von Communities à la Myhammer profitieren können. Gerade Start-ups könnten im Web erste Aufträge an Land ziehen. Zudem ist es Unternehmen möglich, mithilfe von Online-Portalen Auftragsfluten teilweise abzufedern.

Auch Markus Hamer vom Deutschen Institut für Service-Qualität sagt, dass sich Auftragnehmer nicht unter Wert verkaufen sollten. Wenn es einer Firma jedoch schlecht geht, seien Auktionsportale eine gute Möglichkeit, um zeitweise mit Deckungsbeiträgen Engpässe zu überbrücken. Für den richtigen Umgang mit den Portalen müsse der Nutzer einige Details beachten: „Je mehr Transparenz, desto besser“, sagt Hamer. Dienstleister sollten also möglichst genau beschreiben, was sie für Fähigkeiten mitbringen. Profi-

hinterlegt werden können. Jobdoo sowie Work5 (www.work5.de) verzichten auf ein solches Konto. Die anderen fünf Betreiber bieten diese Funktion an. Weitere Tipps: Neben einem sorgfältig ausgefüllten Profil sollten Unternehmer schauen, welche

Aufträge für sie in Frage kommen. Diese Suche erleichtert das „Auftragsradar“. User werden per E-Mail benachrichtigt, wenn es für sie passende Aufträge gibt. Wichtig ist auch nachzufragen, wenn Dinge unklar sind. Der Handwerker sollte etwa genau

kalkulieren, wie weit er fahren muss und ob die Aufträge für den veranschlagten Preis auch wirklich zu realisieren sind. Wer sich trotz Nachfrage nicht sicher ist, sollte zusätzlich ein Treffen vor Ort mit dem Auftraggeber vereinbaren. > JAN-HENRIK FÖRSTER

The screenshot shows the MyHammer website interface. At the top, there's a navigation bar with 'Auftrag einstellen', 'Aufträge suchen', and 'Branchenbuch'. Below that, a main banner reads 'MyHammer hat die besten Handwerker & Dienstleister für Sie!' and illustrates a three-step process: 1. 'Auftrag einstellen' (Posting a job), 2. 'Zurücklehnen und Angebote erhalten' (Waiting for offers), and 3. 'Vergleichen und zuschlagen' (Comparing and selecting). Below the banner, there are search filters for 'Was soll erledigt werden?' (e.g., 'z.B. 2 Zimmer tapezieren und streichen'), 'Wo? (PLZ)' (10117), and 'In welcher Kategorie?' (Bitte Kategorie auswählen). There are also three side panels: 'Das MyHammer-Versprechen' (MyHammer Promise), 'Im Branchenbuch suchen' (Search in the directory), and 'MyHammer Schutzbrief' (MyHammer Protection Letter). At the bottom right, there's a promotion for 'Die kaufmännische Software' (Sage GS-Office 2010).

Auf Webseiten wie Myhammer kann man Aufträge ersteigern.

SCREENSHOT B5Z

Bei Geschäftsführer-Gehältern sind dem Finanzamt Tantieme, Firmenwagen oder Betriebsrente oft ein Dorn im Auge

Welche Extras sich Chefs genehmigen dürfen

Die Unternehmersteuerreform zieht ein Umdenken bei der Festsetzung der GmbH-Chefgehälter nach sich. Als Faustregel gilt: Liegt der Chef mit seinem Gehalt im Durchschnitt der Branche, muss er bei der nächsten Steuerprüfung kaum Probleme befürchten.

Liegt er sogar darunter, hat er die Gewissheit, dass er sich bei nächster Gelegenheit eine kräftige Gehaltserhöhung gönnen kann. Falls er seinen Spielraum voll ausschöpfen will, sollte er dies in mehreren Etappen und über einige Jahre verteilt tun. Denn bei allzu üppigen Erhöhungen sehen die Beamten rot.

Ordentlich mit dem Rotstift hantieren

Vor allem hohe Zusatzleistungen für die GmbH-Chefs sind vielen Steuerbeamten ein Dorn im Auge. Allen voran die wohl wertvollste Extraleistung für Geschäftsführer, die Pensionszusage. Rente vom Betrieb und (falls vorhanden) Rente vom Staat dürfen insgesamt bis zu 75 Prozent der Gesamtbezüge bei Eintritt in den Ruhestand betragen. In Zeiten von Finanzkrise und Rezession glauben etliche Finanzbeamte, hier ordentlich mit dem Rotstift hantieren zu können. Die Begründung: Die vor Jahren zugesagte Betriebsrente sei für die Firma mit Blick auf künftig bescheidene Gewinne oder gar Verluste nicht länger tragbar.

Davon sollten sich Gesellschafter-Geschäftsführer keinesfalls schrecken lassen. Es kommt allein darauf an, dass die Pensionszusage finanzierbar war, als Geschäftsführer und GmbH die Vereinbarung seinerzeit unterschrieben haben. Das hat der Bundesfinanzhof (BFH) mehrfach bekräftigt.

Ein weiteres Extra, das für viele Geschäftsführer mittlerweile zum Standard gehört, ist der Firmenwagen. Steuerberater berichten, dass Finanzbeamte derzeit detailverliebt in die Abrechnung von Privatfahrten einsteigen. Wer die nicht pauschal nach der Ein-Prozent-Methode versteuert, muss mit scharfen Kontrollen des Fahrtenbuchs rechnen. Da kommt ein BFH-Urteil gerade recht: Kleine Fehler im Fahrtenbuch führen nicht gleich dazu, dass die Aufzeichnungen insgesamt ungültig sind (Az.: VI R 38/06). Im Urteilsfall hatte die Finanzbehörde das Fahrtenbuch der Mitinhaber

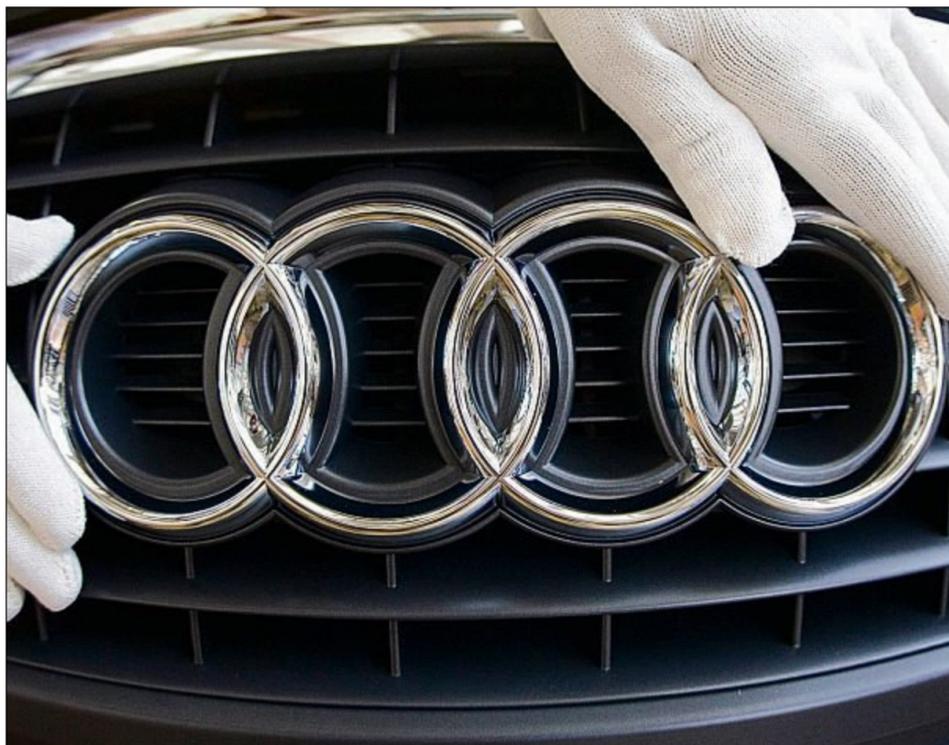
berin und Geschäftsführerin einer GmbH wegen einiger Mängel verworfen. So gab es zum Beispiel in zwei Fällen Differenzen zwischen den Kilometerangaben im Fahrtenbuch und dem Tachostand auf den Werkstattrechnungen. Prompt berechneten die Finanzbeamten die privaten Touren ausnahmslos nach der teuren Ein-Prozent-Methode. So nicht, sagten die BFH-Richter: Wenn die Aufzeichnungen insgesamt plausibel seien, müsse die Finanzbehörde das Fahrtenbuch akzeptieren.

Und was ist, wenn der GmbH-Chef in wirtschaftlich schwierigen

Zeiten wie diesen nicht dazu kommt, den ihm per Arbeitsvertrag zustehenden Urlaub auch zu nehmen?

Dann muss das Finanzamt akzeptieren, dass er für die ausgefallenen Ferientage richtig Geld einstreicht – und zwar zusätzlich zum Gehalt. Die Urlaubsabgeltung sei keine verdeckte Gewinnausschüttung, urteilte der Bundesfinanzhof, das höchste Steuergericht (Az.: I R 50/03). Die erfreuliche Konsequenz daraus: Hohe Arbeitsbelastung und überdurchschnittlicher Einsatz werden nicht länger bestraft.

> REINHARD KLIMASCH



Bei Firmenwagen kontrollieren die Finanzämter die Fahrtenbücher genau.

FOTO AUDI

NEUE URTEILE

Nachschlag

Der Sieg einer Baufirma vor Gericht wird für viele öffentliche Auftraggeber teuer: Sie erhielt den endgültigen Zuschlag zum sechsspurigen Ausbau der A 1 bei Münster erst verzögert, nachdem die Vergabeklage eines Mitbieters verhandelt war. Die Firma hat Anspruch auf bis zu 1,3 Millionen Euro Extravergütung für zwischenzeitlich gestiegene Materialkosten, befand der Bundesgerichtshof: Denn die oft verwendete Vertragsklausel „Baubeginn spätestens zwölf Tage nach Zuschlag“ meine den Ursprungstermin in der Ausschreibung (Az.: VIIZR 152/08).

Dienstwagenfahrten

Die Anrechnung der privaten Dienstwagenutzung auf das Gehalt darf die Höhe des pfändbaren Gehaltsanteils nicht übersteigen (BAG, Az.: 9 AZR 733/07). Das sagen die Richter: Der Arbeitgeber wollte seinem Mitarbeiter den Vorteil aus der privaten Dienstwagenutzung in Höhe von 639 Euro auf das Gehalt (1390 Euro) anrechnen. Dem Arbeitnehmer wären 751 Euro geblieben. Zu wenig, entschied das Bundesarbeitsgericht: Sind die Nettovergütung und der Sachwert aus der Dienstwagenüberlassung in der Summe unpfändbar, ist eine Anrechnung des Sachwerts auf das Arbeits-einkommen rechtswidrig.

GmbH-Verluste

Johanna Fromm bekommt eine Steuererstattung von rund 25 000 Euro. Dafür hat sie bis zum Bundesfinanzhof gestritten (Az.: IX R 42/08). Die Unternehmerin kann Verluste aus ihrer Beteiligung an einer fremden GmbH voll mit anderen Einkünften verrechnen. Ein Sieg für alle, die mit einem Engagement bei einer GmbH Schiffbruch erlitten haben. Die konnten bislang ihre Totalverluste nur zur Hälfte abziehen. Eine Folge des Halbeinkünfteverfahrens, das bis 2007 galt: GmbHs zahlen für Gewinne 25 Prozent Körperschaftsteuer, plus Gewerbesteuer. Unter dem Strich rund 40 Prozent. Erträge an die Gesellschafter koste-

ten bis 2008 jeweils nochmals Steuern nach dem halben persönlichen Steuersatz. Die Finanzämter folgten: Wenn bei GmbH-Gesellschafter der Gewinn nur zur Hälfte steuerpflichtig ist, dürfen auch Verluste nur zur Hälfte abgezogen werden. Bei Totalverlust funktioniert die Aufteilung negativer Erträge auf Firma und Gesellschafter aber nicht. „Anteilige Verluste der GmbH darf die Firma überhaupt nicht an ihre Anteilseigner weiterreichen“, erklärt Anwalt Rüdiger Fromm, der seine Frau vor Gericht vertrat. Bedeutet: Die roten Firmenzahlen gehen mit der Pleite-GmbH unter. Nur den Verlust ihres Anteils selbst dürfen Gesellschafter mit anderen Einkünften verrechnen. Experte Fromm: „Und das nicht nur zur Hälfte, sondern jetzt voll.“

Verschleiern wie die Kleinen

Größe kann für Unternehmer zum Ärgernis werden. Werden zwei dieser drei Kriterien – 9,68 Millionen Euro Umsatz, 4,84 Millionen Euro Bilanzsumme und 49 Mitarbeiter – zwei Jahre in Folge überschritten, besteht die Pflicht, neben der Bilanz auch eine Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) zu publizieren. Ein für die Konkurrenz mitunter aufschlussreicher Zahlenstrip. Wie groß sind Umsatz und Rohertrag? Was wird für Material ausgegeben? Antworten liefern die GuV und der dazugehörige Anhang. Das muss nicht sein. „Wer aus zwei oder mehr Firmen einen Konzern bildet und dabei einige Regeln beachtet, muss nur den Abschluss des Konzerns veröffentlichen“, erklärt Rolf Leuner, Partner der Wirtschaftskanzlei Rödl & Partner. Die dort angegebene Summen erlauben im Idealfall kaum Rückschlüsse auf die einzelnen Untergesellschaften. Unternehmer können dafür etwa Mietshäuser aus ihrem Privatbesitz in eine Firma einbringen. „Wird diese Immobiliengesellschaft dann zum Beispiel mit einem Maschinenbauer unter ein Konzerndach gestellt, haben die Zahlen kaum noch Aussagekraft“, erklärt Leuner.

Chemische Industrie will weg vom Rohstoff Öl

Die Chemieindustrie will unabhängiger von ihrem bislang wichtigsten Rohstoff Erdöl werden. Mittelfristig könne der Kohlenstofflieferant durch andere Rohstoffe wie Erdgas, Kohle und Biomasse ergänzt und ersetzt werden, erklärten Experten der Industrie bei einer wissenschaftlichen Veranstaltung in Frankfurt am Main. Begrenzte Alternativen gebe es hingegen bei mineralischen und metallischen Rohstoffen, heißt es in einem Positionspapier. Hier müssten bessere Abbaumethoden und eine höhere Recycling-Quote erreicht werden.

Als mögliche neue Rohstoffquelle und künftiges Forschungsfeld nannten die Chemiker das Gas Kohlendioxid, das für den Klimawandel verantwortlich gemacht wird. Eine stoffliche Nutzung werde aber kaum Auswirkungen auf das Klima haben, da die benötigten Mengen im Verhältnis zum weltweiten Ausstoß sehr gering seien.

Rund 10 Prozent des Rohstoffbedarfs würden bereits mit nachwachsenden Materialien gedeckt, heißt es in dem Papier weiter. Hier müsse das Problem gelöst werden, dass diese Rohstoffe in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln und Futtermitteln gesehen würden. Die Forschung konzentriere sich derzeit auf nicht zur Ernährung geeignete Biomasse wie Stroh und Holz. > DPA

FÖRDERMITTEL

Ingolstadt gewährt Prämie

Erdgas-Brennwertheizungen sind besonders effizient, denn diese Gerätetechnik nutzt zusätzlich die Wärme aus dem Abgas. Das spart bis zu 15 Prozent Energie gegenüber herkömmlichen Heizungen und bis zu 40 Prozent im Vergleich zu alten Anlagen. Die Stadtwerke Ingolstadt Energie GmbH gewährt deshalb seit 1. Januar 2010 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel in ihrem gesamten Versorgungsgebiet eine Förderung für die erstmalige Installation einer Erdgas-Brennwertheizung. Die Energiespar-Prämie gibt es für Gebäude, deren Heizung von einer anderen Energie auf Erdgas umgestellt wird und für Neubauten.

Bereits über 95 000 Tonnen des schädlichen Klimagases kompensiert

In Bayern wird schon viel CO₂ gespart

Was verbindet den Landkreis Starnberg, die Innere Mission München, den fränkischen Sportartikelkonzern adidas aus Herzogenaurach und die oberbayerische Whiskydestillerie Slyrs aus Schliersee? Sie alle haben sich dafür entschieden, ihr CO₂-Konto aktiv zu reduzieren. Ein Baustein dafür ist das Heizen mit CO₂-neutralem Erdgas.

Als der internationale Klimagipfel in Kopenhagen mit viel Reden und ohne verbindliche Abkommen zu Ende ging, schien der Kampf gegen den CO₂-Ausstoß ins Stocken zu geraten. Doch noch während in Dänemark zäh verhandelt wurde, konnte der Kreis der bayerischen Klimaschützer wieder ein Stück größer gezogen werden. So meldete der Energiedienstleister Erdgas Südbayern (ESB), dass seine Kunden mit dem erst im Herbst 2009 aufgelegten „CO₂-neutralen Erdgas“ bereits über 95 000 Tonnen des schädlichen Klimagases kompensieren.

„Vor dem Hintergrund, dass wir unsere Emissionen bis 2050 im Vergleich zum Niveau von 1990 halbieren müssen, ist das natürlich ein sehr kleiner Betrag. Aber: Jede Tonne zählt. Und mit dem CO₂-neutralen Erdgas zeigen wir, dass mit wenig Aufwand etwas getan werden kann“, erklärt Martin Heun, Leiter Handel und Vertrieb bei der ESB.

Die ESB macht sich für ihr klimafreundliches Erdgasangebot die Tatsache zunutze, dass nicht nur lokale CO₂-Emissionen, sondern auch lokale CO₂-Einsparungen globale Auswirkungen haben. Daher ist die CO₂-Reduktion dort am wirkungsvollsten, wo mit den verfügbaren Mitteln der größte Nutzen erzielt werden kann. Erdgas Südbayern investiert daher in vier internationale Klimaschutzprojekte, die von offiziellen Stellen wie dem UN-Klimasekretariat in Bonn zertifiziert sind. „Viele Schwellen- und Entwicklungsländer sind bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf die Unterstützung durch Industrieländer angewiesen – wie auch in Kopenhagen deutlich wurde. Unsere vier Projekte in Brasilien, Indonesien, Thailand und der Türkei sind dazu noch ein Stück Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe, da es neben der CO₂-Minderung auch um den Transfer von Know-

how und Technologie geht“, erklärt Heun.

Mit dem CO₂, das in den ESB-Klimaschutzprojekten eingespart wird, hat die ESB im Sommer 2009 zunächst alle eigenen Geschäftsprozesse – von den Dienst-

fahrten bis zum Papierverbrauch – klimaneutral gestellt. In der Folge wurde das CO₂-neutrale Erdgasangebot entwickelt, mit dem alle Kunden ihre Emissionen aus der Erdgasverbrennung kompensieren können.

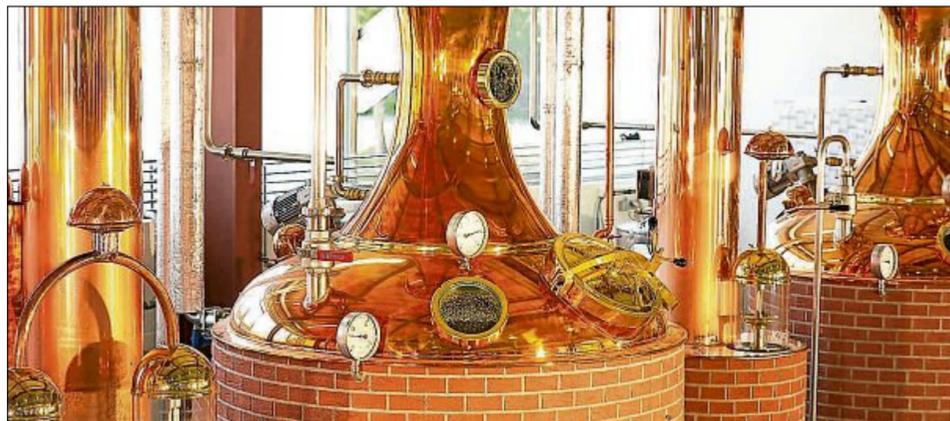
Der Mehrpreis für dieses Klimaplan in Höhe von 0,3 Cent pro Kilowattstunde stellte bislang für kaum einen Interessenten eine Hürde dar. „Bei einem durchschnittlichen 3-Personen-Haushalt sind das zusätzliche 5 Euro pro Monat – soviel wie ein Pfund Kaffee kostet“, rechnet Martin Heun

vor. „Es scheint, als hätten die Kunden auf so ein Produkt gewartet.“

Tatsächlich ist die Motivation, ein Stück „grüner“ zu werden bei vielen Verbrauchern höher als oft angenommen. Und das nicht nur aus Imagegründen. Der Landkreis Starnberg beispielsweise strebt bis 2035 eine Vollversorgung mit regenerativen Energien an und hatte daher in seiner Ausschreibung CO₂-neutrales Erdgas ausdrücklich gefordert. Adidas in Herzogenaurach nutzt das Angebot von Erdgas Südbayern, um dem Ziel einer „Zero-Emission-

Company“ einen Schritt näher zu kommen.

Auch Andrea Stetter, Geschäftsführerin der Whiskydestillerie Slyrs im oberbayerischen Schliersee, konstatiert: „Wir haben Verantwortung und müssen sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen. Zum einen, da mache ich kein Geheimnis draus, geschieht das auch aus wirtschaftlicher Sicht, da wir von einer intakten Natur abhängig sind. Zum anderen möchte ich meinen Kindern auch in einigen Jahren guten Gewissens in die Augen sehen können.“ > RS



Die bayerischen Unternehmen adidas in Herzogenaurach und Slyrs in Schliersee setzen auf CO₂-neutrales Erdgas, um ihre Firmengebäude zu beheizen.

FOTOS DDP, SLYRS

N-Ergie kann Anlage nur mit Zeitverlust umsetzen

Insolvenz erschwert Bioerdgasprojekt in Gollhofen

Die N-Ergie AG und Schmack Biogas AG haben gemeinsam ein Konzept zum Bau und Betrieb einer Bioerdgasanlage am Standort Gollhofen entwickelt. N-Ergie ist weiterhin an der Errichtung dieser Anlage interessiert. Das Projekt hat einen hohen Reifegrad. So wurde Ende September 2009 die GOLLIPP Bioerdgas GmbH & Co. KG als gemeinsame Gesellschaft für die Umsetzung des Projekts gegründet. Umso mehr war die N-Ergie vom Insolvenzantrag der Schmack Biogas AG überrascht.

Zunächst musste die N-Ergie jedoch aus juristischen Gründen die Entscheidungen des vorläufigen Insolvenzverwalters abwarten.

Die angestrebte Umsetzung des Projekts Gollhofen kann nur in Zusammenarbeit mit den rohstoffliefernden Landwirten gelingen. Daher war ein wesentlicher Schwerpunkt der aktuell geführten Verhandlungen auch die Wahrung der Interessen der Rohstofflieferanten.

Zur Umsetzung des Vorhabens wurde nun folgende Vorgehensweise vereinbart:

Die Fränkische Energie GmbH, ein Schwesterunternehmen der N-Ergie im Konzern der Städtischen Werke Nürnberg GmbH, hat kurzfristig 100 Prozent der Gesellschaftsanteile an der GOLLIPP Bioerdgas GmbH & Co. KG

übernommen. Die bestehenden Lieferverträge für Energiepflanzen wurden gemäß Liefervertrag auf die GOLLIPP Bioerdgas GmbH & Co. KG übertragen.

Durch diese Maßnahmen konnte die rechtliche Grundlage für eine gesicherte Fortführung des Projekts und die Leistung der ausstehenden Zahlungen für die Ernte 2009 durch die GOLLIPP Bioerdgas GmbH & Co. KG geschaffen werden.

Die Durchführung der Abrechnung erfolgt mit Unterstützung des Maschinenrings Franken Mitte e. V. Die GOLLIPP Bioerdgas GmbH & Co. KG garantiert die Abnahme der vertraglich gebundenen Erntemenge 2010, um den Landwirten Sicherheit für Ihre Anbauplanung zu geben.

Das Rohstoffmanagement erfolgt bis auf Weiteres mit Unterstützung der Firma Schmack als Dienstleistungsanbieter. Die GOLLIPP Bioerdgas GmbH & Co. KG ist jedoch der alleinige Vertragspartner für bestehende und neu abgeschlossene Rohstoffverträge.

Über die genannten Maßnahmen hinaus prüft die N-Ergie derzeit noch mehrere Möglichkeiten für die Umsetzung des Anlagenbaus mit dem Ziel, die Anlage mit möglichst geringem Zeitverzug gegenüber der ursprünglichen Planung zu errichten. > BSZ



„Guter Whisky braucht Zeit zum Reifen. Gutes Klima braucht aktiven Einsatz!“



Florian Stetter ist Inhaber von Slyrs, der einzigen Whisky-Destillerie in Bayern. Er hat sich für CO₂-neutrales Erdgas der ESB entschieden und ist damit ein Vorbild für den Klimaschutz.



Entscheiden auch Sie sich jetzt für das CO₂-neutrale Erdgas der ESB mit Klimaschutzgarantie.

+++ Neutralisierung der gesamten CO₂-Emission aus der Erdgasverbrennung +++ aktive Förderung von Projekten zur Gewinnung erneuerbarer Energien +++ auf Wunsch Neutralisierung des gesamten CO₂-Footprints durch Klimaschutz-Zertifikate +++ zertifiziert und überwacht durch den TÜV Nord +++

Wir beraten Sie gerne. Terminvereinbarungen unter Tel. 0 18 01/56 57 58* oder per e-Mail an klimaschutz@esb.de

Erdgas Südbayern GmbH · Ungsteiner Straße 31 · 81539 München · www.esb.de
* 3,9 Ct./Min. im dt. Festnetz, abweichende Mobilfunkgebühren

ESB
Erdgas Südbayern

Je länger eine Gemeinde mit der Einführung eines GIS wartet, desto komplizierter gerät die spätere Implementierung in die Verwaltung

Erhellende Geodaten

Das älteste Geoinformationssystem (GIS) in der Hand von Kommunen dürfte das Kataster sein, das heute, satellitengestützt, hochpräzise Auskünfte über Zahl, Verlauf, Änderungen und Besitzerschaft von Grundstücken gibt. In der kommunalen Verwaltung, so heißt es in einem Leitfaden des bayerischen Finanzministeriums „für kommunale GIS-Einsteiger“, haben 80 Prozent aller getroffenen Entscheidungen Bezug zu Grund und Boden.

Inzwischen dürfte sich weit über die Hälfte aller bayerischen Kommunen Geoinformationssysteme zugelegt haben, sei es in der Liegenschaftsverwaltung, in der Bauleitplanung oder in Wasserversorgung und Entsorgung. Nach einer Untersuchung der Technischen Universität München finden sich Anwendungen vor allem im Liegenschaftsbereich, beim Kanal- und Abwasserkataster sowie in der Bauleitplanung. GIS verspricht bei zielorientiertem Einsatz niedrigere Kosten bei höherer Effizienz, schnellere und bessere Entscheidungen sowie mehr Bürgernähe als in der herkömmlichen Verwaltung und eine Administration, die sich stärker am Kunden orientiert.

Politischer Druck auf Kommunen nimmt zu

Basis für jedes Geoinformationssystem ist eine computerisierte Verarbeitung der Datenbestände. Im Unterschied zu bisherigen elektronischen Datenverwaltung besteht das Grundraster der im GIS verarbeiteten Daten aus einer räumlich verorteten Matrix. Dazu gehört, dass das System unterschiedliche Datentypen annimmt und verarbeitet, also etwa Vektordaten zur geometrischen Modellierung, Rasterdaten, bei denen Fläche oder Volumen gleichmäßig unterteilt dargestellt werden, alphanumerische Daten aus Ziffern und Buchstaben und Multimediale Daten. GIS ist dabei ein querschnittsorientiertes Schlüsselsystem, das heute praktisch für alle komplexen technologischen und Planungsprozesse eingesetzt wird und dafür das entsprechend qualifizierte Personal benötigt. Auf Dauer kann sich keine Kommune



Im Geoinformationssystem gespeichert: Daten über das städtische Abwassersystem sind hilfreich bei der Planung von Neubauten.

FOTO DDP

dieser Art prozessorientierten Datenverarbeitung entziehen. Im Gegenteil, je länger sie mit der Einführung eines GIS wartet, desto komplizierter und langwieriger wird eine spätere Implementierung in die Verwaltung ausfallen, denn die heute verwendeten GIS neigen systembedingt, wie in vielen anderen Bereichen auch, dazu, horizontal zu expandieren und nach innen komplexer zu werden.

Geoinformationssysteme mit kommunalem Bezug erstrecken sich auf Liegenschaftskataster, Ver- und Entsorgung, Raumplanung, außerdem aber auch auf landschafts- und Verkehrsplanung, Umwelt und Naturschutz und Landwirtschaft. In den jewei-

ligen Sektoren sind sie via Internet mit übergreifenden, zum Beispiel landesweiten Planungssystemen, verknüpft.

Kommunen legen sich häufig ein GIS zu, weil sie durch die Eigenüberwachungsverordnung von 1995 dazu verpflichtet sind, für Anlagen zur öffentlichen Trinkwasserversorgung, Heilquellen, Kanalanlagen und Vorfluter Funktions- und Betriebskontrollen vorzunehmen, die Wasserqualität zu messen und die Ergebnisse zu speichern. So kommt die Kommunen nicht umhin, ein Kanalkataster anzulegen. Dabei können sie sämtliche Daten wie Länge, Gefälle, Tiefe und Querschnitte speichern.

Wenn sie dann in den Kanälen Kamerafahrten unternehmen, um

Durchsatz, Stauungen, Reparaturbedürftigkeit und Leckagen zu erfassen, werden die Ergebnisse dieser Analysen im GIS gespeichert und sind auch für die Planung von Neubaugebieten und Sanierungen verfügbar. Auf ein örtliches Wasserkataster wird zum Beispiel die Feuerwehr gerne zugreifen, um die Situation der Hydranten zu erfassen und entsprechende Regelungen bei Neubaugebieten und Sonderbauten wie Tiefgaragen zu treffen und deren Befahrbarkeit zu verbessern.

Denkbar ist auch die Anlage eines digitalen Straßen- und Brückenkatasters. Darin können Breite, Anlage von Parkflächen, Begrünung, eingeschränkte Widmungen, verkehrsrechtliche An-

ordnungen und der Zustand des Straßenbelags verzeichnet werden. Bei Straßenarbeiten finden sich so alle zu berücksichtigenden Belange auf einen Blick versammelt.

Dass ein Geoinformationssystem die Bauleitplanung einschließlich der Bebauungspläne übersichtlicher macht und vereinfacht, liegt auf der Hand. Die Bauherren können sich verzögerungsfrei einen Überblick verschaffen, zum Beispiel von der Umgebungsbebauung, von Abstandsflächen, Bausatzungen, benachbarten Immissionsquellen und Sondernutzungen.

Auf der Ebene der Landratsämter gehen in die GIS-Planung umfassendere Zuständigkeiten ein.

Für Natur- und Umweltschutz gehen Schutzgebiete, Biotope, Habitate von unter Schutz stehenden Pflanzen und Tieren einschließlich möglicher Gefährdungen durch Altlasten, Immissionen aus Luft und Boden, Versiegelungen und konkurrierende Nachbarnutzungen in eine integrierte Kartierung ein. Beim Katastrophenmanagement – wieder auf Landkreisebene – bietet das GIS örtliche Koordinationsmöglichkeiten für Feuerwehren, Hochwasserschutz und Technischem Hilfswerk. Ins GIS können aber auch Daten zur Wirtschaftsförderung und Infrastrukturplanung – Friedhöfe, Spielplätze, Abfallwirtschaft und Denkmalpflege – eingespeist werden.

Warum Kommunen aufgefordert sind, sich jetzt um die Einführung von Geoinformationssystemen in ihre Verwaltung zu kümmern, ist durch die aktuelle politische Entwicklung begründet. Auf die öffentliche Administration kommen immer mehr und komplexere Entscheidungen zu, die Bürger fordern zunehmend Transparenz und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Information und Prognosen.

Kosten von 2 bis 10 Euro pro Einwohner

Den Schritt in die GIS-Digitalisierung ihrer Belange erleichtert den Kommunen eine Software, die auf dem deutschsprachigen Markt längst zu haben ist, zum Beispiel Produkte der Firmen ESRI oder MapInfo. Orientierung lohnt sich auch bei internationalen Anbietern wie Quantum GIS, Diva-GIS, OpenJUMP oder Grass GIS, die auf Open Source-, aber auch auf Windows-Oberflächen arbeiten. Die Kosten richten sich nach der Komplexität des anzuschaffenden GIS. Eine Gemeinde beginnt sinnvollerweise mit einem Liegenschafts-GIS und muss dafür mit Anschaffungskosten in Höhe von ein bis zwei Euro pro Einwohner rechnen. Wenn dabei umfangreichere Datenbestände zu integrieren sind und etwa ein Kanalkataster einbezogen wird, steigen die Investitionen leicht auf fünf bis zehn Euro pro Einwohner. > B52

Dörfer verwenden ebenfalls Desktopsysteme und webbasierte Geoportale

Große Chance für die Kleinen

Geodaten bilden auch bei kleineren Kommunen eine unverzichtbare Grundlage für die tägliche Arbeit. Hierzu werden aus Preisgründen oft GIS-Systeme mit überschaubaren Funktionalitäten eingesetzt, welche in der Anfangsphase meist ausreichen.

Mit Zunahme der Geodaten und wachsenden Aufgabenstellungen hinsichtlich Datenaustausch, Flexibilität und Bürgerservice zeigen sich bald die Grenzen auf und es stellt sich die Frage der Erweiterung oder des Systemwechsels, was stets mit einem entsprechend hohen und vielfach kostenintensiven Aufwand verbunden ist. Der Einsatz von größeren Desktopsystemen oder gar webbasierten Geoportale war aus Kostengründen und fehlendem Fachpersonal bisher den größeren Kommunen und Städten sowie den Landratsämtern und Behörden vorbehalten.

Dass nun auch kleinere Kommunen leistungsfähige Geoportale wirtschaftlich sinnvoll und effizient einsetzen können, zeigen die Gemeinden Edling und Söchtenau im Landkreis Rosenheim mit rund 4100 beziehungsweise 2600 Einwohnern. Auch hier stand der Ausbau des bisherigen GIS-Systems zur Debatte, da sich die Datenvielfalt und Nutzung stark entwickelt hat. Außerdem sollte im Sinne einer möglichst bürgernahen Verwaltung auch eine dementspre-

chende Serviceplattform mit Geodaten den Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Als ideale Lösung bot sich das webbasierte Geoportale, welches in einem neuartigen Konzept als preiswerte Hosting-Variante nun auch kleineren Kommunen zur Verfügung steht. Dabei werden keine Abstriche an Qualität und Funktionalität gemacht. Die Technologie und Datenformate entsprechen weltweit führenden Standards, was eine hohe Flexibilität und Zukunftssicherheit bedeutet. Durch das offene System sind die Voraussetzungen für Schnittstellen zu Lösungen anderer Hersteller gegeben.

Einfache Bedienung erlaubt eigene Datenerfassung

Die Betreuung erfolgt durch den Dienstleister BayernGIS vom Geo-Kompetenzzentrum Kolbermoor, so dass auch hier keine eigenen Fachkräfte vorgehalten werden müssen. Durch die zentrale Datenhaltung in einem Rechenzentrum stehen den Nutzern die betreffenden Daten für stets in der gleichen Aktualität zur Verfügung. Für die Darstellung und vielseitigen Nutzung der verschiedenen Arten von Daten wie Wasser, Kanal, Bauleitplanung und Straßenkatas-

ter im Geoportale sind keine separaten Module erforderlich. Damit konnten wesentliche Kosten für den Erwerb von weiteren Lizenzen und ein Ausbau der Rathauserver eingespart werden.

Weitere Vorteile sind die unbegrenzte Anzahl von Auskunfts- und Arbeitsplätzen sowie die fachübergreifende Nutzung für Verwaltung, Bauamt, Gemeinderäte, Bürgern und der Feuerwehr. Auch externen Dienststellen wie der Bauhof können haben nun jederzeit Zugriff auf die Daten – selbst im freien Gelände über UMTS.

Durch die einfache Bedienung sind auch eigenständige Datenerfassungen möglich. So kann beispielsweise der Wassermeister neue Hausanschlüsse und Hydranten eingetragen. Diese stehen nun sofort auch den Feuerwehren mitsamt dem Wasserleitungsnetz zur Verfügung. Hydrantenpläne können eigenständig ausgedruckt und alle relevanten Objekte wie Wasserentnahmestellen und Feuerwehrrfahrtszonen eigenständig erfasst und verwaltet werden.

Bürgern werden viele Informationen zur Verfügung gestellt wie etwa eine Straßen- und Ortsteilsuche, Infos zu Wertstoffcontainern, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Biotopen sowie der interaktive Flächennutzungsplan der Gemeinde. > B52

ANZEIGE

Dienstleistungsgruppe bayernGIS

Entscheidung für Kompetenz + Qualität

GIS • WebGIS • GeoPortale

Beratung • Schulung • Hosting
Datenmanagement • Systembetreuung

GIS- u. Ingenieur- Dienstleistungen

Erfassung • Planung • Fortführung

www.bayerngis.de

BAUMANN GEO-Kompetenz-Zentrum
bayernGIS Kolbermoor

15. Seminar für GIS-Fortbildung in München

Das 15. Münchner Fortbildungsseminar für Geoinformationssysteme von Montag, 8. März, bis Mittwoch, 11. März 2010 beinhaltet folgende Themen: INSPIRE/GMES, GeoWeb und 3D-Innovationen. Als Ergänzung zum zweitägigen Vortragsprogramm finden am 8. und 9. März Intensivschulungen und Workshops statt. Veranstaltungsort ist das Audimax der Technischen Universität München, die Organisation übernimmt der Verein Runder Tisch GIS e.V., das Programm und weitere Informationen sind erhältlich im Internet unter: www.runder-tisch-gis.de oder in der Geschäftsstelle des Runder Tisch GIS e.V. bei Angelika Schwarz, zu erreichen unter Telefon 089/289 229 74, beziehungsweise per E-Mail: angeli.schwarz@bv.tum.de. > B52

G a j a M a t r i x G I S S o f t w a r e

(GIS Module) aus Händlerversion günstig abzugeben.

Mit Wartungsvertrag auf aktuelle Version aktualisierbar.
Microsoft separat lieferbar.
Andere Microsoftlösungen auf Anfrage.

Deskware Products GmbH, Erdinger Str. 18
85609 Aschheim, Telefon (+49) 089 9010840

BavariaGIS GmbH

Alles aus einer Hand

Die komplette Software vom Erfassungssystem bis zum
Mobilien GIS und Erfassung aller Daten

- Flurstücksverwaltung
- Topo Karten
- Bebauungspläne
- Stromversorgung
- Gasversorgung
- Fernwärmeversorgung
- Wasserversorgung
- Abwassersysteme

GeBIS: Das GIS Erfassungs-System für alle GIS Anwendungen

WebGeBIS: Intranet und Internet GIS

GeBIS Mobile: Das mobile GIS für PDA's

BavariaGIS GmbH
Am Graben 7
83128 Halting
Tel.: 08055 90500, Fax: 08055 905018
Mail: info@bavariagis.de, Web: www.bavariagis.de

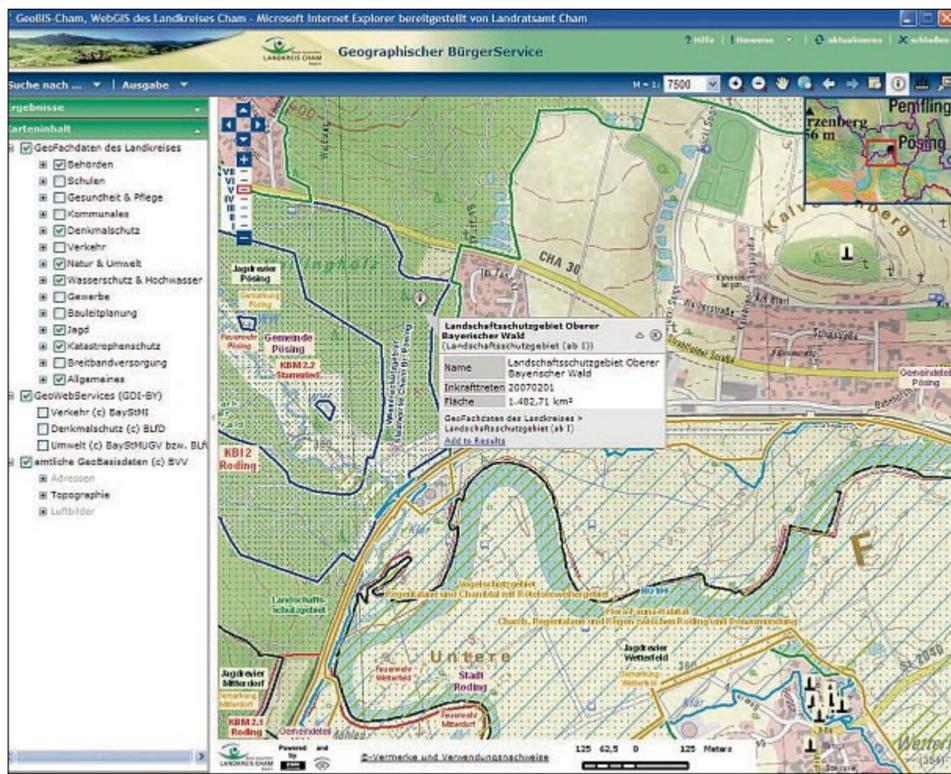
Kommunen können seit einem Jahr auf den gesamten Bestand der bayerischen Vermessungsverwaltung zurückgreifen

Auch Landkreise nutzen GIS jetzt häufiger

Geografische Informationen sind aus der kommunalen Verwaltung heute nicht mehr wegzudenken. Wenn es darum geht, Schulbustouren zu planen oder durch digitale Bauleitplanung Überblick zu schaffen – die Gemeinden setzen längst auf Geoinformationssysteme (GIS), um diese Aufgaben zu lösen. In der Kreisverwaltung ist diese räumliche Revolution dagegen noch relativ jung. Vorreiter wie die Landkreise Cham und Starnberg setzen bereits sehr früh auf die Vorteile von GIS innerhalb der bayerischen Landkreisverwaltungen.

Jedoch waren Kreise in Bayern bislang nicht flächendeckend in der Lage, die Vorteile eines GIS zu nutzen – häufig aufgrund der Kosten für die Beschaffung der amtlichen Geobasisdaten. Daher hatte eine intensive Kooperation des Landkreises Cham, des Landkreistags, der bayerischen Staatskanzlei und der Vermessungsverwaltung das Ziel, den flächendeckenden Einsatz von Geodaten in den bayerischen Landkreisen zu ermöglichen.

Am 25. Februar vergangenen Jahres kam es zum Durchbruch: Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer (CSU) und Landkreistagspräsident Theo Zellner (CSU) unterzeichneten im Landratsamt Cham die Vereinbarung über die Nutzung von amtlichen Geobasisdaten. Seitdem können die bayerischen Landkreise zu einem günstigen Pauschalpreis ein Datenpaket nutzen, das nahezu den gesamten Bestand der bayerischen Vermessungsverwaltung enthält und zusätzlich um Daten des Bundes-



Das geografische Bürgerinformationssystem des Landkreises Cham.

FOTO BSZ

amtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) ergänzt wurde.

Die neue Vereinbarung trägt Früchte: „Seither verzeichnen wir eine noch stärkere Nachfrage aus den Landkreisverwaltungen, die wir mit Sonderprogrammen für Software und Dienstleistung zusätzlich unterstützen“, erläutert

Wolfgang Egner, Kundenbetreuer bei ESRI Deutschland, einem weltweit führenden Anbieter von Geoinformationssystemen.

Der Begriff der geografischen Revolution scheint nicht zu weit hergeholt: Waren die bei der Verwaltung eingesetzten Systeme bislang meist für den internen Ge-

brauch bestimmt, so entstehen im Rahmen von E-Government jetzt immer mehr Bürgerinformationssysteme. Auch Schulen und Hochschulen profitieren von dieser Entwicklung.

Kartenanwendungen im Internet, Navigationssysteme oder orts-

– all diese Anwendungen sind Bestandteil unseres Alltags geworden. Die Nutzung von GIS und Geodaten findet auch in der Schule Eingang, um räumliches Denken und das Verstehen komplexer raumbezogener Fragestellungen zu fördern. Bayern ging bereits im August 2008 einen wichtigen Schritt in diese Richtung, indem eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Finanz- und dem Kultusministerium unterzeichnet wurde, die den Schulen die kostenlose Nutzung von Geobasisdaten für Unterrichtszwecke ermöglicht.

Einsatz im Bildungssektor

In Verbindung mit GIS können Themen auf verschiedenen Maßstabsebenen (Kommune, Region, Land) bearbeitet werden. Ob Nutzungskartierungen der Innenstadt, Entwicklungsplanungen für das Schulgelände, demographische Analysen in der Region oder Vegetationsaufnahmen in der Natur: spannende Fragestellungen aus dem Schüleralltag werden mit moderner Technologie beantwortet. ESRI Deutschland unterstützt aktiv den Einsatz von GIS im Bildungsbereich durch angepasste Lizenzmodelle und spezielle Projekte für Schulen und Hochschulen. Die Öffnung der amtlichen Geodatenbestände für den Bildungsbe-

Fahrenschon erteilt Bauauftrag für Vermessungsamt

Den Bauauftrag für die grundlegende Sanierung des Dienstgebäudes des Vermessungsamtes in Coburg hat jetzt Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) erteilt. Die Kosten belaufen sich auf fünf Millionen Euro. Das staatliche Bauamt Bamberg kann unmittelbar nach dem Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse mit den Bauarbeiten beginnen.

Im Rahmen der Baumaßnahmen sollen nach den Angaben von Fahrenschon unter anderem energetische Sanierungsmaßnahmen und die Erneuerung der Heizungs-, Sanitär- und Elektroanlagen sowie ein barrierefreier Ausbau durchgeführt werden. Auch sind denkmalbedingte Sanierungen in dem historischen Gebäude geplant. Der künftige Eingang wird wieder in die Gebäudemitte verlegt. Die Sanierung und gNeustrukturierung ermöglicht auch die Zusammenführung des Personals des Vermessungsamts unter einem Dach. Die 1990 gegründete Außenstelle Coburg des ehemaligen bayerischen Landesvermessungsamts war im Rahmen der Reform „Verwaltung 21“ bereits im Jahr 2005 in das Vermessungsamt Coburg eingegliedert worden. Damit ist das Coburger Amt das einzige Vermessungsamt in Bayern mit zusätzlichen Sachgebieten für die Topographische Kartographie und das amtliche Topographisch-Kartographische Informationssystem. Nach Abschluss der Baumaßnahmen werden alle Beschäftigten auf kurzen Wegen zusammenarbeiten können. Die Bauarbeiten sollen voraussichtlich im Jahr 2012 abgeschlossen werden. > BSZ

Elektronische Bauunterlagen verdrängen Papierakten

Bessere Zusammenarbeit

Nicht nur im Landratsamt Aschaffenburg: Fachbehörden arbeiten besser zusammen durch gemeinsame Sicht auf elektronische Bauunterlagen. Papier ist in deutschen Verwaltungen auf dem Rückzug. So setzen im Zuge von E-Government heute bereits viele Behörden Lösungen für elektronisches Dokumentenmanagement und auch geografische Informationssysteme ein. Interne Vorgänge und die Kommunikation mit den Bürgern lassen sich damit deutlich beschleunigen.

Eine Verbindung zwischen zwei solchen Systemen hat seit einiger Zeit das Landratsamt Aschaffenburg geschaffen. Die integrierte Lösung wird seit Ende 2009 produktiv genutzt. Zum Einsatz

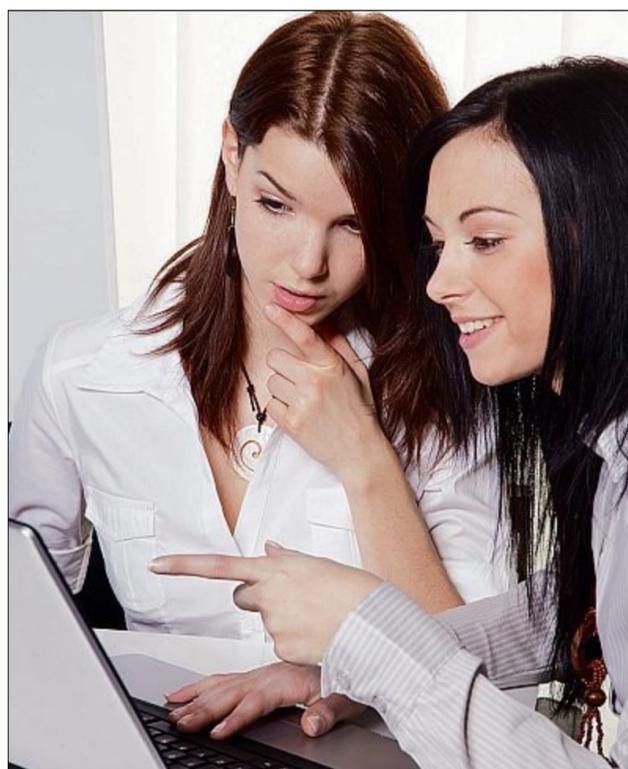
kommt das Dokumenten Management System (DMS) d.3 des Herstellers d.velop, das von der d.velop competence center codia Software GmbH aus Meppen an das Web-basierte GIS-System W3GIS und weitere Fachanwendungen angebunden wurde, darunter im ersten Schritt an das Bauverfahren Tera.

W3GIS wird im Landratsamt zur Darstellung der digitalen Flurkarte und zur Anzeige von Flurstück-Sachdaten aus dem verknüpften automatisierten Liegenschaftsbuch verwendet. Durch die DMS-Anbindung ist es möglich, direkt aus dem GIS wie auch aus dem Bauverfahren auf das DMS zuzugreifen. Basisaktenart im DMS ist die Flurstücksakte, die eine über-

greifende Sichtweise auf alle Akten bietet, die etwas mit Flurstücken zu tun haben. Für diese Aktenstruktur hat man sich entschieden, da sehr viele Akten in der Kommunalverwaltung über eine geografische Repräsentation verfügen. Anhand der Flurstücksakte können die Mitarbeiter des Landratsamtes im GIS eine Recherche über Flurstücknummer und Gemarkung starten. „Aus dem GIS heraus lassen sich auf Basis der digitalen Flurkarte eine oder mehrere Flurstücksakte im DMS aufrufen. So kann man schneller auf erfasste Flurstücks- beziehungsweise Bauakten und somit auf vorgangsspezifische Dokumente zugreifen“, erklärt Laurenz Steckling, Geschäftsführer der codia Software GmbH.

Die Recherche im Dokumenten Management System findet über einen neu eingerichteten Button im GIS statt, der die Flurstücks-Kennzahlen an die codia-Schnittstelle zwischen d.3 und W3GIS übergibt. Die Schnittstelle bereitet die übergebenen Flurstücksdaten auf und übergibt sie als Suchkriterien an das DMS. Bei erfolgreicher Suche werden die Akten des selektierten Flurstückes dann in der Dokumenten-Software angezeigt.

Auf die Flurstücksakte haben heute sowohl die Bauverwaltung wie auch Beschäftigte in den Bereichen Umwelt-, Wasser- und Bodenschutz Zugriff. Diese nämlich sind regelmäßig in die Baugenehmigungsprozesse des Landratsamtes mit einbezogen. Die Fachbehördenbeteiligung war ein wesentlicher Treiber für die Integration des DMS in W3GIS und das Bauverfahren Tera. Wird ein Bauantrag gestellt, müssen alle involvierten Behörden diesen nämlich prüfen. Dies geschah früher sukzessive und auf dem Papierweg. Durch das Vorliegen aller zum Antrag gehörenden Schriftstücke in elektronischer Form im DMS können die Anträge heute wesentlich schneller bearbeitet werden, da die involvierten Fachbehörden Zugriff auf System haben und ihre Stellungnahmen parallel abgeben können. > FRANK ZSCHEILE



Beschäftigte im Bau- und Umweltamt können jetzt dank W3GIS ihre Aufgaben optimal koordinieren. FOTO BILDERBOX

AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Gebäude-
management

... Weniger zahlen.

Verbessern Sie die Verwaltung und Bewirtschaftung Ihrer Gebäude mit der Standardsoftware für kommunales Facility Management, mit OK.FMS. Sie verbindet infrastrukturelle, technische und kaufmännische Gebäudeinformationen: praxisnah durch die intelligente Verbindung von CAD-Grafik und Datenbank, modern durch die mobile Gebäudedatenerfassung. Mit OK.FMS steigt die Datensicherheit, wächst die Informations- und Prozessqualität, sinken Zeitaufwand und Bewirtschaftungskosten.

Nutzen Sie für Ihr kommunales Facility Management die leistungsstarke und hochflexible Software OK.FMS. Für mehr Wirtschaftlichkeit.

Sprechen Sie mit uns: Telefon +49 89-5903-0.

www.akdb.de

BAU/GIS/FMS

Software, die dem Menschen dient!

Fachtagung der Bayerischen Architektenkammer zu „Kinderwagen, Skateboard und Rollator: Bauen für alle Generationen“

Wie Bauten barrierefrei werden

Jeder unter uns soll sein Lebensumfeld unabhängig von körperlichen Einschränkungen selbstständig und uneingeschränkt nutzen können. Barrierefreiheit ist zudem eine Antwort auf die zunehmend wichtigen Fragen und Herausforderungen des demographischen Wandels. So lautete der Appell der Bayerischen Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, Schirmherrin der Fachtagung „Kinderwagen, Skateboard und Rollator: Bauen für alle Generationen“. Anlass für die Fachtagung waren die beiden Jubiläen der Beratungsstellen Barrierefreies Bauen in München (25 Jahre) und Nürnberg (20 Jahre).

„Wir befinden uns in einem Prozess, der ständigen Veränderungen unterliegt. Offen bauen, offen aufeinander zugehen, offen miteinander reden. Das sind keine Forderungen, die sich gegenseitig aufheben, sondern Möglichkeiten, die sich ergänzen.“ Irmgard Badura, Behindertenbeauftragte der Staatsregierung, bekannte sich in ihrem Grußwort eindeutig dazu, dass die neue DIN 18040 Mindeststandards vorgeben müsse, auch wenn „man es nicht allen recht machen kann“.

Wichtig sei es deshalb, dass sich alle am Bau Beteiligten für barrierefreie Lösungsansätze einsetzen: Architekten, Bauherren, Handwerker, Behindertenbeauftragte, aber auch Vertreter aus den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Denkmalschutz und Soziales. Ein Ansatz, den Christine Degenhart, Architektin und Sprecherin der Beratungsstelle Barrierefreies Bauen, in ihrem Vortrag „Bauen für alle Generationen“ ebenfalls vertrat.

Manchmal sind Kompromisse nötig

„Heute steht die Prävention bei Planungen im Vordergrund. Noch bis vor wenigen Jahren reagierten wir als Planer vorrangig auf Anforderungen, die vom Individuum und dessen Einschränkungen ausgingen.“ Die gesetzlichen Bestimmungen für den Wohnungsbau zeigen dies am deutlichsten. Heute ist bei Neubauten ab einer Größe von mehr als zwei Wohneinheiten ein bestimmter Anteil an barrierefreien Wohnungen Standard. Im Hinblick auf die Planungsaufgaben im vorhandenen Bestand gab Degenhart zu bedenken, dass „die Umsetzung



Vom barrierefreien Bauen profitieren alle Generationen, nicht nur die Generation 50+.

FOTO BILDERBOX

von Barrierefreiheit in diesem Kontext sehr schwierig ist“.

Dem Ziel der Erreichbarkeit und Nutzbarkeit im Sinne des Gleichstellungsgesetzes könne man sich manchmal nur mit Kompromissen nähern. Zwar könne die geplante DIN 18040 diese Problematik nicht lösen, für kreative Lösungsansätze gäbe es hingegen mehr Spielräume als bisher. Spielräume, die jedoch für die Planer Chancen wie auch Risiken zugleich seien. In der geplanten DIN 18040 würden die so genannten Schutzziele festlegen, was erreicht werden soll.

Der Eingangsbereich zum Beispiel müsse auch für Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen leicht auffindbar sein. In diesem Fall könnte eine Lösung laut Degenhart so aussehen: Ein kontrastreicher Eingangsbereich mit einem hellen Türelement vor einer dunklen Umgebungsfläche mit ausreichender Beleuchtung. Durch die neue Norm ziehe sich wie ein roter Faden die Fragestellung: „Wie kann für unterschiedliche Nutzergruppen eine entsprechende Erreichbarkeit und Nutzbarkeit erzielt werden?“ Deshalb werde zukünftig im Planungsprozess die Einbindung des „Zwei-Sinne-Prinzips“ erforderlich sein.

Als Sprecherin der Beratungsstelle ermutigte und appellierte Christine Degenhart die Architektenschaft: „Wir stehen mit der geplanten DIN 18040 am Beginn eines neuen Lernprozesses. Einerseits müssen wir als Planer mutig voranschreiten und können Neues ausprobieren. Gleichzeitig müssen wir uns aber auch bewusst sein, dass neue Risiken auf die Architekten zukommen.“

Deutscher Bauherrenpreis 2009/2010, Nominierung MIPEM Award 2008, Landespreis für Architektur-, Wohnungs- und Städtebau Nordrhein-Westfalen 2008 „Energieeffizientes Bauen für die Zukunft“ und ein Architekturpreis des türkischen Betonverbandes für hervorragende Bauten: Die „Südliche Furth Neuss“ von Agirbas Wienstroer Architekt & Stadtplanung sorgte in vielerlei Hinsicht für Furore. Fertiggestellt wurde das städtebauliche Konzept mit unterschiedlichsten Wohnformen und Lebensmöglichkeiten im Februar 2008. „Bei der Planung des Quartiers erhielten die Fußgänger Vorrang“, so der Architekt Eckehard Wienstroer.

„Wichtig war uns, dass unsere Architektur den Bewohnern Orientierung bietet und darüber hin-

aus auch die Kommunikation zwischen Alt und Jung fördert.“ Wohnen im Alter müsse Raum für die Individualität ermöglichen und dennoch Rückzugsmöglichkeiten bieten. Nur so könne ein Gefühl von Zugehörigkeit entstehen.

Martin van Hazebrouk (Oberste Baubehörde), Andreas Jehn (Leiter des Berufsbildungswerks in München) und Ludwig Wappner (Allmann Sattler Wappner Architekten) diskutierten im Rahmen der Fachtagung über das „Bauen für Kinder und Jugendliche“. Im Mittelpunkt standen Kindergarten- und Schulbauten.

Die Wartung im Blick haben

Wappner vertrat hier eine eindeutige Position: „Gute Räume, die für Kinder von verantwortungsbewussten Planern und aufgeschlossenen Bauherren geschaffen werden, sind immer schon Erzieher im übertragenen Sinn. Dabei sollte beim Planen und Bauen von Kindergärten und Schulen das Thema Barrierefreiheit eine Selbstverständlichkeit sein. Diese Anforderung gelte ge-

genüber den Architekten wie auch den Bauherren.“

Als Nutzer einer Schule betonte Jehn, bei der Planung die erforderliche Wartung im Blick zu haben. „Barrierefreie Architektur muss finanzierbar sein und bleiben.“ Die Kreativität der Architekten zu nutzen, dafür setzte sich Martin van Hazebrouk ein: „Architektur kann sich nicht auf das lückenlose Beachten technischer Regeln beschränken. Gute Architektur erfordert Kreativität beim Finden überzeugender Lösungen, das Setzen von Schwerpunkten ist dabei unerlässlich.“ Bezogen auf das barrierefreie Bauen in Bayern sei dabei Artikel 48 der Bayerischen Bauordnung ein zentraler Punkt.

Nicht nur in der Diskussionsrunde „Leben im vertrauten Viertel“, sondern auch in der internen und

externen Kommunikation der Bayerischen Architektenkammer setzt sich Brigitte Jupitz (Mitglied des Vorstands der Bayerischen Architektenkammer) für die Belange des barrierefreien Bauens ein. „Ganzheitliche Lösungen anzubieten zählt zu den zentralen Aufgaben eines Architekten. Das barrierefreie Bauen ist dabei ein elementarer Baustein. Wer bei Barrierefreiheit nur an die Generation 50+ denkt, ist auf dem Holzweg, denn davon profitieren alle Generationen.“

Ein Plädoyer, dem auch Professor Thomas Jocher (Fink + Jocher Architekten) zustimmte. „Wir wollen alle in unserer Wohnung alt werden, aber an entsprechende Maßnahmen denken wir nicht.“ Entscheidend für Jocher ist, dass Wohnungen für die „Silver Generation“ flexibel nutzbar und je nach Komfortanspruch in unterschiedlichen Ausstattungen angeboten werden müssten. „Bei den Planungen dürfen wir aber nicht nur die Ansprüche wohlhabender Senioren im Blick haben.“

Vergessen werde manchmal auch, so Reinhard Zingler (Architekt und Vorstandsmitglied der Joseph-Stiftung, Bamberg), dass es nicht nur ältere Menschen mit Rollator gebe, sondern gerade die Vereinsamung für viele ein größeres Problem darstelle. Eine Anforderung an die Joseph-Stiftung sei deshalb auch, den Verlust der familiären Strukturen durch ein Angebot von ehrenamtlichem Engagement auszugleichen.

Barrierefreies Bauen ist eine komplexe Angelegenheit, so das Fazit der Veranstaltung. Allen Bedürfnissen gerecht zu werden, erscheint deshalb fast unmöglich. In den Fachvorträgen und Diskussionen wurde jedoch ein großes Spektrum an barrierefreien Lösungsansätzen präsentiert und intensiv diskutiert. Dass die Beratungsstelle Barrierefreies Bauen der Bayerischen Architektenkammer eine wichtige Anlaufstelle für alle am Bau Beteiligten ist, diese Auffassung wurde von den Teilnehmern der Fachtagung einhellig geteilt. > BEATE ZARGES

INFO Beratungsstelle Barrierefreies Bauen

Die Bayerische Architektenkammer hat mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen mehrere Beratungsstellen für behindertengerechtes Planen und Bauen eingerichtet. Die Beratungstermine finden im Münchner Haus der Architektur einmal pro Woche, in Bayreuth, Nürnberg und Würzburg zu festgelegten Beratungsterminen statt. Informationen und Beratungstermine unter www.byak.de.

OBB-Reihe „Qualität zählt“: Carlo Baumschlager setzt auf Symbiose von Kunst und Architektur

Die Potenziale der Akademie besser nutzen

Die Idee zur Vortragsreihe „Qualität zählt“ hatte Josef Poxleitner, Chef der Obersten Baubehörde (OBB), bereits im Jahr 2005. Kompetente Kooperationspartner wie die Bayerische Architekten- und Ingenieurkammer-Bau sowie Bauindustrie- und Baugewerbeverbände schlossen sich an. Seither trifft man sich

jährlich bis zu vier Mal zu Vortrag und Diskussion. Auf dem Programm stehen aktuelle und historische Themen rund ums Bauen, Planen und Gestalten. „Mit dieser erfolgreichen Reihe“, erklärt Poxleitner, „soll Architekten und Ingenieuren Gelegenheit gegeben werden, über ihre Arbeit zu berichten.“

Bekannt Professoren wie beispielsweise Wolf Prix von der Universität für Angewandte Kunst in Wien, referierten über die Münchner BMW-Welt, entworfen als Ausstellungs- und Eventstätte von dem Architekten Coop Himmelblau. Wilfried Nerdinger von der Technischen Universität München (TUM) stellte

den Stararchitekten von König Ludwig I., Leo von Klenze, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Und über die Lichttechnik seines „Lichtlabors“ informierte der Innsbrucker Professor Christian Bartenbach.

„Architektur und Kunst. Die Akademie und ihre Potentiale“, lautete der letzte Vortrag. Dazu begrüßte Poxleitner als Redner den gebürtigen Voralberger Carlo Baumschlager. Seit 2007 hat dieser an der Akademie der Bildenden Künste in München die Professur für Architektur und Städtebau inne. Anhand von eindrucksvollem Bildmaterial wies Baumschlager auf verschiedene Sichtweisen hin. Als radikalen Einstieg wählte er ein Foto von der Zerstörung der Zwillingstürme des World Trade Centers.

Der französische Philosoph Paul Virilio bezeichnet das Geschehen als „tragisches Meisterwerk“, sozusagen als „Negativ eines Meisterwerks“. Doch in der Ästhetik des gemeinsamen Verschwindens von Architektur und Kunst wird die symbiotische Verbindung der Begriffe deutlich. Und Baumschlager folgerte daraus: „Kunst und Archi-

tektur lassen sich nicht auseinander halten.“

Außerdem vertritt er die Meinung, dass der Architekt die Rahmenbedingungen für den Künstler formulieren solle, um das Zusammenspiel zu organisieren. So schafft es der Künstler Peter Kogler, mit gemalten, biomorphen Strukturen den Raum aufzulösen, um ganz neue Perspektiven zu erstellen. Daraus wird für Baumschlager das gelungene „Zusammenspiel“ von Architektur und Kunst deutlich.

Den Raum neu definieren

In diesem Zusammenhang bedauerte der Professor, dass schon in der Ausbildung „technische und Managementfragen“ im Vordergrund stünden, während die „Entwurfskompetenz zurückgegangen sei“ und somit die Potenziale der Akademie nicht genutzt würden. Dazu zeigte er Objekte der Konzeptkünstlerin Magdalena Jetilova, die architektonische und soziale Räume auf ihre Weise massiv be-

arbeitet und umgestaltet. Ihr Ziel ist es, die monumentale Form, die ihr als Macht und Brutalität begegnet, ad absurdum zu führen.

Sie möchte eine Neudefinition des Raums und damit eine Art Vermenschlichung der Architektur er-



Die Konzeptkünstlerin Magdalena Jetilova verändert spannungsvoll das Verhältnis von Raum und Objekt.

FOTO AKADEMIE DER BILDENDEN KÜNSTE

reichen. Für Baumschlager ein weiterer Ansatz, wie Kunst und Architektur in einem Ganzen zu greifen sind. Denn: „Architekturstil nicht gleich bauen. Architektur versteht sich als Kunst“, zitierte er zum Schluss den Philosophen und Architekten Georg Frank.

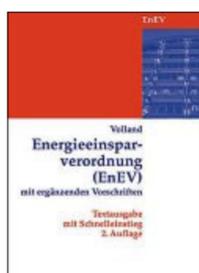
> EVA-MARIA MAYRING

Vermietung

Vermietung an Kfz-Kennzeichen-Hersteller

Die Stadt Augsburg, Liegenschaftsamt, vermietet ab dem 01.04.2010 einen Verkaufsraum (20,95 m²) zur Herstellung und zum Vertrieb von Kfz-Kennzeichen im Erdgeschoss des städtischen Verwaltungszentrums, An der Blauen Kappe 18 in dem auch die Kfz-Zulassungsstelle untergebracht ist. Der Mindestmietzins beträgt 900,00 Euro. Die Ausschreibungsunterlagen können beim Liegenschaftsamt der Stadt Augsburg, An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg mit frankiertem DIN-A4-Freiumschlag (1,45 Euro) angefordert werden. Die vollständigen Angebote sind bis spätestens 12.03.2010 an die Stadt Augsburg, Liegenschaftsamt, z. Hd. Herrn Zwick, An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg, zu richten.

www.bayerische-staatszeitung.de



Das Buch zur Energie

Die novellierte EnEV 2009 bringt weitreichende Neuerungen, insbesondere zum Thema „Energiesparendes Bauen“.

Energieeinsparverordnung (EnEV) mit ergänzenden Vorschriften.

Johannes Volland
Rehm Verlag, 210 Seiten, 19,95 Euro
zzgl. Porto. ISBN 978-3-8073-0104-4

Bestelladresse:
Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Herzog-Rudolf-Str. 3, 80539 München.
Tel.: 089/290142-59, Fax: -99, E-Mail: vertrieb@bsz.de, www.bsz.de

Vom strengen Plan zum Zufall: François Morellet im Ingolstädter Museum für Konkrete Kunst

Die Liebe zur Linie

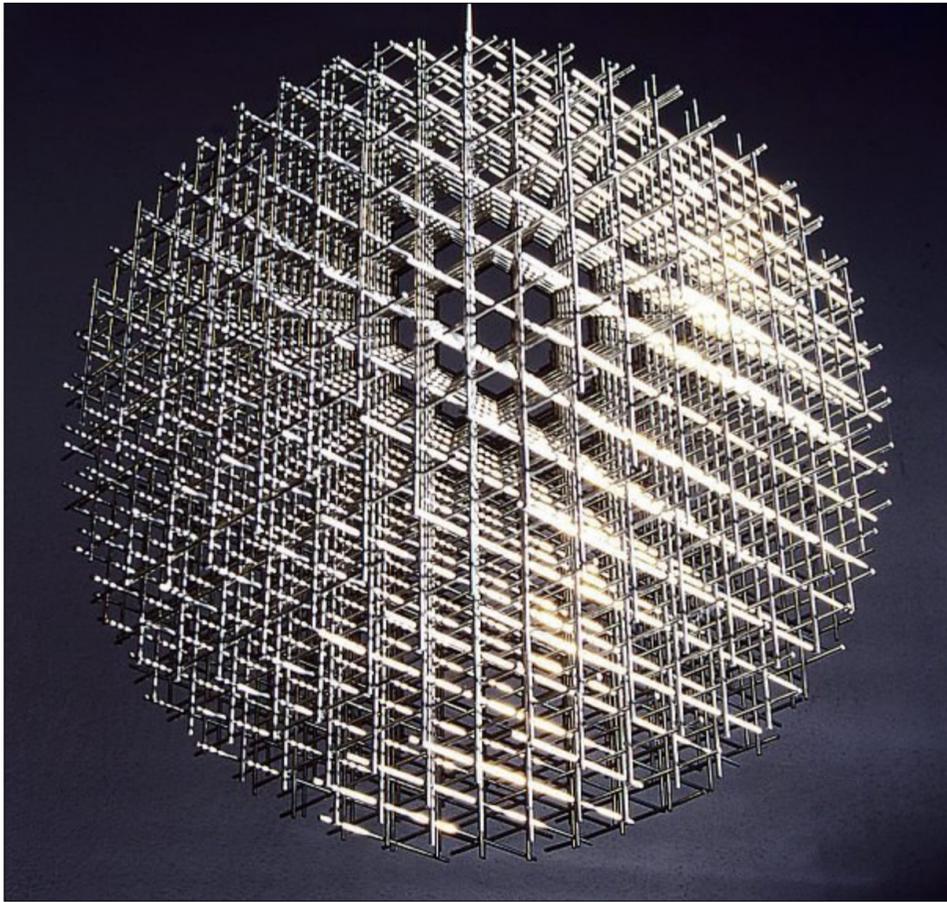
Das Wortspiel passt auch im Deutschen: „Sériel mais pas sérieux“, will sagen: „Seriell, aber nicht unbedingt seriös“. So lassen sich die Arbeiten des Franzosen François Morellet charakterisieren, die Ingolstädter Museum für Konkrete Kunst derzeit ausstellt und damit einen der bedeutendsten Vertreter des Genres präsentiert. Morellet war Ende letzten Jahres zur Vernissage persönlich angereist. Mitgebracht aus seinem Atelier in Cholet südlich von Paris hatte der 83-jährige Autodidakt die Neoninstallation *4 à 4 n°14*.

Humorvoll und provokant will das Werk des Künstlers mit zunehmendem Alter sein. In den 50er, 60er Jahren herrschte dagegen noch die exakte Planung vor, die sich auch in den Titeln widerspiegelt: *2 Mal 90 Grad, 90 Grad, 45 Grad, 45 Grad* etc. Was dabei herauskommt, ist Morellet weniger wichtig als die Idee eines geometrischen Plans – die Ausführung überlässt er als langweiliges Handwerk seinem Atelier.

Ingolstadt stellt jeweils drei serielle Varianten des identischen Plans in eine Reihe: immer wieder neue Optik, freilich ohne die farbliche Opulenz oder die Sinnestäuschungen, wie man sie von Vasarely oder Hajek kennt. Aber immer in Frontstellung zur gesamten Kunstgeschichte und besonders gegen den abstrakten Expressionismus à la Dubuffet.

Morellets Liebe zur Geometrie bestimmt auch solch verwirrend erscheinende Werke wie die *4 doppelten Raster*, die in hundertfacher Wiederholung immer dem gleichen Geometriemuster folgen: Sie blitzen einem wie kleine Eruptionen ins Auge, das die Fülle der Linien und Leerräume gar nicht erfassen kann. Besonders dann nicht, wenn die *Zufällige Verteilung von 40 000 Quadraten* (1961) ohne die sonstigen Kontraste von Schwarz/Weiß oder Grün/Gelb zu einer verschwommenen Mischung gerät.

Wie man eines seiner geometrischen Signale einzeln aus Hunderten oder Tausenden herausgreift und zum Leuchten bringt, zeigen seine Neonröhren-Signalisations



Liebe zur Geometrie: Morellets Stahlskulptur *Sphère-trames* (1962).

FOTO ARCHIV MORELLET/VG BILD-KUNST

– herauspräparierte Geometrie. Planskizzen kann man entnehmen, wie diese optisch raffinierte Geometrie zustande kommt.

Der Quantensprung in Morellets Entwicklung liegt in Ingolstadt zwischen den Stockwerken. Im ersten Stock herrscht nicht mehr die tausendfache Repetition eines geometrischen Plans, sondern der Zufall der Linien. Da mussten seine Kinder beim Abendessen Telefonnummern auftragen, umkringelte Morellet im Telefonbuch die letzten vier Ziffern des Anschlusses und verband dann auf nummeriertem Millimeterpapier die ent-

sprechenden Zahlen miteinander. Bei Marcel Menanteau in der Pariser Rue Hoche sind das die Ziffern 02 und 95, auf Morellets Blatt wird daraus eine kurze Verbindung oben links auf dem Linienquadrat.

Dieser aleatorische Witz entspricht wohl seinem Abscheu vor dem Seriösen, der „mit dem Alter gewachsen“ sei: „Alt und hässlich sein, und dann seriös, das ist doch schauderhaft!“ Spaßhalber zieht er in den Steel-Life-Arbeiten von 1990 dann seine schwarzen Linien sogar über das quadratische Weiß hinaus: Ein Stück Eisenblech setzt über den Rand hinaus die Linie

fort. Und beim *Cross crash* lässt er das Quadrat als Bildgrundlage sogar weg und lässt die Eisenblechkreuzte ineinander krachen.

Da endgültig war ihm seine brave geplante Geometrie über – das ist auch der Moment, wo seine Neoninstallationen ganz ungehorsam zu tanzen anfangen. „Die Resultate meiner Systeme sind oft mehr oder weniger unfreiwillige Parodien“ oder anders gesagt: das Spiel von Linie und Zufall. > UWE MITSCHING

Bis 31. Januar. Museum für Konkrete Kunst, Tränktorstr. 6–8, 85049 Ingolstadt. www.mkk-ingolstadt.de

Rolf Kießlings „Kleine Geschichte Schwabens“

Offen für Konkurrenz und Kooperation

Die Serie „Kleine Geschichte“ aus dem Regensburger Pustet Verlag zeichnet die großen Zeitläufe der Weltgeschichte, die sich in der Genese einer Stadt oder eines Landes manifestieren, kompakt nachpuncto „Hardware“ (Taschenbuchformat) ebenso wie beim Inhalt. Typisch für die Serie ist die Autorschaft: Renommierete Experten, die es verstehen, das bloße Datenskelett so einzukleiden, dass ein hilfreiches Vademecum durch die Jahrhunderte entsteht. Ohne sich in Nebensächlichkeiten zu verlieren, werden durch Querbezüge zwischen Geografie, Sozialen und der Politik viele Fährten gelegt, die Geschmack auf vertiefende Lektüre machen (der Anhang ist Fundgrube): Schnell wird klar, die „Kleine Geschichte“ kann wie bei einem Eisberg nur als Spitze verstanden sein.

Letztes Beispiel aus dieser Reihe, die auch alle bayerischen Regierungsbezirke beschreibt (2011 wird diese Teilsérie mit dem Band über die Oberpfalz abgeschlossen sein), ist die *Kleine Geschichte Schwabens*, die Rolf Kießling verfasst hat – bis 2006 hatte er den Lehrstuhl für Bayerische und Schwäbische Landesgeschichte an der Universität Augsburg inne.

Gezerre der Mächte

Kießlings roter Faden folgt der Frage, wie sich dieses Land zwischen Iller und Lech, dem Ries und dem Allgäu überhaupt als räumlich-politische Einheit „Schwabens“ fassen lässt. Er beschreibt, welche Mächte an dem Territorium zerrten und das Land prägten (etwa die Römer mit ihren beiden großen Stützpunkten in Kempten und Augsburg), wie sich „Schwabens“ allenfalls als Abgrenzung zu den Schweizern, Franken und Bayern verstehen lässt – bis sich schließlich um das 10. Jahrhundert herum das Herzogtum Schwaben herauschälte.

Das Gezerre ging weiter, war später in erster Linie bestimmt

von der Konkurrenzsituation zu Bayern – bis die „napoleonische Flurbereinigung“ vollendete Tatsachen schuf: Im neuen Königreich war „Bayerisch-Schwaben“ der Wittelsbacher Krone unterstellt, Ludwig I. beanspruchte prompt auch den Titel eines „Herzogs von Schwaben“; in sein Majestätswappen wurden die rotweiß-goldenen Sparren der Markgrafschaft Burgau integriert. Seit 1923 erinnern die drei schwarzen Löwen im Wappen des Freistaats Bayern an das staufische Erbe. Seit 1939 heißt der Regierungsbezirk ohne hilfskonstruierende Zusätze schlicht „Schwabens“.

Entlang dieses Faktenabrisses setzt Kießling wohl dosiert Vertiefungen, um zu zeigen, wie Römer, Adelige, Kaufleute, Bauern und die Kirche, auch Wissenschaftler und Künstler jenseits aller Diskussionen um sich ständig verändernde territoriale Grenzverläufe die „schwäbische“ Kultur und Identität prägten.

„Stolz“ ist da ein Schlüsselwort – ebenso wie „Benachteiligung“. Rolf Kießling kann sich die Erwähnung der jüngsten „Schmach“ nicht verkneifen: Die neue schnelle ICE-Verbindung zwischen München und Nürnberg führt über Ingolstadt – Schwaben hat bei der Verkehrsbindung das Nachsehen.

Kießlings Ausblick fußt auf der Quintessenz dieser großen Geschichte Schwabens, die geprägt sei von einer Offenheit für regionale Konkurrenzen wie Kooperationen: und die strahle in einer europäischen Zukunft der Regionen allemal aus. > KARIN DÜTSCH



Rolf Kießling, *Kleine Geschichte Schwabens*, Verlag Friedrich Pustet, 216 Seiten, 14,90 Euro.

ISBN 978 3 7917 2231 3

Ohne Liebesgeschichte geht gar nichts: Sabine Weigand schreibt vor allem für die weibliche Leserschaft

Schöne Geschichten aus furchtbarer Zeit

Eines müssen sich Autoren von historischen Romanen merken, die am Ende mit einer *Päpstin* ins Kino kommen wollen: Am besten verkauft sich „Mittelalter“ – Finger weg von der Antike! Außerdem: Eine weibliche Hauptfigur als Identifikationsfigur muss sein – denn das Gros der Leserschaft stellen die Frauen.

Wer so erfolgreich im Genre tätig ist wie Sabine Weigand mit inzwischen vier Romanen und einer Gesamtauflage von nahezu 400 000 Exemplaren, muss es wissen. *Die Markgräfin*, *Die Seelen im Feuer*, *Die Königsdame* heißen ihre Bücher, und das Frauenblatt *Für Sie* empfiehlt *Das Perlenmedaillon* als „das Schmuckstück unter den historischen Romanen“. *Die Markgräfin* gibt es inzwischen sogar auf Russisch und Koreanisch, über *Die Seelen im Feuer* werden Filmrechte verhandelt.

Gerade hat die promovierte Historikerin die Rohfassung ihres nächsten Romans fertig, klopft stolz auf die 550 Seiten: *Das Geheimnis der Medica* (Arbeitstitel) wird heuer erscheinen. Sie hat dafür im Staatsarchiv Würzburg, in jüdischen Archiven und Museen recherchiert. Wie immer drängt der Verlag, und sie muss sehen, dass sie mit einem Dreivierteljahr Recherche und einem Dreivierteljahr Schreiben zurecht kommt.

Trotzdem nimmt sie sich die Zeit, um in ihrem Haus zwischen Nürnberg und Schwabach über sich und das Geschäft mit dem historischen Roman zu plaudern. Zum Beispiel, dass es bei ihr (geboren in Nürn-

berg, Abitur ohne Leistungskurs Geschichte, Studium in Erlangen und zunächst fürs Lehramt der Fächerkombination Englisch/Geschichte) zwar eine lückenlos-zielstrebige Ausbildung gab, an deren Ende 1992 die Promotion „Plassenburg. Residenzfunktion und Hofleben“ stand. Da hatte sie schon die Ge-



Die fränkische Bestsellerautorin Sabine Weigand setzt auf Romane, die im Mittelalter spielen. FOTO MITSCHING

wissheit, nicht Lehrerin werden zu wollen. Aber dann kam die Erfahrung „blanker Langeweile“, als der Sohn in den Kindergarten kam: „Das kann es doch nicht gewesen sein ...“

Sein geschrieben hatte Sabine Weigand schon immer: Aufsätze in der Schule, die Dissertation – und neben aller wissenschaftlichen Akribie und Redlichkeit hat sie offenbar auch reichlich Fantasie. Denn die Liebesgeschichten,

die es in einem historischen Roman unbedingt geben muss, die denkt sie sich selber aus.

Die Plassenburg ihrer Doktorarbeit wurde der Ausgangspunkt ihres ersten Romans *Die Markgräfin*. Zwei Jahre saß Barbara von Brandenburg-Ansbach dort in Beugehaft, weil sie sich der dynastischen Familienpolitik widersetze. So ein Leben musste einfach genug Stoff für einen historischen Roman hergeben. Drei Jahre schrieb Sabine Weigand am Laptop in der Küche. Dann nahm der Krüger-Verlag (unter dem Dach des Fischer-Verlags) das Manuskript an, ihre Mitarbeit im Schwabacher Stadtmuseum konnte sie aufgeben – das Schreiben historischer Romane war ihr Hauptberuf geworden.

Fakten und Fantasie

Auch jetzt beim fünften Roman ist der Produktionsablauf der gleiche geblieben. Ideen trägt sie immer mit sich herum, überlegt sich, in welcher Zeit der Roman spielen soll. Dann sucht sie gezielt nach historischer Sekundärliteratur, stellt sich wissenschaftliche Apparate zusammen, wühlt in Archiven – „und was die Historie nicht hergibt, muss ich mit Fantasie auffüllen.“ Etwa 50 Seiten kommen da an Ideensammlung in dieser Recherchephase zusammen. Aus denen macht sie eine Grob-, dann etwa 20 Seiten Feingliederung – da ist auch schon die Verlagslektorin an ihrer Seite.

Um die unerlässliche Lovestory fürs weibliche Leserherz braucht sie sich nur in der kleinen Welt der Nachbarschaft umzuschauen.

Vorbilder in der Schreibenden Zunft hat Sabine Weigand nicht, höchstens den alten Samuel Hawthorne (*Der scharlachrote Buchstabe*) aus dem 19. Jahrhundert: „Fiktion und Historie sollen sich so verzahnen, dass man sie nicht mehr unterscheiden kann.“

Ihr Markenzeichen beschreibt die Autorin als eine Art Collagetechnik: „Ich nehme Originalkunden, Originalzitate der Zeit und lege sie meinen Figuren in den Mund. Das schafft Authentizität.“ Der Leser soll darüber nachdenken, „wie gut es uns heute geht“. Ihr geht es nicht romantizierend um das edle Ritterfräulein, das „möchte ich meinen Lesern austreiben, denn das Mittelalter war dreckig, gefährlich, tödlich mit Kindersterblichkeit und Kriegen. Eine furchtbare Zeit!“

Und trotzdem findet sie so schöne und spannende Geschichten darin wie die der Jüdin Sara. Wie in einem Roadmovie kommt diese Protagonistin in ganz Deutschland herum, wird verheiratet, überlebt Pogrome, lebt mit Spielzeug zusammen, erlebt das Konstanzer Konzil mit der Verbrennung von Johannes Hus und wird schließlich Stadtärztin von Würzburg. Mit diesem Schicksal will Weigand den Lesern möglichst viel über jüdische Geschichte in Deutschland erzählen. „Die Leute sollen etwas lernen und nicht nur einen dümmlichen Liebesroman lesen.“ > UWE MITSCHING

Neue Direktorin im Bamberger Künstlerhaus

Gomringer in der Concordia

Nora-Eugenie Gomringer wird neue Direktorin des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia in Bamberg. Die 1980 geborene Lyrikerin wird die Leitung der Villa Concordia ab April übernehmen, der Vertrag hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

Nora-Eugenie Gomringer hat an der Universität Bamberg Anglistik und Germanistik studiert und sich als freischaffende Autorin und Veranstalterin einen Namen gemacht. Sie ist Trägerin des Bayerischen Kunstförderpreises

2006 sowie des Kulturpreises Bayern der E.ON Bayern AG 2007. (Ihr Vater, der Kunsthistoriker und Nationalökonom Eugen Gomringer, prägte einst in Anlehnung an die „Konkrete Kunst“ den Begriff der „Konkreten Poesie“; seine Sammlung bildet außerdem den Grundstock des Ingolstädter Museums für Konkrete Kunst.)

Nora-Eugenie Gomringer übernimmt die Leitung von Bernd Goldmann, dem Gründungsdirektor der Villa Concordia, der Ende März in den Ruhestand tritt. > BSZ

UNSER BAYERN

Der Jahresband 2009

200 Seiten
Blauer Leinwand mit Silberprägung
18 Euro zzgl. Porto

Bestellungen:
Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH
Vertrieb
Postfach 221653
80506 München
Telefon: 089 / 29 01 42-59 und -69 – Fax: 089 / 29 01 42-90
vertrieb@bayerische-staatszeitung.de

Solange der Vorrat reicht.

Sofort lieferbar!

In einer Werkstattausstellung zeigt das Freisinger Diözesanmuseum den restaurierten Hochaltar von Rabenden

Mit Heiligen auf Augenhöhe

Sie treten demütig auf. Sie sind barfüßig, schauen mild, fast ein wenig versonnen drein unter ihrer sorgfältig gearbeiteten Schraubenlockenhaarpracht: die heiligen Apostel Jakobus, Simon und Judas Thaddäus. Ihrem Kontext, nämlich dem Rabendener Hochaltar, wurden diese aus Holz geschnitzten und farblich gefassten, raumausgreifenden Meisterwerke der Spätgotik zwecks eingehender Restaurierung jüngst entrissen. Das Resultat dieser Erneuerung zeigt derzeit das Freisinger Diözesanmuseum in seiner Werkstattausstellung *Der Altar von Rabenden – Restaurierung 2009*. Dem Betrachter bietet sich hier die einmalige Gelegenheit, den bis in seine filigranen Kleinteile zerlegten Altar ganz aus der Nähe in Augenschein zu nehmen und den Heiligen quasi auf Augenhöhe zu begegnen.

In keiner bayerischen Kunstgeschichte unerwähnt bleibt der vermutlich zwischen 1515

und 1520 entstandene Flügelaltar, dessen unbekannter Lokalmeister aufgrund seines Hauptwerkes, eben dieses prächtigen spätgotischen Schnitzaltars, den Notnamen „Meister von Rabenden“ erhielt. Wer sich hinter dem anonymen Bildschnitzer verbirgt, dessen Werke vornehmlich in Landkirchen zwischen Isar und Inn erhalten sind, konnte bislang nicht enträtselt werden. Namen wie Andre Taubenpeck aus Landshut, Wolfgang Leeb aus Wasserburg oder der in München ansässige Sigmund Haffner wurden für den Werkstattinhaber immer wie-

der vorgeschlagen. Aber so leicht wie sein berühmter Kollege aus München, Erasmus Grasser, lässt sich seine Identität nicht ermitteln.

Als der Flügel abstürzte

Lange Zeit galt das Werk in der kleinen Rabendener Fialkirche St. Jakobus bei Altenmarkt im Chiemgau als besterhaltener spätgotischer Flügelaltar in ganz Bayern. Vor fünf Jahren jedoch stürzte ein Flügel des Altares ab. Es musste rasch gehandelt werden. Zum Erhalt des Altares, der bereits 1965 infolge von Blitzeinschlag in die Kirche schwer beschädigt und teilweise erneuert werden musste, wurden 230 000 Euro benötigt: Die Hälfte davon steuerte die Erzdiözese bei. Weiter unterstützt wurde das Projekt von der bayerischen Landesstiftung, dem Bezirk Oberbayern sowie der deutschen Stiftung Denkmalschutz.

Die zweieinhalbjährigen Restaurierungsarbeiten unter Leitung der Oberammergauer Expertin Irgard Schnell-Stöger brachten Überraschungen ans Tageslicht. Es stellte sich heraus, dass bereits in der Barockzeit die Altargemälde überarbeitet worden waren. Erstaunlicherweise hat man damals nachdenkmalpflegerischen Maßstäben den Spätstil der Gotik nachgeahmt und sich nicht vom barocken Zeitgeist leiten lassen.

Der barocken Überarbeitung folgte die Restaurierung im 19. Jahrhundert durch Joachim Sighart. Auf den gotikbegeisterten

Priester, Philosophieprofessor und Fürsprecher der Regotierungsmaßnahmen der Münchner Frauenkirche geht unter anderem auch die Gründung des Freisinger Diözesanmuseums mit dem damaligen Sammlungsschwerpunkt mittelalterlicher Kunst zurück. Unter Sigharts Leitung restaurierte der Freisinger Maler Joseph Baumann wie bereits sein Vorgänger nah am Bestand, so dass heute schwer auszumachen ist, welche Teile ursprünglich und welche dem 19. Jahrhundert zuzurechnen sind.

Gereinigt und an manchen Fehlstellen vorsichtig gekittet und nachgefasst, präsentiert sich der Altar mit den Spuren seiner Restaurierungsgeschichte heute im neuen alten Glanz.

Detailgetreu nachgeschnitten wurden die morsch gewordenen hölzernen Drehstäbe, die wie Scharniere für die Altarflügel funktionieren. Überhaupt zielte die jüngste Sicherung des Altares auch auf die Stabilisierung der Gesamtkonstruktion. Unsachgemäße Befestigungen der vergoldeten Zierornamentik vom Skulpturensockel bis zu den bekrönenden Fialen des Gesprenzes wurden entfernt und an den Fehlstellen ein neues stabiles Verbundsystem geschaffen.

Verborgene Kostbarkeit

Auch wenn der Schrein und der Sockel des Altares, die Predella in der Ausstellung nicht gezeigt werden, weil sie aus konservatorischen Gründen an ihrem angestammten Platz in Rabenden verbleiben mussten, so tut sich dem Besucher doch die ganze Pracht dieses doppelflügeligen und wandelbaren Hochaltars auf – vor allem, wenn er geöffnet ist: Dann nämlich erst sieht man die kostbaren Schreinaepistel. Die Innenflügel des Altares sind bemalt mit Darstellungen aus dem Marienleben.

Nach der Altarrestaurierung geht es im kommenden Frühjahr und Sommer um die Sanierung des von einem Netzgewölbe überfangenen Innenraums der 1458 geweihten Dorfkirche von Rabenden. Danach kehrt der Hauptaltar, der zusammengebaut eine Höhe von sieben Metern erreicht, wieder zurück an seinen ursprünglichen Ort.

> ANGELIKA IRGENS-DEFREGGER

Bis 11. April. Diözesanmuseum, Domberg 21, 85354 Freising. www.diocesemuseum-freising.de



Gut sieben Meter ragt der Altar an seinem angestammten Platz in der Rabender Dorfkirche in die Höhe. Diese Aufnahme zeigt ihn vor seiner Restaurierung – links die restaurierte Figur des hl. Jakobus, der normalerweise in der Altarmitte zu sehen ist. Ab dem Frühjahr wird noch der Innenraum der Kirche saniert. FOTOS DIÖZESANMUSEUM

Der Etat des FilmFernsehFonds ist wieder besser ausgestattet und löst eine regelrechte Investitionswelle aus

Wer Millionäre will, darf nicht knausern

Klaus Schaefer hat gute Laune: Zehn „seiner“ Zöglinge sind im vergangenen Jahr Millionäre geworden – der Jahrgang zuvor hat es „nur“ auf neun gebracht. Und dass dieser Erfolg quasi aus dem FFF kommt, freut Klaus Schaefer und lässt ihn beruhigt durchatmen. Dem Geschäftsführer des FilmFernsehFonds (FFF) Bayern sind solche mit FFF-Mitteln, also Steuergeldern geförderte Kinokünstler mit mindestens einer Million Besucher ein willkommenes Gegengewicht zu den Ausgaben.

Kinokassen klingeln

Über 14 Millionen Zuschauer hatten allein die Top Ten der geförderten Filme gesehen, die Hitliste führt Bully Herbig's *Wickie und die starken Männer* an (fast 4,9 Millionen), gefolgt von Sönke Wortmanns *Die Päpstin* mit 2,3 Millionen – gerade noch die Millionenhürde schafften Heinrich Breloers *Die Buddenbrooks*. Insgesamt konnten über 23 Millionen Kinobesucher beim Abspann von

der FFF-Förderung lesen – das waren fünf Millionen mehr als 2008, und bei der damaligen Bilanz standen schon 42 Prozent mehr unterm Strich als nochmals ein Jahr zuvor. 2009 machten die Kinos allein mit den FFF-unterstützten Filmen einen Umsatz von fast 144 Millionen Euro.

Auf der Ausgabenseite des FFF stehen insgesamt 28,9 Millionen Euro (davon 1,3 Millionen Euro aus dem Bayerischen Bankenfonds), wovon 353 Projekte gefördert wurden. Dass Klaus Schaefer und sein FFF-Team für die verschiedenen Sparten der Förderung, angefangen vom Drehbuch bis zur Produktion, gut eine Million mehr ausgegeben haben als 2008, lässt Klaus Schaefer noch zufriedener lächeln.

Denn noch gar nicht so lange ist es her, dass er auf seine Geschäftszahlen eher missmutig und sorgenvoll blickte: In den Jahren zwischen 2003 und 2005 wurde dem 1996 vom Freistaat, öffentlich-rechtlichen und privaten Sektoren ins Leben gerufenen FilmFernsehFonds der Geldhahn zugedreht: Das Fördervolumen

sank von 32,4 Millionen Euro auf 22,6 Millionen Euro.

Schaefer, von Anfang an beim FFF (zunächst als stellvertretender, ab 2001 alleiniger Geschäftsführer), steht für das Zusammenspiel von Kultur- und Wirtschaftsförderung. Da bestätigt sich zum einen immer häufiger der richtige Riecher bei der Förderung von Filmen, die tatsächlich Wertschlangen an den Kinokassen

auslösen, die in Feuilletons beste Qualitätsnoten bekommen, auf allen bedeutenden Festivals der Welt zu sehen sind, über die der Preisseggen herabfällt – und die auch die „Rücklaufquote“ des FFF erhöhen: Wer Erfolg hat, muss binnen fünf Jahren sein FFF-Darlehen zurückzahlen. Diese Quote liegt bei etwa 20 Prozent, mit großen Schwankungen in den Sparten: Beim Verleih flie-

ßen bis zu 60 Prozent zurück. Beim FilmFernsehFonds versteht man es, nicht nur die Kraft der steigenden Qualität des deutschen Films, also den künstlerischen Aspekt herauszustellen: Oft überzeugen wirtschaftliche Aspekte die Geldgeber viel mehr.

Bayerneffekt als Trumpf

Und einer von Klaus Schaefer's Trümpfen lautet „Bayerneffekt“: Dieser beschreibt das Verhältnis von Fördersumme zu tatsächlich am Standort hinterlassenen Investitionsvolumen. Dieser Bayerneffekt, der damals in der Krise immerhin 300 Prozent betrug, drohte einzubrechen: Filmschaffende produzieren meist dort, wo sie Förderung erhalten, und wenn es mehrere Geldgeber gibt, dann eben bei dem, der am spendabelsten ist. Wer bei solchen Investitionen knaust, zieht den Kürzeren – und provoziert gar Abwanderungsgedanken bei manchem Unternehmen aus der Filmbranche. Der wesentlich günstigere

Filmstandort Berlin lockt nur allzu leicht.

Die Hilferufe und Warnungen sind nicht verhallt. Die Gesellschaft haben sich überzeugen lassen. Mit einer Rolle gespielt hat da sicher auch der intensive Ausbau des Locationnetzwerkes, der Filmproduktionen quasi in Bayerns Fläche bringt.

Auch wenn so aus den mageren noch keine fetten Jahre geworden sind, die aktuelle Fördersumme hat aus dem Würgegriff des Sparzwangs befreit. Und um zu demonstrieren, dass die Rechnung für den Filmstandort Bayern aufgeht, schlüsselt Klaus Schaefer genau auf: Der Bayerneffekt beträgt inzwischen 416 Prozent; der Förderbereich Kino bringt 332 Prozent, Fernsehproduktionen 339 Prozent, beim Verleih und Vertrieb ergibt sich gar ein Regionaleffekt von 664 Prozent.

Das ist doch noch zu toppen ... Vor allem, weil die Tendenz beim Fördervolumen weiter nach oben geht: Für heuer hofft Klaus Schaefer die 30-Millionen-Marke wieder zu überschreiten. > KARIN DÜTSCH



Lange Schlangen an den Kinokassen: Sönke Wortmanns *Die Päpstin* mit Johanna Wokalek in der Titelrolle, ist einer von den FFF-Millionären. FOTO CONSTANTIN